Mittwoch, 19. März 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 66 - 12.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

POLITIK

Begegnung: Die Synode der sächsischen evangelischen Landeskirche hat sich dafür ausgesprochen, 1988 eine *„ökumenische Versammlung"* mit Vertretern aller christlichen Kirchen in der „DDR" einzuberufen. Damit soll ein weltweites Friedenskonzil der Kirchen vorbereitet werden.



Weizsäcker: *Gegen alle* „willkürlich gezogenen Trennungslinien" *in Europa hat sich der* Bundespräsident (Foto) zu Beginn seines offiziellen Besuchs in Österreich gewandt. Zugleich nannte er die österreichische *Neutralität einen* bedeutsamen Faktor der Stabilität in Europa. (S. 12)

Festnahme: Unter dem Vorwurf, einen minderjährigen „DDR"-Bewohner entführt zu haben, ist ein Westberliner in der „DDR" festgenommen worden. Haftbefehl wurde erlassen.

Atomtest? Die UdSSR hat offenbar trotz des verkündeten Moratoriums mit der Vorbereitung zur Wiederaufnahme von *Atomtests* begonnen. Auf Fotos amerikanischer *Aufklärungssatelliten* ist nach einem Bericht der „New York Times" zu erkennen, daß Ausrüstung zur Beobachtung von Nuklearversuchen in ein Testgebiet gebracht worden ist.

Südafrika: Außenminister Botha und der stellvertretende Leiter der Afrika-Abteilung im US-Außenministerium, Wisner, treffen sich heute in Frankfurt zu Beratungen über den Abbau der Spannungen in Südafrika.

Verurteilt: Zu drei Jahren und sieben Monaten Haft wegen schweren Betrugs ist Hans Lampert, einer der Mitgesellschafter der ehemaligen SMH-Bank, verurteilt worden. (S. 13)

„Wasserpfennig": Als bislang einziges Bundesland will *Baden-Württemberg* den „Wasserpfennig" *als Entschädigung für Landwirte* einführen, die in *Wasserschutzgebieten weniger Chemikalien* verwenden dürfen. Landwirtschaftsminister Weiser kündigte einen Gesetzentwurf an.

Tarife: Die Arbeitgeber im Bank*gewerbe haben gestern für die* 370 000 Bankangestellten Gehaltserhöhungen von 3,8 Prozent angeboten.

HEUTE IN DER WELT

Erblast für Gorbatschow

Die Renaissance des Islam untergräbt den Einfluß der Sowjetunion im Vorderen und Mittleren Orient. Gorbatschow trägt schwer an der außenpolitischen Erblast seiner Vorgänger. Eine Analyse von Herbert Kremp. Seite 6

Öffnung gegenüber Erzfeinden?

Zum ersten Mal erscheint in einem *„DDR"*-Verlag ein Werk von Friedrich Nietzsche. Eine Öffnung gegenüber literarischen Erzfeinden? Lothar Schmidt-Mühlisch hat sich auf der Leipziger Buchmesse 1986 umgesehen. Seite 23

WIRTSCHAFT

Steuern: Der anhaltende Konjunkturanstieg *und eine bessere* Ausstattung der Unternehmen *mit flüssigen Mitteln haben offen*bar dazu geführt, daß die Wirtschaft *1985 weniger säumig* bei den Steuerzahlungen war als in *den Jahren zuvor.* Die gesamten Rückstände von Bundes- und Landessteuern *nahm von 1984 auf* 1985 nur um 1,8 Prozent auf 17,2 *Milliarden Mark zu.* (S. 13)

„Hermes": Vor einem deutschen Verzicht auf eine Beteiligung an dem von Frankreich geplanten Raumgleiter hat der CDU-Forschungspolitiker Lenzer gewarnt. Ohne „Hermes" sei die Europarakete „Ariane" nur die Hälfte wert. Der Streit um die Finanzierung ist ihm unerklärlich. (S. 13)

Börse: Die Aktienmärkte präsentierten sich am Dienstag in einer schwachen Verfassung. Am Rentenmarkt verlief *das Geschäft* sehr ruhig. WELT-Aktienindex 290,43 (294,39). BHF-Rentenindex 107,191 (107,233). BHF-Performance *Index 103,431 (103,443).* Dollar-Mittelkurs 2,2461 (2,2468) Mark. Goldpreis je Feinunze 351,15 (349,90) Dollar.

Aktienindex der WELT 31.12.1964=100 (290 / 280 / 270; 10. 11. 12. 13. 14. 17. 18. 19. 20. 21. März 86)

KULTUR

Oper: Edison Denissows „L'Ecume des Jours" an der Pariser Opéra comique zeigt erneut, *daß Begegnungen der russischen* mit der französischen Kultur europäisch Gültiges hervorzubringen vermögen. (S. 23)

Skizze: Manchmal kommt auch *die Provinz zu einer deutschsprachigen* Erstaufführung. Sam *Shepards Stück* „Liebstoll" in Erlangen – die Produktion ist eine Skizze für die weitere Auseinandersetzung mit dem Stück. (S. 23)

SPORT

Eiskunstlauf: Bei der Weltmeisterschaft *führt nach dem Pflicht*programm der Damen Kira Iwanowa (UdSSR) vor Debi Thomas (USA) und Katarina Witt („DDR"). Claudia Leistner (Mannheim) liegt auf dem 9. Platz. (S. 11)

Tennis: Guter Auftakt für Steffi *Graf* beim Masters-Turnier in New York. Die 16 Jahre alte Heidelbergerin besiegte im ersten Spiel die 15jährige Argentinierin Gabriela Sabatini problemlos mit 6:0, 6:7 und 6:2. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Psychologie: Wenn auf Großer Fahrt das seelische Tief *kommt,* sind die psychologischen Talente des *Kapitäns gefragt. Am Montag* heißt es für das Schulschiff „Deutschland" (Foto) wieder „Leinen los" – fünf Monate auf See *sind* für die 300 Mann starke Stammbesatzung eine sehr lange Zeit. Die Route reicht diesmal von Kiel über Conakry bis Rio de Janeiro und London. (S. 24)

Kidnapper: Südamerika, und vor allem Peru, wird derzeit von einer fast beispiellosen Entführungswelle heimgesucht. Nirgendwo leben *die besser gestellten* Bevölkerungsschichten gefährlicher als hier. Auch ausländische Firmenvertreter fühlen sich gefährdet: „Kidnapping ist eine der wenigen Boom-Branchen", schreiben peruanische Zeitschriften. (S. 24)

Verteidigung: SPD öffnet sich Zielen der „Friedensbewegung"

Parteitags-Antrag zeigt Doppelstrategie / Distanz zu NATO-Konzeption

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die SPD versucht sich bei der Vorbereitung ihres für den Herbst geplanten Wahlparteitages in der Sicherheitspolitik grünen und alternativen Vorstellungen zu öffnen. In einer Art *Doppelstrategie* bemüht *sie sich* aber gleichzeitig, die Wähler nicht zu *verprellen, die für ein festes Bündnis* mit den USA und eine verteidigungsfähige NATO eintreten. Dies zeigt der jetzt veröffentlichte Entwurf für einen sicherheitspolitischen Leitantrag zum Nürnberger Parteitag, den die zuständige Kommission beim Parteivorstand verabschiedete und dem SPD-Präsidium zuleitete.

Darin distanziert sich die SPD vom Ersteinsatz von Atomwaffen, auf dem die NATO-Strategie der flexiblen Antwort basiert. *Die SPD* befürwortet, daß die Bundesrepublik in der NATO *bleibt,* fordert aber *gleichzeitig,* daß das Bündnis „geographisch auf den *nordatlantischen* Raum begrenzt" bleiben müsse. Die Bundeswehr soll in *„größeren Teilen auf Kaderverbände"* reduziert werden. *Schließlich gelte es, in West wie Ost* eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" anzustreben.

Erklärungen vom Kommissionsvorsitzenden Andreas von Bülow und seiner Stellvertreter Alfons Pawelczyk sowie Erwin Horn vermittelten gestern den Eindruck, daß dieser Entwurf erst nach hartem Streit der beiden Flügel in der Kommission zustande kam. Bülow charakterisierte den Entwurf des Leitantrages als „Schlüsselloch" für die etwaige Politik einer SPD-geführten Bundesregierung, die nur noch den „Schlüssel", also das entsprechende Wahlergebnis brauche. Das von ihm erhoffte Wahlergebnis spiegelt sich in folgendem Satz des *Entwurfs:* „Die Sozialdemokraten nehmen das Drängen der Friedensbewegung, die Fragen der Pazifisten und die Anstöße neuer sicherheitspolitischer Denkrichtungen auf." Pawelczyk hingegen beton*te in seinen kurzen Bemerkungen,* es sei wichtig, daß der Entwurf klar die *Einbindung* der Bundesrepublik *in* die NATO festhalte. Eine Veränderung der westlichen Verteidigungsstrukturen sei nur dann in Aussicht gestellt, wenn die östliche Seite von ihrer Strategie der „Vorwärtsverteidigung" abkehre.

SEITE 4:
Dokumentation

Der Entwurf unterstreicht frühere SPD-Forderungen nach Etablierung einer „Sicherheitspartnerschaft" zwischen West und Ost in Europa und spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Gefährdungsgemeinschaft. „Gemeinsame Sicherheit" ermögliche langfristig die „Entmilitarisierung des Macht- und Systemkonfliktes zwischen Ost und West".

Weitere konkrete Forderungen des SPD-Entwurfs sind: Atomwaffenfreier Korridor in Mitteleuropa; eine generelle Verminderung der Kernwaffen, deren Fehlen jedoch nicht durch eine neue konventionelle Rüstung ersetzt werden dürfe; Einrichtung eines *Ministeriums* für Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie im Rahmen der Stockholmer KVAE-Konferenz eine „Ständige Be*ratungsgruppe zur Europäischen* Sicherheit" beider Bündnisse sowie der blockfreien und *neutralen* Staaten.

DER KOMMENTAR

Präsidial

PETER RUGE

Demain, morgen, sagen die romanischen Völker, wenn sie etwas aufschieben wollen. Bei François Mitterrand ist keiner so ganz sicher, wie er es eigentlich meinte; aber daß er 24 Stunden nach dem Wahlerfolg der Bürgerlichen vor die Nation tritt, wird in Paris als Signal verstanden. Die Entscheidung über den *neuen* Premierminister soll bald fallen.

François Mitterrand zieht also die Konsequenzen aus dem Mehrheitswechsel in der Nationalversammlung. Er schließt sich dem Votum der Wähler an, wünscht der neuen Legislative sogar das Beste und verspricht, aus den Reihen der Bürgerlichen den neuen Regierungschef zu küren. Paris atmet auf. Der Präsident hat zu seiner verfassungsgemäßen Rolle zu*rückgefunden – Schiedsrichter,* Wächter, Garant der Institutionen der *Fünften Republik zu sein.*

Mitterrands Verhalten befreit Frankreich vom Geruch, in letzter Zeit eine „Republik der *Copains*" geworden zu sein, die nur auf die *Loyalität derer baue, die im sozia*listischen Gleichschritt marschieren. Die Welle der Beförderungen, Belobigungen und Orden hat viele treue Franzosen an ihrem Präsidenten zweifeln lassen.

Die Bewährungsprobe steht gleichermaßen für den Staatschef *wie den neuen* Premierminister noch aus. Gesten und Verspre*chungen reichen da nicht* – die Bürgerlichen möchten regieren *und zwar nach ihren Vorstellun*gen. Das Ringen im Elysée-Palast findet um die Macht statt.

Die von de Gaulle geschaffene Verfassung hat die Frage der Koexistenz, der Zusammenarbeit eines Präsidenten und einer Mehrheit unterschiedlicher politischer Herkunft nie eindeutig fixiert. Soumettre oder demettre – unterwerfen oder zurücktreten, beides hat Mitterrand für sich in seinem Verständnis präsidialer Vormachtstellung ausgeschlossen. „Ich will präsidieren, die Regierung soll regieren", hat er gesagt. Eine sibyllinische Formel. In *Frankreich geht es also um mehr* als nur um die Berufung eines *bürgerlichen Regierungschefs.*

Bummelstreiks in „DDR"-Betrieben

Hausfrauen protestieren gegen Versorgungs-Mängel / Die Partei droht Direktoren

WERNER KAHL, Bonn

Gravierende Engpässe in der Versorgung mit Nahrungsmitteln und hochwertigen Konsumgütern haben in mehreren Regionen der „DDR" zu Protesten in der Bevölkerung geführt. Nach Berichten aus Mitteldeutschland, die zuständigen Stellen im Westen vorliegen, ist es deshalb an verschiedenen Orten zu Bummelstreiks in Betrieben gekommen.

Vor Geschäften in der „DDR" haben sich wie in den vergangenen Jahren wieder lange Käuferschlangen gebildet. Dort machten *vor* allem Hausfrauen ihrem Ärger lautstark Luft. In einigen Gemeinden warf die Bevölkerung den Funktionären vor, die Versorgung der Bevölkerung sei in diesem Frühjahr noch miserabler als Anfang der siebziger Jahre.

Um den angestauten Verdruß über das Versagen der sozialistischen Planwirtschaft abzubauen, forciert die „DDR"-Führung offensichtlich die Einrichtung weiterer Intershops. In diesen Läden kann die Bevölkerung gegen Westmark Waren einkaufen, die in den Staatsläden sonst nicht angeboten werden. Der Andrang zu diesen Sondergeschäften, die nur Valuta als Bezahlung annehmen, war jedoch so groß, daß ein „schwarzer" Geldtauschmarkt in großem Stil gefördert wurde. Aus mehreren Städten der „DDR", besonders aus Halle, Leipzig und Dresden, berichteten Reisende, wie dort Ostmark im Verhältnis 1:7 gegen Westmark eingewechselt werden.

Nachdem Funktionäre aus Staaten der Ostblock-Wirtschaftsgemein*schaft RGW Ostmark in Millionenhö*he verkauft haben, ist der Kurs in den Wechselstuben der Bundesrepublik Deutschland inzwischen ebenfalls auf etwa 1:6 beim Ankauf von Ostmark gefallen. Für hundert Ostmark wurden in den vergangenen Tagen in Frankfurt am Main nur noch 16,25 D-Mark, in Bonn 17 D-Mark gezahlt. Mit dem Umtausch von Ostmark in Millionenhöhe, vor allem in der Schweiz, verschaffen sich die Staatsunternehmen aus Ostblock-Ländern Devisen, um dringend benötigte Ersatzteile in westlichen Ländern einzukaufen.

Die SED-Führung hat jetzt auf die Kritik an der mangelhaften Versorgungslage reagiert. Mit drakonischen Disziplinarmaßnahmen droht sie Betriebsleitern, denen ungenügende Arbeitsproduktivität, Qualitätsmängel in der Produktion und steigender Alkoholismus in Betrieben und Verwaltung vorgeworfen wird. Mit fristloser Entlassung drohte SED-Politbüromitglied Günter Mittag auf einer Tagung in der vergangenen Woche in Leipzig den dort versammelten Generaldirektoren der Staatsunternehmen, falls das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr hinter den Planzielen zurückbliebe.

Auf der Kombinatskonferenz wurde auch die Frage diskutiert, Facharbeiter nicht mehr in den Westen ausreisen zu lassen. In bestimmten Bereichen, so hieß es, würden entgegen der Planung wieder mehr eigene Arbeitskräfte benötigt, weil sich die Arbeitsproduktivität nicht in dem geforderten Maß erhöht habe.

Jacques Chirac gilt als der Favorit

Letzte Entscheidung liegt bei Mitterrand / Beratungen innerhalb der neuen Mehrheit

DW. Paris

Nach der öffentlichen Festlegung von Staatspräsident François Mitterrand auf einen bürgerlichen Premierminister wartete Frankreich gestern auf die Entscheidung, welcher Politiker der „neuen Mehrheit" der Nationalversammlung (Mitterrand) die Regierungsgeschäfte übernehmen wird. Die Spekulationen konzentrierten sich überwiegend auf den gaullistischen Parteichef und Pariser Oberbürgermeister Jacques Chirac. Genannt wurden aber auch die Namen *des ehemaligen Staatspräsidenten* Valéry Giscard d'Estaing, des frühe*ren Premiers* Jacques Chaban-Delmas und der ehemaligen Präsidentin des *Europaparlaments Simone Veil.*

Staatspräsident Mitterrand hatte gestern morgen wie allwöchentlich den bisherigen sozialistischen Premierminister Laurent Fabius empfangen, der am Vortag seinen Rücktritt angeboten hatte. Fabius verabschiedete sich nach dem Treffen von den *vor dem Elysée wartenden Journalisten* mit den Worten „bis bald". Daraus wurde geschlossen, daß der Premierminister noch im Laufe des Tages erneut den Staatspräsidenten zur Besiegelung seines Rücktritts aufsuchen werde.

Chirac, dessen Partei RPR bei den Wahlen vom Sonntag vor der UDF stärkste Partei des bürgerlichen Lagers geworden war, empfing gestern morgen im Pariser Rathaus Chaban-Delmas, der aus den Zeiten des Widerstands gegen die deutsche Besatzung mit Mitterrand auf Du und Du steht. Beide ehemaligen Regierungschefs erklärten später lediglich, sie hätten die allgemeine politische Lage erörtert. Die Führung von UDF und RPR hatte am Montag in einer gemeinsamen Erklärung herausgestellt, daß sich der von Mitterrand ausgewählte Kandidat vor Annahme seines Auftrags der Unterstützung der bürgerlichen *Koalition* vergewissern müsse. Nach einem Treffen bürgerlicher Spitzenpolitiker im Senat, bislang Hochburg der Opposition gegen *die sozialistische Regierung Fabius,* wurde deren allgemeine Unterstützung für Chirac deutlich. Für ihn als künftigen Premier sprach gestern auch die Tatsache, daß die *UDF* nach den Wahlen erklärt hat, der RPR ge*bühre als stärkster Partei* der Vortritt.

Mitterrand hatte am Montagabend im Fernsehen angekündigt, daß er „morgen" einen Premierminister aus den Reihen der neuen Parlamentsmehrheit berufen werde. Im Elysée wurde jedoch *nicht* bestätigt, daß diese Zeitangabe wörtlich zu verstehen sei. „*Die Umstände* verlangen, daß alles in kurzer Zeit verwirklicht ist", betonte der Staatspräsident. Die neuen Mehrheitsverhältnisse in der *Nationalversammlung erkannte* er ohne Umschweife an. Mitterrand: „*Die neue Mehrheit ist zahlenmäßig* knapp, aber sie existiert."

Mitterrand unterstrich, er werde sein Mandat, das erst 1988 ausläuft, entsprechend dem Wählerwillen von 1981 weiterführen. Damit hat Mitterrand einmal mehr die „Spielregeln" für die „cohabitation" zwischen dem *sozialistischen Staatschef* und *einer* bürgerlichen Regierung abgesteckt.

Palmes Mörder ein Rechtsextremist?

DW. Stockholm

Die Stockholmer Staatsanwaltschaft hat den 32jährigen Viktor Gunnarsson als Verdächtigen im Zusammenhang mit dem Mord an Olof Palme angegeben. Er soll 1984 in die als rechtsextrem eingestufte „Europäische Arbeiterpartei" (EAP) eingetreten sein. Die frühere Ehefrau Gunnarssons hat ihren Ex-Mann in einem Interview mit einer schwedischen Zeitung indirekt belastet. „Er glaubte", erklärte sie dem Blatt, „daß Palme Schweden der Sowjetunion ein*verleiben und damit in des Teufels* Grab bringen werden". Die Polizei hatte Gunnarsson am 12. März festgenommen. Doch der Verdächtige bestreitet jede Beteiligung an der Tat. In kriminaltechnischen Untersuchungen soll jetzt seine Kleidung auf Schmauchspuren untersucht werden. Gerichtsverwertbare Beweise für die Täterschaft Gunnarssons liegen bisher allerdings nicht vor.

Seite 12: Verdächtiger belastet

ARD verschärft den Konflikt

DW. Baden-Baden

Der Konflikt zwischen der Mehrheit der Ministerpräsidenten und dem Ersten Deutschen Fernsehen um das umstrittene Satelliten-Programm „Eins Plus" eskaliert: Die ARD will trotz einer „Abmahnung" durch die baden-württembergische Landesregierung an den Südwestfunk das neue Programm wie vorgesehen vom 29. März an ausstrahlen.

Ein SWF-Sprecher sagte, die Sender hielten „einmütig und entsprechend den Beschlußfassungen in ih*ren Aufsichtsgremien* an Eins Plus fest". Offenbar sollen durch einen *semantischen Trick die Bedenken* beseitigt werden. Das Satelliten-Programm wird in der *SWF-Erklärung* ausdrücklich als Versuchsprogramm eingestuft.

Zu dem „rechtsaufsichtlichen Verfahren", das die Stuttgarter Regierung gegen den SWF eingeleitet hat, will Intendant Willibald Hilf bis zum 21. März Stellung nehmen.

Kreml war in Polen zu Eingreifen bereit

DW. Warschau

Die Sowjetunion hat jetzt erstmals durch einen hohen Politiker angedeutet, daß sie während der politischen Krise in Polen zu einer militärischen Intervention bereit gewesen ist. „Unsere Unruhe über das Schicksal des Sozialismus im Bruderland war unverbrüchlich mit dem Willen verbunden, Euch bei seiner Verteidigung zu helfen", sagte Außenminister Eduard Schewardnadse bei einem Besuch in Warschau.

Schewardnadse ermahnte dabei die Polen, den Sozialismus weiter zu stärken. Er sagte zu Staatschef Gene*ral Jaruzelski: „Mit Freude begrüßen* wir heute die Berichte darüber, daß die Zeit der Unruhe vorbei *ist,* daß die Lage sich stabilisiert, daß erste Erfolge erzielt wurden".

Der sowjetische Außenminister meinte weiter, in Polen habe der Sozialismus eine schwere Probe bestanden und baue gegenwärtig seine Position weiter aus.

Soldaten laufen zum Widerstand über

DW. Islamabad/Bonn

Rund 900 afghanische Regierungs*soldaten sind nach Angaben* westlicher Diplomaten in Islamabad zu den Widerstandskämpfern übergelaufen, nachdem im Norden des Landes sowjetische Truppen aus der Garnison Khost abgezogen worden waren. Wie es hieß, hätten die Sowjets angenommen, daß die Soldaten dort nicht mehr gebraucht würden.

In Bonn begann gestern vor dem Auswärtigen Ausschuß eine Anhörung zur Situation in Afghanistan.

Seite 4: Bonn fordert Rückzug

Heinz Nixdorf gestorben

DW. Hannover

Heinz Nixdorf, der Gründer und *Vorstandsvorsitzende der Nixdorf* Computer AG, ist tot. Er starb auf einer Veranstaltung seines Unternehmens anläßlich der CeBIT-Messe in *Hannover an Herzversagen.* Der Selfmade-Mann aus dem westfälischen Paderborn, der zu den profiliertesten Erscheinungen unter den deutschen Unternehmern zählte, wäre am 9. April dieses Jahres 61 Jahre alt geworden. Heinz Nixdorf hinterläßt Ehefrau und drei Söhne.

Seite 3: Wegweiser

Libanon-Vermittler gibt Mission auf

DW. Paris

Der *französische* Arzt Rasah Raad, der als Unterhändler in der Geiselaffäre in Libanon fungierte, hat seine Vermittlertätigkeit beendet. Der in Libanon geborene Herzspezialist erklärte gestern: „Ich habe meine Mission aufgegeben". Raad hatte mit seinem Rücktritt gedroht, nachdem die Regierung in Paris zu Vorwürfen geschwiegen hatte, der Arzt habe durch seine Bemühungen in Libanon das Leben der französischen Geiseln gefährdet.

„SDI-Abkommen vor dem Abschluß"

gba. Bonn

Die *Verhandlungen mit den* USA über ein SDI-Rahmenabkommen stehen *nach den Worten von* Bundeskanzler Kohl „unmittelbar vor dem Abschluß". Am Montag werde Bundeswirtschaftsminister Bangemann zu abschließenden Verhandlungen nach Washington fliegen. Er selber werde *heute* in Bonn *ein* „intensives Gespräch" über SDI mit US-Verteidigungsminister Weinberger führen, sagte der Kanzler gestern vor der CDU/CSU-Fraktion.

Freispruch für Berliner Ärzte

DW. Berlin

Mit Freisprüchen endete gestern in Berlin der Prozeß gegen zwei Frauenärzte, die von einer ehemaligen Kollegin wegen Vergewaltigung angezeigt worden waren. Die 12. Große Strafkammer des Landgerichts Berlin hielt eine Straftat für nicht eindeutig erwiesen. Das Gericht entsprach damit dem Antrag der Verteidigung. Nach der Urteilsverkündung protestierten weibliche Zuschauer lautstark im Gerichtssaal.

Seite 24: Verdacht bleibt

Kein Verfahren gegen Diepgen

DW. Berlin

Gegen den Berliner Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen wird *nach* Justizangaben kein Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Spendenzahlungen des Bauunternehmers Kurt Franke eingeleitet. Es bestehe aus „tatsächlichen und rechtlichen Gründen kein Anlaß zur Einleitung strafrechtlicher Ermittlungsverfahren" gegen Diepgen, hieß es in einer Mitteilung. Das gelte auch für Umweltsenator Horst Vetter (FDP) und Peter Kittelmann (CDU).

Slowakische Katholiken verlangen Volksabstimmung

Empörung über neues Abtreibungs-Gesetz im Nationalrat

DW. Preßburg

Erstmals ist in einem sozialistischen Staat der Ruf nach einem Referendum über ein Gesetzesvorhaben der Machthaber lautgeworden. In der CSSR-Teilrepublik Slowakei verlangen 6500 Bürger in einer Erklärung an den slowakischen Ministerpräsidenten Peter Colotka eine Volksabstimmung über einen Gesetzentwurf im Nationlrat, nach dem der Schwangerschaftsabbruch weiter erleichtert werden soll. Nach der Novelle soll Frauen bis zum Ende der zwölften Schwangerschaftswoche ohne Begründung die Abtreibung ermöglicht werden. Die Unterzeichner verlangen, die Gesetzesnovellierung zurückzuziehen. Sollten sich die Abge*ordneten für das Gesetz* aussprechen, wird ein Referendum verlangt.

In dem Protestschreiben, das der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) bekannt wurde, heißt es: „Das menschliche Leben beginnt im Augenblick der Empfängnis. In unserem Staat gibt es zahlreiche Gesetze zum Schutz des Lebens. Nur das menschliche Leben, die wehrlose Frucht im Mutterleib, soll außer Rechtsschutz geraten. Das menschliche Leben ist ein heiliges und unantastbares Geschenk Gottes."

Wie aus kirchlichen Kreisen in Preßburg verlautete, wird das Gesetzesvorhaben dort als Angriff gegen aktive katholische Laien gewertet. Es wird darauf verwiesen, daß die Novelle nur für die überwiegend katholische Slowakei vorgesehen ist, nicht aber für die Tschechei. Gerade bei jungen Akademikern in der Slowakei gebe es viele „neue Christen", die sich als Erwachsene taufen ließen. Aus Gewissensgründen müßten katholische Gynäkologen Abtreibungen ablehnen und dadurch ihre Entlassung in Kauf nehmen.

Im Ostblock ist aus christlicher Haltung motivierter Protest 1978 bekannt geworden, als drei Viertel der katholischen Priester in Litauen eine Erklärung an Breschnew sandten, daß sie die sowjetischen Religionsgesetze nicht befolgen könnten. Unmittelbar danach gab es eine Welle von Überfällen auf Priester, bei denen mehrere Geistliche getötet wurden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Phantom-Bild

Von Herbert Kremp

Die lang anhaltenden Trauerfeierlichkeiten in Schweden, die am Wochenende einen staatsrepräsentativen Höhepunkt gefunden haben, muten auch pietätvollem Denken merkwürdig an. Die Bevölkerung des Landes, das eine ruhmreiche kriegerische Vergangenheit hat, kann es nicht fassen, daß ein Gewaltakt sie der geistigen Führung beraubt hat. Olof Palme war ein besonderer Führer; er hatte sich zum Weltgewissen erhoben und ging mit anderen sehr streng um. Friede war in seiner Person zur Doktrin verdichtet, über die er sich außenpolitisch äußerte. Der Politiker glaubte an die gewaltlose Vermittelbarkeit der Welten. Infolgedessen lehnte er jeden persönlichen Schutz gegen Terroristen ab.

Daraus erklären sich auch die Mühen der Aufklärung. Der schwedische Polizeiapparat ist nicht auf solche Fälle eingestellt. Er operiert in einer anderen Wirklichkeit, sein „Feindbild" ist der Steuersünder, nicht der Gewaltverbrecher. Nun hat man einen Mann gefaßt, möglicherweise aufgrund des Phantombildes, das die Deutschen aus dem Kölner Bundeskriminalamt erstellten. Seine Kleidung wird ebenfalls in Köln von den Deutschen auf Pulverdampf hin untersucht. Aus den geschilderten Verdachtsmomenten liest man bisher nichts anderes als fehlgeleitetes Gesellschaftsdenken heraus. Ein Heide schoß auf den Papst. Palme wäre ein Märtyrer des Sozialismus, wenn die Person, die sich einmal feindselig und bedrohlich über den Ministerpräsidenten geäußert hatte, überführt werden könnte. Dies paßte ins *Bild* einer Ideologie, die in lebenslanger Versorgung, natürlich auch geistiger Versorgung, das *Heilsamt des Staates erblickt.*

Auf diese Weise könnte es gelingen, das Weltphänomen des Terrorismus wieder aus Schweden verschwinden zu lassen. Man will nicht daran glauben, man wollte es nie. Der Terrorismus galt dort stets als eine fremde, vornehmlich deutsche, in der Spaltung der deutschen Gesellschafts-Seele beheimatete *Krankheit. Der Kampf* gegen Baader-Meinhof, der Stammheimer Prozeß („die deutsche Bastille"), die gesetzlichen Maßnahmen *gegen den Terrorismus* wurden in Schweden *mit* schärfster Kritik überzogen. Jetzt muß man sich der deutschen Kriminalkunst bedienen. Dabei könnte Palme noch leben: Kein Ministerpräsident der Erde kann es sich heute leisten, nur von seiner Frau begleitet ins Kino zu gehen.

Die Präambel

Von Cay Graf Brockdorff

Bundeskanzler Kohl trifft heute den amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger. Es geht darum, ob in dem deutsch-amerikanischen Briefwechsel zu SDI amerikanischen Wünschen entsprechend eine politische Anerkennung des Forschungsprojekts eingearbeitet wird. Das von Hans-Dietrich Genscher geführte Auswärtige Amt ist dagegen. Populistische Tagespolitik bestimmt dort das Handeln. Ihr taktischer Blick scheint darauf gerichtet zu sein, Rückfallpositionen einzurichten, die bei veränderten innenpolitischen Konstellationen nutzbar sein könnten.

Washington wäre damit zufrieden, würde dem SDI-Briefwechsel einen Satz zugefügt, der wiederholt, was Kohl auf der Wehrkundetagung 1985 zum Thema gesagt hat. Er hatte SDI in abgezirkelter Form zugestimmt und schließlich erklärt: „Das amerikanische Weltraumprogramm ist ein starker Anreiz für die sowjetische Bereitschaft zu Verhandlungen." Genscher dagegen befürchtet, aus der Aufnahme einer zustimmenden Formulierung in den Briefwechsel lasse sich eine staatliche Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an SDI ablesen.

Doch Washingtons Absicht entbehrt nicht einer gewissen Logik. SDI ist kein kommerzielles Unternehmen. Es muß vor dem Kongreß verantwortet werden. Die Bundesrepublik Deutschland gilt als enger Allierter. Genschers Verhalten aber vermittelt den Eindruck, als ob sie eine Arbeitsteilung verfolge: *Die USA* besorgen die Verteidigung, Bonn *ist für* Entspannung zuständig.

Man gebe sich keiner Illusion hin: *Die von hochstilisierten* Krisen angeblich immer wieder erschütterte atlantische Allianz hat stets überlebt. *Eine solche Politik aber würde sie auf* die Dauer nicht vertragen. Die Kunst des Kanzlers, der immer *einen Instinkt für das sicherheitspolitisch Richtige bewahrt* hat, wird daran sichtbar werden, ob er diese Zusammenhänge *erkennt und in seinem Gespräch mit* Weinberger die langfristigen strategischen Interessen der Bundesrepublik wahrt.

Immer mehr kommt heraus

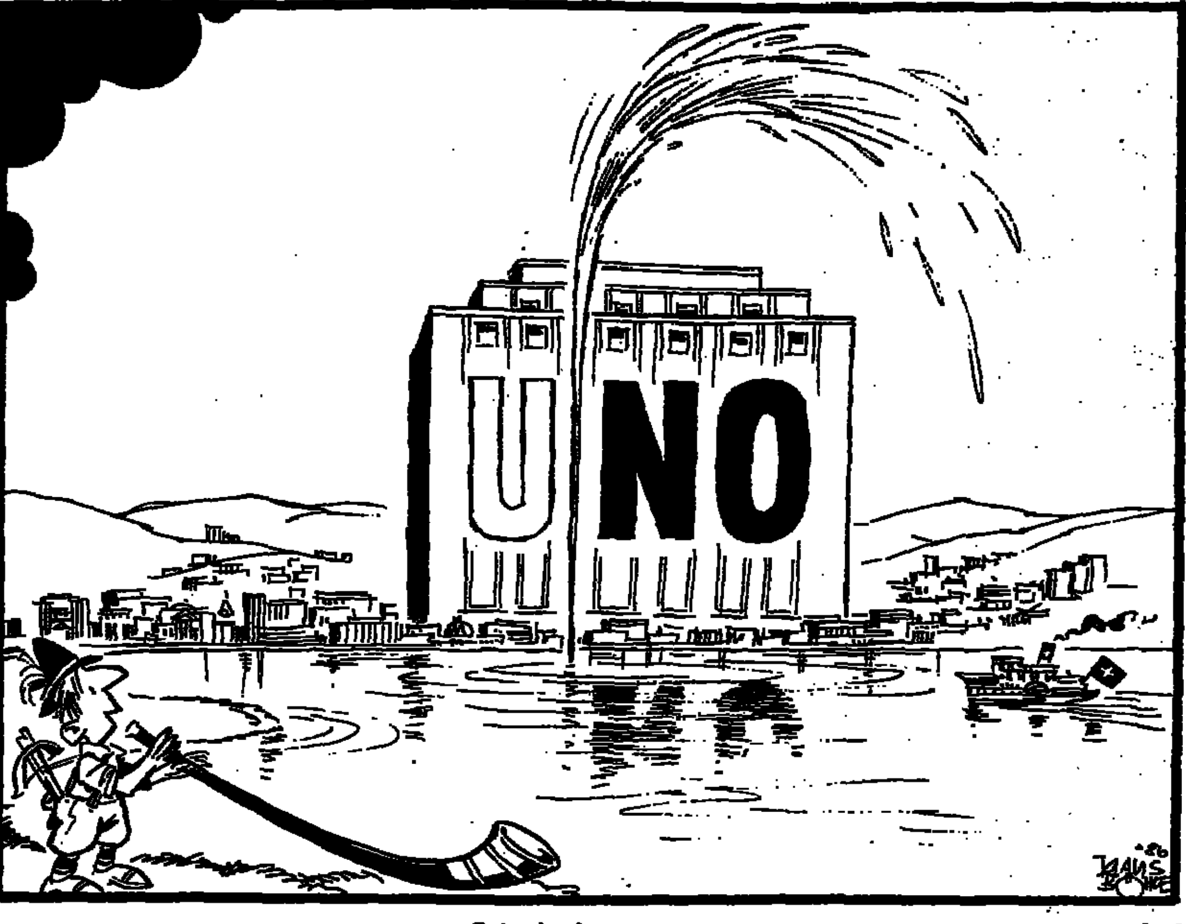
Von Enno v. Loewenstern

Schritt für Schritt kommt man dem Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz bei seiner Straf- und sonstigen Verfolgung des Bundeskanzlers auf die Schliche. Zuerst hieß es, daß die Bonner Staatsanwaltschaft sich „aus eigener Erkenntnis" zur Einleitung des Ermittlungsverfahrens entschlossen habe. Dann gestand Schmitz am Samstag ein, daß die Staatsanwaltschaft Bonn keineswegs das Verfahren hatte einleiten wollen. *Daraufhin habe* er den *Leitenden Oberstaatsanwalt* in Bonn angewiesen, die Einleitung des Verfahrens zu veranlassen. Aber *Schmitz* betonte, daß „Gegenvorstellungen nicht erhoben worden" seien.

Am Dienstag *erfuhr man auch dazu* die *neueste* Teil-Wahrheit: Es hat nicht nur Gegenvorstellungen gegeben, sondern heftige Diskussionen, ein „hartes Ringen". Die Bonner Staatsanwälte haben ihre Meinung sogar schriftlich dargelegt, woraufhin Schmitz mit einem schriftlichen Befehl vom 11. März antwortete, gegen den dann freilich keine Gegenvorstellung mehr möglich ist.

In Kreisen der Bonner Staatsanwaltschaft wird bereits offen darüber gesprochen, wie weit *man* mit dem Befehl des Generalstaatsanwalts „leben" könne und ob man nicht bei einer Verfahrenseinleitung wider eigenes besseres Wissen sich eines Verbrechens der Rechtsbeugung und der Verfolgung eines Unschuldigen schuldig mache. Interessanterweise gab Schmitz selbst einen Hinweis auf diese Gewissensnöte, als er *in einem* Interview zur Kritik seitens der Union sagte, wer den Verdacht eines „politischen Komplotts" äußere, der „wirft *damit* der Staatsanwaltschaft Rechtsbeugung und Verfolgung Unschuldiger vor".

In der Tat, genau das ist zu prüfen. Man versteht die schrille Hysterie Hans-Jochen Vogels, der den Ministerpräsidenten Ernst Albrecht einen „schäbigen Verleumder" schimpft, weil dieser die Köln-Düsseldorfer Vorgänge völlig zutreffend „unter aller Sau" genannt hatte. Wer so schreit wie Vogel, hat etwas zu verbergen, und niemand kann die ganze übelriechende Affäre besser einschätzen als der Einserjurist an der Spitze der SPD-Fraktion im Bundestag.



Feinabstimmung KLAUS BÖHLE

Das große Unbehagen

Von Heinz Heck

In der entwicklungspolitischen Diskussion macht sich Unbehagen breit. Nach den Ursachen braucht man nicht lange zu fragen. Erfolge stellen sich nicht so rasch ein, wie dies bei oberflächlicher Betrachtung allenthalben erwartet wurde. Als Präsident Kennedy die sechziger Jahre zur Entwicklungsdekade erklärte, mag sich unterschwellig die Überzeugung eingestellt haben, *der Karren der Dritten* Welt könne in wenigen Jahren aus dem Dreck gezogen werden. Aber auch wenn inzwischen dreistellige Milliardenbeträge in die Dritte Welt geflossen sind, sind durchgreifende Erfolge nur in wenigen Ländern zu beobachten.

In einigen hat sich die Lage sogar drastisch verschlechtert. *Die* Bilder werden über den Bildschirm frei Haus geliefert. Bilder von ausgemergelten Müttern und Kindern mit allen Hungersymptomen gehören zum Standardprogramm und erwecken den Eindruck, als gehe es überall bergab. Bilder wie das vom Faß ohne Boden oder den goldenen Betten sind sofort zur Hand.

Dabei werden die zum Teil *beeindruckenden Fortschritte* übersehen; sie sind auch weniger fernsehwirksam. In der Anhörung im Bundestag hat Hansjörg Elshorst, Geschäftsführer der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GtZ), jetzt daran erinnert, daß die Menschen in den Entwicklungsländern heute die gleiche Lebenserwartung *haben wie die in den Indu*strieländern vor dem Zweiten Weltkrieg. Diese gewaltige Leistung vermag man nur zu würdigen, wenn man die gewaltige Bevölkerungszunahme in der Dritten Welt bedenkt.

Andererseits liegt natürlich hier einer der wichtigsten Ansatz*punkte*, wenn Entwicklungshilfe nicht zum Kampf gegen Windmühlenflügel ausarten soll. Auch kein Industrieland könnte die wirtschaftlichen Konsequenzen dieser Bevölkerungsexplosion verkraften.

In vielen, vor allem den dicht besiedelten Agrarländern, ist Geburtenkontrolle das Gebot nicht nur der Stunde, sondern für Jahrzehnte. Zugleich ist das Thema sensibel und zum Teil historisch belastet. Entsprechend unterschiedlich ist die Bereitschaft der Regierungen dazu. Da, wo Maßnahmen ergriffen und Fortschritte erzielt wurden, stellen sich – sofern man zugleich einigermaßen vernünftige wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen setzt – *auch die wirtschaftlichen Erfolge ein*, wie das Beispiel der Volksrepublik China zeigt. Aber die Härte, mit der die Geburtenkontrolle nicht selten betrieben wird, wird weithin zur Gewissensbelastung.

Der Bevölkerungszuwachs ist zudem nicht die einzige Ursache für das Zurückbleiben des Südens. In dem Bestreben, Anschluß an die Industrieländer *zu finden*, wird vielfach immer noch eine rasche Industrialisierung forciert und eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben.

Überhöhte Wechselkurse verbilligen *zwar* die Einfuhren, machen aber den nationalen Produzenten (meist Landwirten) das Leben schwer und steigern den Devisenhunger des Landes. Zwar hat die Ölkrise in den siebziger und beginnenden achtziger Jahren den Devisenbedarf *gewaltig erhöht. Doch* dürfte die fast durchgängig falsche Wechselkurspolitik in Verbindung mit der grassierenden Korruption die Hauptursache für die Verschuldungsmisere der Dritten Welt darstellen. Der Internationale Währungsfonds wird nicht müde, realistische Wechselkurse zu fordern, und verwendet seine *Beistandskredite* als Hebel zur Durchsetzung *dieser Politik.*

Ließe sich Entwicklungspolitik *nicht in der gleichen Weise einsetzen?* Heute ist vielfach paradoxerweise das Gegenteil der Fall. Entwicklungshilfe als Geschenk oder fast zum *Nulltarif* bestärkt die Regierungen in der Dritten Welt noch in ihrer *Politik. Der Anreiz ist groß*, die Mittel in die falschen Kanäle zu leiten. Korruption und die Errichtung von Entwicklungsdenkmälern werden gefördert.

Bei Normalverzinsung – das heißt zu Marktkonditionen – wären beide Gefahren geringer. Dann müssen sich die damit finanzierten Projekte auch unter *Normalkonditionen* „rechnen". Damit werden *auch* Wettbewerbsverzerrungen gegenüber normal finanzierten Vorhaben vermieden.

Die Belastung der Devisenkasse mit Zinszahlungen ließe sich dadurch vermeiden, daß man Zahlung in Landeswährung vereinbart. Mit den Einnahmen daraus ließe sich die absolute Armut im Lande bekämpfen. Hierfür bedarf es meist keiner Devisen. Doch würde *ein Anstoß gegeben, etwas für die* Armen zu tun, was in den meisten Entwicklungsländern alles andere als selbstverständlich ist.

Nun halten sich Politiker hierzulande viel auf die fabelhaften Konditionen zugute, zu der Hilfe vergeben wird. Das Umdenken mag schmerzlich sein, scheint aber geboten.

Dies gilt es zu verdeutlichen: Wir haben ein humanitäres und ein politisches Interesse daran, den Bedürftigen *in der Dritten Welt zu* helfen. Wenn wir dazu auch unsere Steuergelder bereitstellen, muß es gestattet sein, selbst auf die Verwendung Einfluß zu nehmen. Es versteht sich von selbst, daß Experimente der Art, wie sie etwa in Nicaragua zur fürsorglichen Belagerung der Nachbarn stattfinden, keine Unterstützung verdienen und daher zu Recht keine erhalten. Die Einschaltung nicht-staatlicher Organisationen ist in solchen Fällen ratsam und wird auch praktiziert. Sonst hätte die Bevölkerung gleich in zweifacher Hinsicht das Nachsehen: Durch das, was sie seitens ihrer Regierungen zu ertragen *hat, und durch den Entzug* der Hilfe.

Der *Bundesregierung* wäre zu empfehlen, ihre Entwicklungspolitik offensiver zu verkaufen. Das zuständige Ministerium führt in der öffentlichen Meinung ein Schattendasein, obwohl dies der Bedeutung der Aufgabe nicht gerecht wird. *Doch passiert zu wenig, um an dieser* Einschätzung etwas zu ändern.



Elend der Betroffenen: Mutter und Kind in Afrika FOTO: SVEN SIMON

IM GESPRÄCH W. Schmalenbach

Connaisseur, nicht Anpasser

Von Peter Dittmar

Er genießt es, wenn er gelobt wird. Dann kann er mit Selbstironie und Understatement den Sockel vergolden, auf dem er sich wohl fühlt. Aber er hat es nicht nötig, gelobt zu werden, weil der Glanz der Sammlung, die er seit 1962 *aufgebaut hat*, der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, die dieser Tage *ihr neues* Haus in Düsseldorf beziehen konnte, sowieso auf ihn zurückstrahlt. Werner Schmalenbach ist kein Museumsbeamter. Er ist ein Connaisseur, der seiner Passion, der Kunst unseres Jahrhunderts, mit allem seinem Vermögen huldigt – und das ist eine souveräne Kennerschaft.

Schmalenbach wurde 1920 in Göttingen geboren, lebte jedoch seit 1932 mit seinen Eltern in Basel und erhielt 1946 die Schweizer Staatsbürgerschaft. In Basel hat er Geschichte, Archäologie und Ethnologie studiert und wurde dort auch für seine Dissertation über „*Die Kunst der Naturvölker* als Anregungsquelle für die europäische Kunst bis 1900" promoviert. Danach arbeitete er am Basler Gewerbemuseum, wobei er mit seinen vielseitigen Interessen recht ungewöhnliche Ausstellungen anregte. Ihm war z. B. 1947 (zusammen mit Georg Schmidt und Peter Bächlin) die *Übersicht* „Der Film – wirtschaftlich, gesellschaftlich, künstlerisch" zu verdanken, die beispielhaft ein dynamisches Medium mit statischen Bildfolgen erklärte.

1955 berief ihn die Kestner-Gesellschaft in Hannover zu ihrem Direktor. Hier organisierte er eine Reihe von Ausstellungen, die inzwischen *gern als „legendär" apostrophiert* werden, weil sie Künstler wieder oder zum ersten Mal ins allgemeine Bewußtsein brachten, die durch die Nazizeit und die nachfolgende Überbewertung alles Ungegenständlichen verdrängt worden waren. Schwitters gehörte dazu oder Julius Bissier.

Aber für Schmalenbach war das nie eine politische Entscheidung, *nie* eine Art Wiedergutmachung in Sachen Kunst, die sich dann doch nur als gutgemeint und ohne Folgen erwiesen hätte. Ihm geht es immer nur um die Kunst an sich, um das Kunstwerk selbst, das sich ohne allen politischen oder gesellschaftlichen Vorder- und Hintergrund behaupten kann. Die „verteufelte" Qualität ist, wie er einmal in einem Vortrag ausführt, sein einziges Kriterium. Und zwar in *ihrer ganzen Doppeldeutigkeit.* Er weiß, daß es keine unumstößlichen Maßstäbe für die Qualität eines Kunstwerkes gibt, aber er wendet sich zugleich gegen die Verteufelung des Qualitätsbegriffs und die beliebige Definition, daß Kunst sei, was zur Kunst erklärt werde.



Für die Kunst nur ein Maßstab, nämlich Qualität: Schmalenbach FOTO: VISUM

Die Folgen solch elitären Kunstverständnisses, des *einzig* angemessenen, wie Schmalenbach meint, kann man in dem neuen Haus in Düsseldorf betrachten. Da gibt es keine Halbheiten, keine schwachen Werke wichtiger Künstler, weil gute nicht zu *haben* waren, oder andere *Kompromisse.* Wenn es um Kunst geht, ist Schmalenbach unnachgiebig – und zugleich eloquent. Er vereint aufs beste die notwendigen Eigenschaften eines guten Museumsmannes: ein ausgeprägtes Qualitätsbewußtsein, verbunden mit der notwendigen Härte, es durchzusetzen, sowie jene Um*gänglichkeit und Verbindlichkeit*, die Mäzene und Stifter animiert. Deshalb sind sogar die Landesbeamten über ihren Schatten gesprungen und haben Schmalenbachs Vertrag über die Pensionsgrenze hinaus für weitere fünf Jahre verlängert.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LIBERATION

Zur Lage in Frankreich nach den Wahlen schreibt die Pariser Zeitung:

Die Politik à la française ist so paradox wie das Wahlergebnis; der Präsident geht aus der Niederlage seiner Parlamentsmehrheit beinahe gestärkt hervor. Seit Juli *1984* und der Ablösung von Mauroy durch Fabius hat *Mitterrand diese Wende bis ins* Detail vorbereitet. Gewiß, alles ist relativ: Es gab am Sonntag abend in Frankreich tatsächlich *einen* Rechtsrutsch. Doch anstatt zu einer Welle der Ablehnung des Staatschefs zu führen, anstatt ihn zu schwächen, bis *er zum Rücktritt gezwungen ist*, hat sich alles im Fleischwolf der Verhältniswahl aufgelöst.

Münchner Merkur

Zu dem vom Bremer Schulsenator Franke geforderten TV-Verbot für Kinder meint er:

Wollen wir doch nicht übertreiben: Es gab auch vor dem Fernsehzeitalter zahlreiche Buben und Mädchen, die außerhalb der Schule nie ein Buch oder eine Zeitung angerührt haben. Immerhin hat ihre Generation – und *vermutlich mit ihrer Mithilfe* – das Wirtschaftswunder geschaffen. Es ist schick, den Kulturpessimisten zu spielen, sich als Bildungsbürger über die Unkenntnis anderer lustig zu machen. Wobei die Verspotteten möglicherweise ganz andere Qualitäten haben, die in unserer technisierten Umwelt ebenso wichtig sind.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Blatt sieht eine heimliche Steuererhöhung durch den Wasserpfennig:

Das hat noch keiner, das ist absolut neu für die Republik: Die Landesregierung will von den Verbrauchern eine Wasserabgabe erheben. Nach monatelangem Zögern sind jetzt die Würfel gefallen. Sehr verniedlichend sprechen die Regierungspolitiker von einem „*Wasserpfennig*". *In Wahrheit* wird das Wasser im Endeffekt wohl um zehn bis zwölf Pfennig pro Kubikmeter teurer. Das ist nichts anderes als eine heimliche Steuererhöhung, auch wenn das offiziell lediglich Nutzungsgebühr oder Sonderab*gabe genannt* wird.

BERLINER MORGENPOST

Sie gibt Bangemann einen Hinweis zum Honecker-Besuch:

Zu welchem Freuden*taumel ohne* Ausmaß das Erscheinen Honeckers am Rhein führen kann, demonstrierte Wirtschaftsminister Bangemann. Er verstieg sich zu dem Befund, er habe *nicht den Eindruck*, „daß wir uns in einer Phase befinden, in der die Beziehungen irgend etwas zu wünschen übriglassen". Man stelle den wunschlosen Minister einmal eine Stunde vor die Berliner Mauer. Vielleicht fällt ihm *dann* doch noch ein Wunsch ein.

Öffnung ohnegleichen: Der Papst in der Synagoge

Allerdings noch kein Positionswechsel zu Jerusalem / Von Friedrich Meichsner

Der Papst geht in die Synagoge. In der fast zweitausendjährigen *Geschichte des Christentums* ist das bisher noch niemals geschehen. Jetzt wird es Ereignis. Am 13. April wird Johannes Paul II. den Tempel der ältesten jüdischen Gemeinde des Abendlandes, die Synagoge im ehemaligen Gettoviertel *Roms, besuchen.*

Deutlicher noch als mit seiner Predigt von der Kanzel einer lutherischen Kirche am 11. Dezember 1983 setzt Karol Wojtyla damit ein Zeichen für die Überwindung einer der dunkelsten religionshistorischen Epochen. Sein Besuch ist aber weit mehr als eine bloße Geste, die die *Abkehr von* den Verirrungen der Vergangenheit signali*siert. Er eröffnet gleichzeitig* den Weg in eine bessere Zukunft.

Die erste Voraussetzung für die bevorstehende Begegnung im Gotteshaus der über Jahrhunderte so schwer geprüften jüdischen Gemeinde Roms hatte Papst Johannes XXIII. im Jahre *1959* mit der Streichung des den Juden zugelegten Adjektivs „perfide" aus dem Freitagsgebet geschaffen. Dann befreite das *II. Vaticanum in seiner* Erklärung „Nostra aetate" das jüdische Volk vom Makel des „Gottesmordes" und stellte fest, daß die dem Christentum zugrunde liegende Offenbarung des Alten Testaments eben diesem Volk des Alten *Bundes anvertraut wurde.*

Jetzt geht der Papst einem Volk, das nach unzähligen Pogromen die Massenvernichtung von Juden durch das nazistische Regime erlitten hat – geht er einer Synagogengemeinde mit ausgebreiteten Armen entgegen. Und diese Gemeinde, die ja auch immer wieder den furchtbarsten Verfolgungen im christlichen Namen und fanatischer *Willkür* insbesondere mancher Päpste ausgesetzt war, empfängt ihn als brüderlichen Gast.

Schauplatz der Begegnung ist das römische Getto, dort, wo ein anderer Papst – Paul IV. – die Juden seiner Stadt in der Mitte des 16. Jahrhunderts zwischen der *Via Arenula*, dem Portico d'Ottavia und dem Tiber abgesondert hatte. In der benachbarten Kirche S. Angelo *in Pesceria mußten sich diese* Gettobewohner noch im 18. Jahrhundert regelmäßig christliche Predigten anhören, mit denen die Papstkirche sie zum Übertritt zum christlichen Glauben zu bewegen hoffte. Auf einem zeitgenössischen *Gemälde sieht man* sie *mit* wachsverstopften Ohren dargestellt. Sie wollten die fremde Botschaft nicht hören.

Daß heute beide Seiten aufnahmebereit sind für das, was der andere zu sagen hat, macht die Begegnung vom 13. April erst möglich. Sie findet genau in der Mitte zwischen *dem christlichen* Osterfest und dem jüdischen Passahfest statt, in einer Zeit, in der einst – in Erinnerung an den „Gottesmord" – bei den Christen besonders leicht Pogromstimmung aufgekommen war. Unter diese Vergangenheit setzt der Papstbesuch den definitiven Schlußstrich. Er dokumentiert, *daß den römischen Juden nach* dem bürgerlichen endlich auch das volle religiöse Heimatrecht im christlichen Rom zugestanden worden *ist.*

Sofort nach der Ankündigung des päpstlichen Synagogenbesuchs ist von manchen Seiten die Frage aufgeworfen worden, ob sich damit nicht auch vielleicht ein Positionswechsel in der vatikanischen Politik gegenüber Israel ankündige.

Der Heilige Stuhl *unterhält nach* wie vor keine diplomatischen Beziehungen zum jüdischen Staat. Er erkennt die Annexion der Altstadt von Jerusalem nicht an und verfolgt das Projekt einer Internationalisierung der heiligen Stätten. *Wird sich an dieser Haltung* demnächst etwas ändern?

Der stellvertretende Chefredakteur des vatikanischen „Osservatore Romano", Svidercoschi, beantwortet diese Frage in einem vom römischen „Tempo" veröffentlichten Artikel mit einem klaren Nein. Eine solche Erwartung, schreibt er, „wäre in der Tat abwegig". Dagegen sprechen sowohl politische als auch kirchenpolitische Überlegungen, von denen sich der Vatikan leiten läßt.

Das politische Haupthindernis für eine Normalisierung der Beziehungen sind die mit Rom unierten Christen in den *arabischen* Ländern, die entweder uneingeschränkt die arabische Position im Nahost-Konflikt vertreten oder befürchten, daß ihnen im Falle einer *Anerkennung Israels durch* den Vatikan in ihren Ländern Repressalien drohen. Der *Vatikan* will sie offensichtlich einer solchen Gefahr nicht aussetzen. Außerdem sieht er in Jerusalem nicht die Hauptstadt des jüdischen Staates, sondern ein Heiligtum, das den drei monotheistischen Religionen in gleicher Weise gehört.

Auch wenn der päpstliche Besuch *in der römischen* Synagoge in diesem Punkt keine Annäherung bringen dürfte, *mindert das nichts* an seiner historischen Dimension. Auch in Jerusalem wird er als „Öffnung ohnegleichen" und als „ökumenisches Ereignis" gewertet.

Heinz Nixdorf – ein Wegweiser zu Unternehmer-Erfolg

Der Computer-Hersteller Heinz Nixdorf, einer der erfolgreichsten deutschen Unternehmer der Nachkriegszeit, ist überraschend im Alter von 60 Jahren gestorben. Eine außergewöhnliche Persönlichkeit, eine beispielhafte Karriere.

Von JOACHIM WEBER

Die Nixdorf Computer AG: ein weltweites Unternehmensgebilde mit 23 300 Arbeitsplätzen und 3,9 Milliarden Mark Umsatzvolumen, mit Produktionsstätten, Softwarelabors und Vertriebs-Stützpunkten in Europa, den USA und Fernost. Ein Weltunternehmen mit dem Hauptsitz im ostwestfälischen Städtchen Paderborn.

Seit dem späten Montag abend ist dieses Weltunternehmen aus der Provinz ohne seinen Chef: Im firmeneigenen Festzelt nahe der Hannover-Messe erlag sein Gründer und Vorstandsvorsitzender Heinz Nixdorf bei einem der üblichen Kunden-Treffen völlig unerwartet einem Herzinfarkt, wenige Wochen vor seinem 61. Geburtstag. Die Kontinuität der Führung in Paderborn ist freilich gesichert, das Unternehmen wird durch den unvorhergesehenen Schlag nicht ins Trudeln kommen.

Im Gegensatz zu manch anderer ausgeprägter Unternehmer-Persönlichkeit hatte der langfristig denkende Nixdorf auch diesen Eventualfall eingeplant: Nach einem ersten Infarkt Mitte der siebziger Jahre hatte er seinem Stellvertreter Klaus Luft zunehmend Führungsaufgaben überlassen.

Heinz Nixdorf wird seinem Unternehmen dennoch fehlen: als unermüdlicher Antreiber und Motivierer, als der Mann, der sich auch einmal in den Werkshallen sehen ließ und den Kontakt zu seinen Arbeitern suchte, und als der unerschöpfliche Ideenproduzent, der mit seiner Weitsicht auch die große Konkurrenz immer wieder das Fürchten lehrte, als der Mann, der mit seiner scheinbar unerschöpflichen Energie, gepaart mit westfälischer Dickschädeligkeit, in kaum 30 Jahren aus dem Nichts eines Kellerunternehmens einen Weltkonzern machte.

Die Karriere des Heinz Nixdorf eignet sich fast für ein Tellerwäscher-Musical. Noch als Physikstudent entwikkelte er einen eigenen Computer, ein Modell auf der Basis von Röhren. Weil das Geld für den Bau fehlte, gondelte er mit seinem Moped von Firma zu Firma und versuchte, erst einmal die Idee zu verkaufen. Das RWE in Essen ging das Risiko ein, gab ihm 30 000 Mark Vorschuß und einen Arbeitsraum.

Der Rechner wurde gebaut, und 1952 machte sich Nixdorf mit seinem Labor für Impulstechnik in Essen auch formal selbständig. Schon sehr früh entwickelte er eine Vorstellung, die sich bei anderen Datenverarbeitungs-Unternehmen erst sehr viel später durchsetzte: die Idee des Computers am Arbeitsplatz. Mit den alten Röhrenmaschinen war diese Idee noch nicht so leicht zu realisieren, doch mit der Transistorisierung und später dem Einsatz der höher integrierten Mikro-Prozessoren – von Nixdorf als erstem in Europa für den Computerbau entdeckt – führten da recht schnell weiter.

Mit dem Modell „Nixdorf 820" begann der steile, manchmal geradezu atemlose Aufschwung des Unternehmens. Schon 1966 ließ es den Umsatz auf 28 Millionen Mark (damals schon eine respektable Größenordnung) emporschnellen, zwei Jahre später wurde die 100-Millionen-Mark-Hürde übersprungen. Davon blieb so viel in der Kasse, daß Nixdorf die Übernahme der Wanderer-Werke, die ihm für 17 Millionen Mark eine komplette Vertriebs- und Kundendienst-Organisation einbrachte, in bar erledigen konnte.



Ein Leben für das Unternehmen: Heinz Nixdorf FOTO: JUPP DARCHINGER

Baukasten-Aufbau auch für die Software

Auf dieser gesunden Basis und mit neuen Ideen, etwa den Baukasten-Aufbau des Computers auch auf die Software zu übertragen und damit dann Programme nach Maßanbieten zu können, ging es flott weiter bergauf. Die Stärken des Paderborner Unternehmens verlagerten sich immer mehr weg von der eigentlichen Technik (ohne freilich jemals den Anschluß zu verlieren) hin zum Markt und zu den Kunden. Schon seit einigen Jahren sind zwei Drittel der Mitarbeiter im Außendienst, und der Markt honoriert es.

Auch die weitere steile Expansion wurde mit viel Energie und persönlichem Verzicht aus eigener Kraft finanziert. 1984, sechs Jahre nach einem ersten mißglückten Anlauf, rang sich Heinz Nixdorf dazu durch, mit seiner Aktiengesellschaft an die Börse zu gehen. Die Furcht, ihm könnten durch irgendwelche anonymen Aktionäre die Zügel im eigenen Hause aus der Hand genommen werden, hatte ihn so lange zögern lassen.

Ebenso ungern, wie er sich als Unternehmer ins Handwerk pfuschen ließ, mochte er sein Privatleben oder auch nur winzige Teile davon preisgeben. Über seine Familie – seine Frau Renate und drei Söhne – ist der Öffentlichkeit so gut wie nichts bekannt. Lediglich seine Hobbies Skatspielen und Segeln (in dieser Reihenfolge) haben sich im Laufe der Zeit herumgesprochen. Seinen Segelfreunden wird Heinz Nixdorf ganz besonders fehlen: Mit persönlichem und auch finanziellem Einsatz hatte er die deutschen Starboot-Segler in den letzten Jahren in respektable Wettbewerbs-Klassen gebracht.

Fehlen wird der bodenständig-robuste Nixdorf auch in der sonst so monoton blaugezwirnten Branchenlandschaft. Denn hier genoß er nicht nur als Konkurrent Respekt, sondern auch als jemand, der mit forschen Sprüchen den etablierten Institutionen gelegentlich zum Nachdenken verhalf.

„Mein Dank gilt allen, die mich durch ihr Nichtstun haben gewähren lassen", revanchierte sich Heinz Nixdorf einmal bei jenen beamteten Bürokraten, von denen er sich in seiner Handlungsfreiheit immer so sehr eingeengt fühlte, gleich, ob es um die lange geplante Gründung einer firmeneigenen Berufsschule in Paderborn oder um den Streit für einen „brauchbaren" ostwestfälischen Flughafen ging.

Sarkasmus und Bissigkeit gehörten immer zu den Markenzeichen des deutschen Vorzeige-Unternehmers. Und gar zu gerne rieb er sich mit seinen mancherorts gefürchteten Anmerkungen an den ganz Großen: ob Siemens, IBM oder die Bundespost, ob die USA oder Japan als globale Konkurrenten – der eigenwillige Westfale hielt nie mit seiner Meinung hinter dem Berg, nahm auch in der Formulierung kein Blatt vor den Mund. Große Kunden wurden ebensowenig respektiert wie übermächtige Wettbewerber.

Hochachtung vor dem deutschen Facharbeiter

Auch dem Konflikt mit den Unternehmer-Kollegen ging der leidenschaftliche Computer-Bauer nicht aus dem Wege. Weil er von jeglicher Form des Gruppenzwangs wenig hielt und weil der deutsche Facharbeiter in seiner Wertschätzung – auch als Bollwerk gegen die japanische Herausforderung – ohnehin ganz weit oben rangierte, zahlte er von vornherein höhere Löhne, als es der Tarifvertrag vorsah. Unternehmerischer Erfolg bestand für ihn ohnehin nicht darin, Gewinne zu machen (es sei denn, als Basis künftiger Investitionen), sondern Arbeitsplätze zu schaffen. Sein eigenes Unternehmerbild hatte er noch im Januar in einem Interview vortrefflich skizziert: „Für den Unternehmer, der ja auch mal stirbt, darf seine Zeit nicht die Zeit des Geldsammelns gewesen sein, sondern er muß eine Aufgabe erfüllt haben. Das Unternehmen muß kräftig geworden sein und weiterleben können. Manchmal trägt es auch den Namen des Gründers. Das ist dann noch eine zusätzliche Motivation, besonders viel für das Unternehmen zu tun." Heinz Nixdorf hat sich an seine eigenen Vorgaben gehalten.



Ein Chef zum Anfassen: Kontakt zu den Beschäftigten war Heinz Nixdorf stets wichtig FOTO: TEUTOPRESS

Der Fall Marcos: Die Jagd auf ein Riesenvermögen

Als er vor zwanzig Jahren Präsident der Philippinen wurde, gab er sein Vermögen mit 30 000 Dollar an. Heute ist von Milliarden die Rede. Doch Ferdinand Marcos wird seines Reichtums nicht froh werden. Die Ermittler sind unterwegs, und eine Prozeßwelle rollt auf den entmachteten Diktator zu.

Von FRITZ WIRTH

Ferdinand Marcos, wohnhaft Hickham Air Force Base, Hawaii, ist ein freier Mensch, dem jedoch heute, drei Wochen nach seinem Wohnungswechsel von Manila nach Honolulu, in wachsendem Maße die Unfreiwilligkeit seines Daseins bewußt geworden ist und zum Ärgernis wird. Aus seiner Umgebung ist zu vernehmen, daß er ein mürrischer Mann geworden sei, der aufgehört hat, diese Welt noch zu begreifen.

Er und seine einst 88köpfige Fluchtgemeinschaft, von der bereits einige Offiziere, von Heimweh gepackt, die Rückreise nach Manila angetreten haben, fühlen sich irgendwie belagert und verfolgt. Von den Schlagzeilen der Zeitungen zum Beispiel, amerikanischen Fernsehreportern, von Rechtsanwälten, Zollbeamten, von immer ungeduldiger werdenden Gastgebern auf Hawaii und von selbstgedrehten Familien-Filmen im amerikanischen Fernsehen, die das „Highlife" an seinem Hofe und den extravaganten Lebensstil seiner Frau Imelda enthüllen.

Wie groß die Beute ist, die er nach zwanzigjähriger Herrschaft aus dem Lande schaffte, weiß bis heute niemand, wahrscheinlich nicht einmal Marcos selbst. Die Schätzungen liegen zwischen fünf und zehn Milliarden Dollar. Nicht alle Enthüllungen über seinen Reichtum, die in den letzten 14 Tagen bekannt wurden, sind jedoch seriös. Andererseits mußten Vermutungen korrigiert werden, daß der Reichtum des Ferdinand Marcos auf „natürliche" Weise zustande kam.

Diesem Irrtum war zum Beispiel Präsident Ronald Reagan erlegen, der vor wenigen Tagen amerikanischen Journalisten erklärte, er sei stets davon ausgegangen, daß Marcos bereits Millionär gewesen sei, als er vor 20 Jahren sein Amt antrat, und daß zumindest ein Teil seines Reichtums möglicherweise geschicktem Investment zuzuschreiben sei. Inzwischen liegen Steuererklärungen vor, aus denen sich ergibt, daß Marcos selbst sein Vermögen im Jahre 1966, bei seinem Amtsantritt, mit umgerechnet 30 000 Dollar angab. Da er als Präsident nur ein Jahresgehalt von 5000 Dollar hatte, liegt über seinem in aller Welt verstreuten Privatvermögen, das er in den letzten 20 Jahren anhäufte, der faule Geruch der Illegalität.

Drei Männer leiten heute die Jagd nach diesen versteckten Milliarden. Es sind der demokratische Abgeordnete des Repräsentantenhauses, Stephen Solarz aus New York, der philippinische Rechtsanwalt Jovito Solanga, der von der neuen philippinischen Präsidentin beauftragt wurde, das nach ihrer Meinung illegale Marcos-Vermögen heimzuholen, und Steven Psinakis, ein wohlhabender ehemaliger philippinischer Staatsbürger, der heute in San Francisco lebt und als Berater Solangas fungiert.

Alle drei sind überzeugt, daß der Kern und Löwenanteil des Marcos-Schatzes noch nicht entdeckt worden ist. Sie vermuten ihn in Form von Bargeld, Gold und Aktien in zahlreichen Tresoren Schweizer Banken, wo er nicht nur wegen der strikten Diskretion dieser Banken, sondern auch wegen der Tatsache schwer zu entdecken sein dürfte, daß ein großer Teil dieses Vermögens dort unter dem Decknamen von Stiftungen und Trusts lagert. Nach Angaben von Ramon Diaz, einem Mitglied der Solanga-Kommission, liegen allein bei einer einzigen Schweizer Bank Werte in Höhe von 800 Millionen Dollar.

Der Goldbesitz von Marcos, dessen größter Teil ebenfalls in der Schweiz lagern soll, wird auf 280 Millionen Dollar geschätzt. Die philippinischen Beutejäger unter Leitung von Jovito Solanga glauben auch die Herkunft dieses Goldschatzes herausgefunden zu haben. Ihnen ist aufgefallen, daß im Jahre 1973, als Marcos das Kriegsrecht über die Philippinen verhängte, die Goldreserven des Landes von 1,857 auf 1,057 Millionen Unzen sanken und auch in den folgenden Jahren nicht wieder aufgestockt wurden. Jovito Solanga nimmt an, daß die Differenz dieses Bestandes in Schweizer Safes landete.

Vage Anhaltspunkte gibt es bisher auch nur über den Grundbesitz von Marcos. Man vermutet außer in New York, Texas und Kalifornien Besitzungen auf den Bahamas, in Australien, Mexiko und in Südamerika. Das Geld zum Erwerb dieser Besitzungen stammt vermutlich aus Marcos' bester und immer fließender Einkommensquelle, aus Zahlungen von Freunden und „Cronies", denen er auf den Philippinen Monopole für den Zuckermarkt (Roberto Benedicto), für Bananen (Antonio Floirendo) und Pharmazeutika (José Campos) sicherte.



Marcos auf Guam: Wider Willen in die USA? FOTO: AP

Das Aufspüren des Grundbesitzes des Ex-Diktators ist schwierig, weil die meisten dieser Transaktionen unter Decknamen abgewickelt wurden, von denen nur wenige so leicht aufdeckbar sind wie der Besitz Lindenmere auf Long Island, der unter dem Namen Sadlemi registriert ist. Sadlemi ist der Genitiv des Vornamens der Marcos-Gattin Imelda, von hinten gelesen.

Der New Yorker Abgeordnete Stephen Solarz vermutet noch ärgerlichere Quellen für den Reichtum Marcos'. Er konzentriert sich darauf, zu erfahren, in welchem Maße Marcos amerikanische Entwicklungsgelder in die eigene Kasse umleitete. Sollte der Nachweis gelingen, möchte Solarz den Ex-Diktator in den USA vor ein Gericht stellen.

Weil so vieles über Herkunft, Umfang und Ort des Marcos-Vermögens im dunkeln liegt, waren Solarz und Solanga besonders begierig darauf, Zugang zu 1500 Dokumenten zu bekommen, die Marcos vor drei Wochen mit nach Hawaii im Gepäck hatte. Diese Dokumente – und nicht die frisch gedruckten philippinischen Banknoten im Wert von 1,2 Millionen Dollar oder die Schmucktruhen der Imelda – sind die wirkliche „heiße Ware", die Marcos mit in die USA brachte. Es handelt sich dabei um Finanzpapiere und Urkunden, die Auskunft über seinen ausgedehnten Grundbesitz geben.

Die Dokumente wurden bei der Ankunft von Marcos auf Hawaii vom amerikanischen Zoll beschlagnahmt. Die Regierung Aquino und der amerikanische Kongreß forderten, daß ihnen Kopien dieser Dokumente ausgehändigt werden. Die Reagan-Administration stimmte in der letzten Woche diesem Wunsch zu. Marcos legte über seinen Rechtsanwalt Richard Hibey vor Gericht dagegen Einspruch ein.

Hibeys Argumentation war sensationell. Er enthüllte, daß Marcos seinerzeit gegen seinen Willen durch die USA mit Hilfe eines Tricks von den Philippinen entfernt worden sei. Hibey behauptete, als Marcos die fraglichen 1500 Dokumente aus seinem Präsidentenpalast mitnahm, sei er fest davon ausgegangen, daß er auf den nördlichen Philippinen eine neue Heimat finden würde. Die Landung auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Clark sei nur eine Zwischenstation gewesen.

Erst im Flugzeug habe er danach erfahren, daß die Reise nicht in die nördlichen Philippinen gehe, sondern nach Guam und von dort nach Hawaii. Er sei also unter einem Vorwand von den Philippinen entfernt worden. Die Beschlagnahme seiner Dokumente durch amerikanische Behörden sei deshalb illegal.

Richter Dominick Dicarlo vom Gericht für internationalen Handel in New York akzeptierte diese Argumentation jedoch nicht und ordnete am Montag an, daß diese Dokumente der neuen philippinischen Regierung und dem amerikanischen Kongreß zugänglich gemacht werden.

Für Marcos war es der schwärzeste Tag seit seinem Sturz. Er kann damit rechnen, in den kommenden Wochen und Monaten mit einer Serie von Prozessen konfrontiert zu werden. Daher sein plötzlicher Drang, eine neue Heimat außerhalb der USA zu finden.

Sein Problem: Es gibt nicht mehr viele Länder und Zufluchtsorte seiner Wahl. Die Welt der Diktatoren ist klein geworden.

Mit ihrer Organklage wollen die Grünen die Parteien ins politische Abseits stellen

Von HENNING FRANK

Das Ergebnis der Röntgenaufnahme, *die das Bundesverfassungsgericht* heute von den parteinahen Stiftungen machen will, steht für den Grünen-Anwalt Otto Schily schon fest. Sie sind nach Ansicht des ehemaligen Bundestagsabgeordneten, dem der Terminplan des 2. Senats des Karlsruher Zwillingsgerichts in dieser Woche nach seinem Abgang von der Bonner Bühne sehr gelegen kommt, Sonderorganisationen der „etablierten" Parteien, die zu Unrecht Globalzuschüsse zur „gesellschafts*politischen und demokratischen* Bildungsarbeit" in Millionenhöhe erhalten. Und der versierte Strafverteidiger, der schon am Montag im Parteifinanzierungsverfahren durch seinen Befangenheitsantrag gegen den Verfassungsrichter und ehemaligen parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesjustizminister, Professor Hans Hugo Klein, zumindest anfangs die beherrschende Figur im Plenarsaal war, wird nichts unversucht lassen, das bei der Anhörung der als Zeugen geladenen Schatzmeister von CDU, SPD, CSU und FDP zu beweisen.

Auch wenn es in diesem von den Grünen angestrengten Organstreitverfahren nur um die 85,6 Millionen geht, die die Friedrich-Ebert-, Kon*rad-Adenauer-*, Hanns-Seidel- und Friedrich-Naumann-Stiftungen als Globalzuschüsse im Jahre 1983 aus dem Bundeshaushalt erhalten haben, so werden Otto Schily und sein Sozius Reiner Geulen die Stiftungen als reine Waschanlagen für die Parteien bloßstellen wollen. Sie können sich dabei auf Presseberichte berufen, in denen die Stiftungen als „die in den vergangenen Jahren am stärksten *sprudelnden* Quellen und sichersten Geldwaschanlagen für die Parteimütter" bezeichnet wurden.

Prominente Vertreter von Parteien und Verbänden

Wie ernst die Stiftungen, aber auch die ihnen nahestehenden Parteien, die Verhandlung nehmen, zeigt die Liste ihrer Prozeßvertreter. Obwohl der alleinige Antragsgegner der Grünen der Deutsche Bundestag und sein Präsident Philipp Jenninger sind, der sich wie am Montag durch den Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Herbert Helmrich, vertreten läßt, werden für die Stiftungen und Parteien namhafte Verfassungsrechtler das Wort ergreifen: fast die gesamt Creme der deutschen Staatsrechtslehrer wird heute mit dem „Grünen-Duo" *Schily/Geulen im* Streit um die staatliche Finanzierung der Stiftungen die Klingen kreuzen, darunter die Bonner Professoren Josef Isensee (Konrad-Adenauer-Stiftung) und Fritz Ossenbühl (CDU), ihre Münchner Kollegen Peter Badura (Friedrich-Naumann-Stiftung) und Peter Lerche (CSU) sowie der Hannoveraner Verfassungsrechtler Hans-Peter Schneider (Friedrich-Ebert-Stiftung).

Sie werden sich allesamt mit dem von Otto Schily erhobenen Vorwurf der *einseitigen* Selbstbegünstigung der Unionsparteien, Sozialdemokraten und Freien Demokraten auseinandersetzen müssen: „Es ist eine geschlossene Gesellschaft, ein exklusiver Verein, dem diese Globalzuschüsse zugutekommen." Ob allerdings sich die Parteien mit diesen staatlichen Zuschüssen für die Stiftungen, die von neun Millionen im Jahre 1966 *auf über 85 Millionen* im Jahre 1983 gestiegen sind, wirklich zusätzliche Finanzquellen erschlossen haben, wird von ihren Rechtsbeiständen Schily und Geulen heute kaum nachgewiesen werden können.

So eng auch die Verbindungen zwischen den Parteien und ihren Stiftungen im einzelnen sein mögen, diese sind schon seit geraumer Zeit keine „*Hilfsorganisationen*" *oder gar* „Regiebetriebe" der Parteien mehr, auch wenn von einigen Politikern dieser Anschein noch immer erweckt wird.

Wenn sie jetzt vom Bundesverfassungsgericht dazu gezwungen werden, in der heutigen Verhandlung schonungslos ihre Bücher offenzulegen und auch über ihre Verbindungen zu den Parteien Auskunft zu geben, dann wird ihnen damit zugleich *Gelegenheit* gegeben, den vielerorts noch immer gehegten Verdacht zu entkräften, daß sie in Wirklichkeit nur *ausgegliederte Filialunternehmen* der Parteien zur Geldbeschaffung sind. Denn den Grünen geht es in diesem Verfahren wie mit ihrer Klage gegen das neue Parteienfinanzierungssystem einzig und allein darum, die anderen Parteien wegen ihres finanziellen Gebarens ins verfassungsrechtliche Abseits zu stellen.

Auffallende Verquickung verschiedener Themen

Das beweist im übrigen auch die Verquickung des gegen die Globalzuschüsse im Bundeshaushalt 1983 für die Stiftungen angestrengte Organstreitverfahren mit dem Antrag, die vom Präsidenten des Bundestages im November 1982 veranlaßten Abschlagszahlungen an die CDU/CSU, *SPD und FDP* für den Bundestagswahlkampf 1983 für verfassungswidrig zu erklären, weil in den Rechenschaftsberichten der Parteien für das Jahr 1981 keine Angaben über die Einnahmen der „Sonderorganisationen der Parteien", gemeint sind die Stiftungen, enthalten sind.

Das einmalige Jubiläum des F. J. Strauß

lz. München

Ohne Glückwünsche und Ehrungen beging der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß gestern ein Jubiläum, das vor ihm noch kein Parteichef in der Bundesrepublik begehen konnte: Strauß war am gestrigen Dienstag genau 25 Jahre im Amt des Parteivorsitzenden. Am 18. März 1961 wurde er erstmals mit 94,8 Prozent als Nachfolger von Hanns Seidel gewählt.

Mit nur zwei Ausnahmen lagen die Stimmen für Strauß bei den weiteren 13 Vorstandswahlen stets über 92 Prozent. Nur 1963 mußte er sich nach der „Spiegel"-Affäre mit 86,8 und 1983 nach dem von ihm „eingefädelten" Milliardenkredit mit 77,1 Prozent begnügen. Dafür votierten beim Parteitag im November vergangenen Jahres 98,8 Prozent für ihren 70jährigen Vorsitzenden.

Einen offiziellen Glückwunsch wird die Partei ihrem „FJS" am Wochenende beim CSU-Parteitag in Würzburg übermitteln. Bei diesem „kleinen Parteitag" befassen sich die 250 Delegierten mit agrarpolitischen *Leitsätzen und einem kulturpolitischen* Programm. Außerdem wird erstmals ein Dokumentarfilm der 40jährigen Geschichte der CSU vorgeführt, der anschließend auf Videokassette vertrieben wird und im Wahljahr in den Orts- und Kreisverbänden gezeigt werden soll.

Bonn fordert Rückzug der Sowjets aus Afghanistan

Anhörung vor dem Auswärtigen Bundestagsausschuß

AP, Bonn

Scharfe Kritik am „gnadenlosen Kampf der Sowjetunion gegen Menschen und Freiheit" in Afghanistan haben Sprecher der Widerstandsorganisationen gestern in Bonn geübt. Der Bundestagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten hatte Sachverständige aus dem In- und Ausland zu einer zweitägigen Anhörung über die Situation in Afghanistan eingeladen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Hans Stercken (CDU), erklärte zu Beginn des ersten Hearings dieser Art in einem europäischen Parlament, die Informationen sollen den Politikern bei ihren Entscheidungen helfen.

In Anwesenheit von Staatsminister Lutz Stavenhagen (CDU) vom Auswärtigen Amt und Abgeordneten aller Bundestagsfraktionen schilderten afghanische Bürger den seit sechs Jahren andauernden Krieg der Sowjets gegen die Zivilbevölkerung des *Landes. Die Schreckensbilanz* weise eine Million Tote, 1,5 Millionen Verletzte und 5,5 Millionen Flüchtlinge auf. Der Sprecher der Widerstandsorganisation „Islamische Allianz", Pir Gailani, erklärte, das menschliche Leid sei in Worten nicht zu schildern. Den Sowjets warf er vor, in Afghanistan Völkermord zu begehen.

Professor Al Mojadedi von der afghanischen „Nationalen *Befreiungsfront*" appellierte an die freie Welt, Afghanistan im Kampf gegen den Kommunismus nicht allein zu lassen. Es gehe dabei auch um die Verteidigung der Menschenrechte der freien Welt.

Nach anderen Aussagen bei der Anhörung führt die Sowjetunion einen „Vernichtungskampf auf allen Gebieten". Die Truppen töteten nicht nur Menschen, sondern auch Tiere in der Landwirtschaft. Die Vernichtung von Feldern und Ernten gehöre zu einem System mit dem Ziel, den Widerstand zu brechen.

Wiederholt wurde von den Berichterstattern betont, daß die Bevölkerung trotz des ausweglos erscheinenden Kampfes gegen die militärische Übermacht der Sowjets nach wie vor zum Widerstand bereit sei. „Mit Gottes Hilfe werden wir kämpfen, bis zum *letzten Mann*", sagte ein Vertreter der Widerstandsbewegung.

Staatsminister Stavenhagen erklärte *bei dem Hearing, die sowjetische* Intervention verstoße gegen das Völkerrecht und sei eine Belastung für Frieden und Zusammenarbeit in der Welt. Im Namen der Bundesregierung forderte er Moskau auf, Krieg und Besetzung in Afghanistan nach nunmehr sechs Jahren zu beenden und konkrete Schritte zur Verwirklichung einer politischen Lösung ein*zuleiten*.

Für „Friedensordnung, die Blöcke überwinden"

SPD-Spitze berät Leitantrag „Sicherheit" / Dokumentation

Auszüge aus dem Entwurf der „Kommission Sicherheitspolitik" des SPD-Vorstandes für einen *Leitantrag* zur Friedens- und Sicherheitspolitik:

I. Voraussetzungen sozialdemokratischer Sicherheitspolitik.

Ziel sozialdemokratischer Friedenspolitik ist eine politische Weltordnung, die sich auf vereinbarte Verfahren der gewaltfreien Regelung von Konflikten gründet und Krieg als Mittel der Politik ausschließt. Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik ist es, den Einsatz von militärischen Gewaltmitteln zu verhindern, solange diese nicht beseitigt sind.

Die Gestaltung einer europäischen Friedensordnung erfordert *Mut zum* Handeln. Solange es in Europa noch keine Friedensordnung gibt, bedarf die Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland des Rückhaltes in einer auch militärisch abgestützten und in die Partnerschaft mit den westlichen *Demokratien eingebundenen* Sicherheitspolitik.

Die europäischen Völker müssen den *in den siebziger Jahren* eingeschlagenen Weg der Entspannung entschlossen fortsetzen, um damit den Ost-West-Konflik zu entschärfen und als gewaltfreien Wettbewerb unterschiedlicher politischer Ordnungsvorstellungen auszutragen ...

Wir wollen als demokratische Sozialisten, als Deutsche und als Europäer unseren Beitrag dazu leisten, daß Europa bis zur Jahrhundertwende zu einer Zone des Friedens wird, von der kein Krieg mehr ausgeht und in die kein Krieg hineingetragen werden kann ...

II. Bündnispartnerschaft im Westen.

Die Bundesrepublik ist politisch und militärisch eingebunden in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO. Solange die Sowjetunion eine hochgerüstete Supermacht in Europa ist, bedürfen die Westeuropäer der Verbindung mit dem militärischen Gegengewicht der USA. Die Bundesrepublik findet das für uns erreichbare Maß an Sicherheit nur mit ihren Partnern und nur dann, wenn sie ihre eigenen Sicherheitsinteressen innerhalb des Bündnisses definieren, einbringen und durchsetzen kann ...

Die NATO-Strategie der Kriegsverhütung erneuern

Das Bündnis ist geographisch auf den nordatlantischen Raum begrenzt. *Im Rahmen einer regional* beschränkten und strikt defensiven Aufgabenstellung soll das Bündnis in seinem Geltungsbereich zur Kriegsverhütung beitragen und verhindern, daß aus anderen Krisenherden Krieg in diesen Bereich hineingetragen wird ...

III. Sicherheitspartnerschaft im Ost-West-Konflikt.

Die Europäer in West und Ost leben in einer Gefährdungsgemeinschaft und können deshalb ihre Sicherheit nur *gemeinsam* wahren. Der Rüstungswettlauf der vergangenen Jahrzehnte lehrt: Niemand kann seine Verletzlichkeit wegrüsten, niemand kann Sicherheit errüsten. Die eigene Sicherheit verlangt immer auch die Sicherheit des anderen. Trotz gegensätzlicher politischer Ordnungen müssen die in den Ost-West-Konflikt verwickelten Staaten ihre elementaren Sicherheitsinteressen gegenseitig anerkennen. Die Auflösung des Konflikts kann nicht zur *Voraussetzung für Frieden* gemacht werden. Der Widerstreit der politischen Systeme kann nur im friedlichen Wettbewerb, nicht im Krieg ausgetragen werden ... Die Europäer in Ost und West können nur in einer Sicherheitspartnerschaft überleben ...

IV. Strategie der Kriegsverhütung.

Die SPD fordert, die NATO-Strategie der Kriegsverhütung nach folgenden Kriterien zu erneuern:

1. Die militärische Strategie des gesamten Bündnisses muß seiner politischen *Zielsetzung* – Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft – entsprechen.
2. Die *militärischen Instrumente* müssen in Struktur und Bewaffnung unverwechselbar der Verteidigung dienen und dürfen dem Ziel einer europäischen Friedensordnung nicht entgegenstehen.
3. Bündnisstrategie und Streitkräftestrukturen müssen Vereinbarungen über eine wesentliche Verminderung von Truppen und Waffen in Europa fördern statt sie zu behindern. Das Gleiche gilt auch für Vereinbarungen über militärische Optionen und rüstungstechnische Entwicklungen.
4. Die Struktur und Bewaffnung der Streitkräfte müssen zur Vorneverteidigung glaubhaft befähigen. Sie dürfen auf keinen Fall zu einem grenzüberschreitenden, raumgreifenden Angriff operativ geeignet sein.

„Die Besorgnisse im Osten berücksichtigen"

5. Die *militärischen Kräfte des Bündnisses* sollen nach dem Prinzip der Hinlänglichkeit bemessen sein und keine Anreize zum Wettrüsten bieten.
6. Die für das strategische Konzept erforderlichen Kosten der Verteidigung dürfen die sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen der Bündnismitglieder nicht überfordern. Sie dürfen die soziale und wirtschaftliche Stabilität nicht untergraben.
7. In Krisensituationen muß das Bündnis zur politischen Krisenbewältigung befähigt und von Eskalationszwängen frei sein. Das Bündnis muß die behauptete Abhängigkeit vom Ersteinsatz von Atomwaffen beseitigen.
8. Die Verteidigungsstruktur soll die multinationale Zusammensetzung des Bündnisses spiegeln und jeden Angreifer mit den Streitkräften des Bündnispartners konfrontieren.
9. Das Bündnis muß die politischen und militärischen Besorgnisse unserer östlichen Nachbarn berücksichtigen. Es muß deshalb in besonderer Weise den defensiven Charakter seiner Strategie durch die Betonung der grenznahen Verteidigung zum Ausdruck bringen.
10. Wir bekräftigen den Beschluß von Essen: Unser Ziel ist es, auf der Grundlage einer Sicherheitspartnerschaft der bestehenden Bündnisse eine europäische Friedensordnung zu *schaffen, die diese Blöcke überwindet*.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird im Bündnis auf Veränderungen der Bündnisstrategie im Sinne dieser Kriterien drängen. Konzepte wie „AirLand Battle", „AirLand Battle 2000" und „Deep Strike", die offensiv erscheinen können, lehnt die SPD ab.

Der Warschauer Pakt und insbesondere die Sowjetunion müssen ihren Beitrag zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung leisten. Gemeinsame Sicherheit erfordert, daß der Warschauer Pakt seine Strategie der Vorwärtsverteidigung aufgibt ...

Äthiopien versucht Sudan in das Lager der Sowjetunion zu ziehen

Khartum nimmt Vermittlungsangebot an / Khadhafi liefert Waffen / Sorge in Kairo

PETER M. RANKE, Kairo

Mit großer Besorgnis, aber ohnmächtig beobachten ägyptische Regierungskreise, wie Sudan immer stärker in den Einflußbereich Libyens und Äthiopiens fällt, die beide mit der Sowjetunion verbündet sind. Kairo kann dem sudanesischen Militärrat unter General Sawar El Dahab oder der ihm unterstehenden Zivilregierung Dafallah weder Kredite geben noch Waffen liefern wie Oberst Khadhafi in Libyen. Ägypten ist selbst in Finanznöten.

Der Vizepräsident des Militärrats, General Abdallah Fadul, hat umfangreiche Waffenlieferungen Libyens und Ausbildungshilfe angekündigt. Vorangegangen war vorige Woche ein Besuch des Ministerpräsidenten Dafallah und des Verteidigungsministers General Osman Abdallah Mohammed bei Khadhafi in Tripolis. Beide Regierungen versprachen sich Hilfe im Fall eines Angriffs, und die Sudanesen verurteilten die „Provokationen und Drohungen der Imperialisten gegen das libysche Volk".

Wahlen gefährdet

Offenbar will der einflußreiche Verteidigungsminister den Krieg gegen die 15 000 bis 25 000 Rebellen der „Volksbefreiungsarmee" (SPLA) des Obersten Garang fortsetzen, die in den letzten Wochen beträchtliche Erfolge in Kordofan und am oberen Nil errangen. Die reguläre Armee hält in den Südprovinzen Bahr el Ghazala, Oberer Nil und Equatoria nur noch wenige Stützpunkte. Der Armee fehlen Benzin, Lastwagen und Hubschrauber, die Rebellen dagegen werden von dem marxistischen Regime in Äthiopien unterstützt.

Unter diesen Umständen ist es den Militärs und der Zivilregierung in Khartum klar, daß sie die Wahlen zu einem verfassungsgebenden Parlament, die sie nach dem Sturz von Präsident Numeiri Anfang April 1985 versprochen hatte, in den Südprovinzen und damit einem Drittel des Landes nicht ausführen kann. Die Zivilisten, nicht die Militärs, haben daher das äthiopische Vermittlungsangebot angenommen. Seit Dienstag verhandelt eine Parteien- und Gewerkschaftsdelegation von 35 Mann in Addis Abeba mit den Abgesandten von Oberst Garang.

Es geht zunächst um einen Waffenstillstand für die Wahlzeit vom 1. bis 12. April. Garang hat bisher die Wahlen bekämpft und will direkt an der Regierung beteiligt werden, lehnt jedoch den Militärrat in Khartum ab. Die Zivilregierung muß demnach entscheiden, welchen Preis sie für eine Ausssöhnung mit Garang zahlen will. Dazu zählt mit Sicherheit die Zusammenarbeit mit Äthiopien und Libyen gegen Ägypten. Der wahrscheinliche künftige Regierungschef in Khartum, Saddiq el-Mahdi, setzt ohnehin auf Khadhafi, er ist jetzt auch in Addis Abeba dabei.

Als Vorleistung hat die sudanesische Zivilregierung die Hilfe an die Aufstandsbewegungen in Eritrea, Tigre und Wollo praktisch eingestellt und erwartet jetzt, daß Addis Abeba auch die Unterstützung für Garang beendet. Garang aber ist mit seiner linksgerichteten „Volksbefreiungsfront" so stark geworden, daß er schon Bedingungen stellen kann. Er will zunächst die Wahlen verhindern.

Keine Kredite mehr

Niemand will im Grunde die Erbschaft Numeiris und des Militärrats übernehmen. Der Währungsfonds hat Sudan für bankrott erklärt und alle Kredite gesperrt. Das Land kann seit sieben Monaten die fälligen Schulden von 252 Millionen Dollar nicht zahlen.

Bisher sind vier große politische Gruppierungen zu erkennen, unter denen Saddiq el-Mahdi von der Umma-Partei die stärkste Persönlichkeit ist. Er war 1967 bis 1968 Regierungschef. Die Mahdisten der Umma-Partei stützen sich traditionsgemäß auf die Ansar-Sekte. Ihre Gegner von der proägyptischen „Demokratischen Unions-Partei" des Scharif el-Hindi haben dagegen die Khatmiya-Sekte hinter sich. An diese beiden großen Gruppierungen dürfte die Mehrzahl der acht bis zehn Millionen Stimmen fallen, wie früher auch schon. Man wählt in Sudan Persönlichkeiten und keine Programme. (SAD)

Ausländer in Holland erstmals wahlberechtigt

HELMUT HETZEL, Den Haag

Namen wie Tacettin Yilmaz oder Rico Monasso sind keine Seltenheit auf den Wahllisten der meisten niederländischen Parteien bei den heute stattfindenden Kommunalwahlen. Denn erstmals sind rund 300 000 in Holland lebende Ausländer wahl- und stimmberechtigt. Sie haben sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht, wenn sie seit mehr als fünf Jahren in den Niederlanden leben. So will es das neue Wahlgesetz, das von der Haager Mitte-Rechts-Regierung 1985 beschlossen wurde und zum Ziel hat, die in Holland lebenden ausländischen Mitbürger noch stärker zu integrieren.

Aber ausgerechnet bei einer der größten Immigrantengruppen, den mehr als 100 000 in Holland lebenden Marokkanern, scheint das gut gemeinte Vorhaben des Haager Gesetzgebers ein völliger Fehlschlag zu sein. König Hassan II. von Marokko hat sich nämlich höchstpersönlich an seine in den Niederlanden lebenden Landsleute gewandt und vor einer Teilnahme an den Wahlen und einer allzu starken Integration gewarnt. „Das nützt weder den Niederländern noch den Marokkanern", ließ er mitteilen. Ein Marokkaner bleibe auch in der zweiten Generation Marokkaner, selbst wenn er im Ausland geboren sein sollte. Seine Landsleute sollten sich nicht in die Politik des Gastlandes einmischen und ihre Herkunft nicht verleugnen.

Aus dem Haager Außenministerium kam prompter Widerspruch. „Natürlich ist diese politische Teilnahme gewollt", hieß es. Und dann wurde auch der dahinter liegende wichtigste Punkt – nämlich der der Freiheit – angesprochen. In einem Appell an alle ausländischen Mitbürger – gemeint waren hier in erster Linie die marokkanischen – hieß es: „Das sind freie und geheime Wahlen. Niemand kann hinterher herausfinden, was und für wen sie gestimmt haben."

Doch der bevorstehende Urnengang hat noch eine weitere wichtige Bedeutung: Er wird allgemein als Testwahl angesehen und könnte verläßliche Angaben darüber liefern, ob die Ergebnisse von Meinungsumfragen zutreffen, wonach die nur zwei Monate später stattfindenden Parlamentswahlen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der jetzigen Regierungskoalition aus Christdemokraten und Liberalen und der sozialdemokratischen Opposition sowie linker Splittergruppen wird. An dieser Wahl allerdings dürfen Ausländer nicht teilnehmen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Syrien steht in der schwersten wirtschaftlichen Krise der Ära Assad

Schwarzhandel blüht / Damaskus erhofft Hilfe aus dem Westen / Attentat in der Hauptstadt

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Die Erklärungen der offiziellen und offiziösen Unterhändler, die Paris in den Nahen Osten entsandt hat, um die französischen Geiseln aus der Hand der schiitischen Extremisten zu befreien, haben einmal mehr die engen Verbindungen zwischen den schiitischen Terroristen in Libanon und den Regierungen Syriens und Irans offenbart. Vor allem Syrien, hieß es, könne die Freilassung bewirken und als Garantiemacht für einen positiven Ausgang der Verhandlungen gelten. Damaskus dementierte nicht.

Wie die WELT aus diplomatischen Kreisen in Beirut erfährt, ist die syrische Regierung in der Tat an einer Vermittlung in der Geiselaffäre interessiert. Als Gegenleistung erwartet sie von Frankreich Zusagen über eine wirtschaftliche Hilfe. Der Hintergrund: Syrien steht in der schwersten wirtschaftlichen Krise, seit der Militärdiktator Assad vor 15 Jahren die Macht an sich riß.

Überall Engpässe

Die Devisenreserven sind auf rund 50 Millionen Dollar gesunken. Das reicht gerade, um eine Woche lang die Importe zu bezahlen. Engpässe in der Rohstoff-Versorgung zwingen zu Produktionspausen. Manche Fabriken mußten sogar schon stillgelegt werden. Engpässe gibt es auch bei Grundnahrungsmitteln und zeitweise auch bei der Ölversorgung. Das führt zu häufigen Stromausfällen, was wiederum die industriellen und wirtschaftlichen Produktionsabläufe ins Stocken bringt. Infolge dieser Engpässe sind viele Preise drastisch gestiegen. Der Schwarzmarkt floriert. Der überwiegende Teil der Schwarzmarktware wird aus dem benachbarten Libanon ins Land geschmuggelt.

Die Bemühungen der syrischen Regierung, den Schwarzmarkt zu kontrollieren, sind bislang ohne Erfolg geblieben. Ende Januar und Anfang Februar wurden Hunderte von illegalen Geldhändlern in Damaskus und anderen syrischen Städten festgenommen und mehrere hundert Millionen Dollar konfisziert. Unter den Festgenommenen befanden sich auch einige hohe Regierungsbeamte aus dem Finanzministerium. Die Razzien in den Wechselstuben trieben den Dollarpreis auf dem Schwarzen Markt in die Höhe. Für einen Dollar muß man jetzt 18 bis 20 syrische Pfund zahlen, der offizielle Wechselkurs liegt bei 3,9 und der Sonderkurs für Importe bei 5,4 Pfund. Eine dritte Kursmarke für Touristen gibt acht syrische Pfund pro Dollar an.

Die Ursachen für die Devisenknappheit sind vielschichtig. Die Militärausgaben im vergangenen Jahr betrugen 3,3 Milliarden Dollar. Das waren 30 Prozent des gesamten Haushalts und 55 Prozent der laufenden Kosten. Der Haushalt liegt mit elf Milliarden Dollar inflationsbereinigt um 20 Prozent tiefer als im vergangenen Jahr. Hinzu kommen die Auslandsschulden in einer Gesamthöhe von 13,5 Milliarden Dollar. Davon beansprucht die Sowjetunion 8,5 Milliarden. Die restlichen fünf Milliarden Dollar schuldet Syrien arabischen und westlichen Ländern. Die jährlich zu zahlenden Zinsen belaufen sich auf eine halbe Milliarde.

Arabische Hilfe läßt nach

Die Hilfe der arabischen Länder hat stark nachgelassen. Während sie 1981 noch 1,6 Milliarden Dollar betrug, belief sie sich 1985 noch nicht einmal auf die Hälfte (700 Millionen). Unter diesen Umständen war es Syrien nicht möglich, dem Verbündeten in Teheran die Öllieferungen wie vereinbart zu zahlen, obwohl das Abkommen zwischen beiden Ländern einen Vorzugspreis von 2,5 Dollar tiefer als der Marktpreis vorsieht.

Auch innenpolitisch nehmen die Schwierigkeiten für das syrische Regime zu. In der vergangenen Woche detonierte in der syrischen Hauptstadt ein mit Sprengstoff vollgestopfter Lieferwagen. In einer offiziellen Stellungnahme machte Damaskus Bagdad für das Attentat verantwortlich. Politische Beobachter jedoch sind der Meinung, daß die interne Opposition wieder neue Kräfte gesammelt hat und die desolate Wirtschaftslage ausnutzen will.

Albanien sucht Kontakt mit Westeuropa

Bald Beziehungen zu Bonn? / Hodscha-Nachfolger Alia möchte moderne Technologie

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Geheimverhandlungen zwischen Bonn und Tirana über die Aufnahme dipomatischer Beziehungen scheinen – nach Jahren der Verzögerung – vor einem Durchbruch zu stehen. Damit könnte die Bundesrepubik Deutschland den letzten „weißen Fleck" auf ihrer diplomatischen Landkarte in Europa beseitigen.

Das bisher isolierte Albanien – ein kommunistischer Staat, der sowohl mit der Sowjetunion als auch später mit seinem Protektor China gebrochen hat – unterhält bereits jetzt relativ intensive Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik. Sie ist mit einem Außenhandelsvolumen von 29 Millionen Dollar der zweitwichtigste westliche Handelspartner nach Italien.

Bisher scheiterte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen an der vom 1985 verstorbenen albanischen Parteichef Enver Hodscha erhobenen Forderung, Bonn solle an Tirana Reparationen in Höhe von mehreren Milliarden Mark zahlen – als Wiedergutmachung für Schäden, die deutsche Truppen während des Zweiten Weltkriegs angerichtet haben sollen. Enver Hodscha mußte wissen, daß die Bundesrepublik schon im Blick auf das Londoner Schuldenabkommen und auf die Präzedenzwirkung, die eine Zahlung an Albanien hätte, nicht imstande war, dieser Forderung nachzukommen. Ein Bonner Gegenangebot, den Albanern billige Kredite zu gewähren, scheiterte an einer Bestimmung in der albanischen Verfassung, wonach die Aufnahme von Krediten im Ausland verboten ist.

Unter Hodscha-Nachfolger Ramiz Alia hat sich die starre Haltung Albaniens nicht nur gegenüber der Bundesrepublik, sondern gegenüber ganz Westeuropa gelockert. Bemerkenswert war, daß der neue albanische KP-Chef – Jahrgang 1925 – bereits kurz nach seinem Amtsantritt erklärte, Albanien sei ein „europäisches Land" und daher vital an den Vorgängen auf diesem Kontinent interessiert.

Die Befürchtung, Albanien werde sich nach Hodschas Tod wieder der Sowjetunion zuwenden, hat sich bisher nicht bestätigt. Im Gegenteil: Die Führung in Tirana scheint zu erkennen, daß eine Annäherung an die Sowjetunion unmittelbare Gefahren für die Unabhängigkeit des Landes mit sich bringen würde. Formell steht Albanien sowohl den Sowjets als auch den Amerikanern mit unverhüllter Feindseligkeit gegenüber. Die beiden Supermächte gelten als Inbegriff des Bösen. Es gibt keinerlei offizielle Beziehungen.

Informell aber sind sich die albanischen KP-Führer klar, daß ihnen vom Westen keine Gefahr droht – auch nicht von den Amerikanern. So wie Tirana zwischen Moskau und den osteuropäischen Staaten einen Unterschied macht – zu letzteren gibt es diplomatische Beziehungen, allerdings nur auf der Ebene von Geschäftsträgern –, so unterscheidet man auch zwischen den USA und ihren Verbündeten.

Während Hodscha sein politisches Heil in der Isolierung suchte, muß Alia nun trachten, die technologische Lücke zu schließen, um zu verhindern, daß Albanien, trotz seiner eindrucksvollen Industrialisierung, hoffnungslos hinter der modernen Entwicklung zurückbleibt. Gerade hier bietet sich die Bundesrepublik als besonders interessanter Partner für Albanien an.

Verhandelt Maputo mit den Rebellen?

Sicherheitslage in Moçambique verschlechtert sich zusehends / Dissonanzen in der Renamo

M. GERMANI, Johannesburg

Die in Moçambique kämpfende Widerstandsbewegung Renamo, die die Kontrolle über weite Teile des Landes ausübt, ist nach Berichten der südafrikanischen Presse und des Staatsrundfunks offenbar zu Verhandlungen mit der sozialistischen Regierung Samora Machels bereit. Als „ehrlicher Makler" soll Zimbabwe eingeschaltet worden sein.

Der zimbabwische Ministerpräsident Mugabe hatte erst im vergangenen Sommer rund 15 000 Soldaten nach Moçambique geschickt, um die Regierungstruppen bei der Vertreibung der antikommunistischen Renamo aus ihrem Hauptquartier in der Gorongosa zu unterstützen. Das Camp wurde inzwischen von den Widerstandskämpfern zurückerobert. Gescheitert ist auch Mugabes Plan, die Eisenbahnlinie von Beira nach Mutare in Ost-Zimbabwe wieder unter Kontrolle zu bringen. Der Schienenweg, über den Zimbabwe mit Öl versorgt wird, sowie das gesamte Gebiet nördlich davon ist fest in der Hand der Rebellen.

Die Verhandlungsbereitschaft der Renamo hat nach Informationen der südafrikanischen Medien zu einem Zerwürfnis zwischen dem Präsidenten der Organisation, Alfons Dhlakama, und seinem in Lissabon stationierten Generalsekretär Ivo Fernandes geführt. Danach soll der Generalsekretär von den geplanten Gesprächen zwischen der Renamo-Führung und der Regierung Machel ausgeschlossen werden, was von Ivo Fernandes gegenüber der WELT jedoch energisch dementiert wurde.

Er sprach von einer gezielten Kampagne gegen seine Organisation, in der offensichtlich alte Differenzen zwischen der Renamo und Südafrika eine wichtige Rolle spielten. Südafrika, das vor zwei Jahren mit der Machel-Regierung den Nkomati-Vertrag unterzeichnet hatte, in dem sich beide Regierungen verpflichteten, der jeweiligen Widerstandsbewegung des Nachbarlandes keine Unterstützung mehr zu gewähren und deren Truppen nicht mehr auf dem eigenen Territorium zu dulden, hatte damals trotz anderslautender Beschuldigungen der Machel-Regierung seine Verbindungen zu den Rebellen der Renamo gekappt.

Im Oktober 1984 war es zu Verhandlungen zwischen den feindlichen Parteien in Moçambique unter Vermittlung Südafrikas gekommen, die jedoch nach wenigen Tagen zusammenbrachen. Ivo Fernandes hatte damals Südafrikas Außenminister Roelof Botha der Parteilichkeit zugunsten des sozialistischen Regimes in Maputo beschuldigt.

Auch die Machel-Regierung ist offenbar an neuen Verhandlungen mit der Renamo interessiert. Westliche Diplomaten weisen in diesem Zusammenhang auf die sich ständig verschlechternde Sicherheitslage in Moçambique hin, die den Renamo-Guerrillas Vorstöße bis in die Hauptstadt ermöglicht. Immer wieder wird die Versorgung mit Elektrizität und Wasser durch Sprengstoff-Attentate unterbrochen.

Sowohl Pretoria als auch Washington befürworten eine Übereinkunft zwischen der stark angeschlagenen Regierung Machel und den Rebellen. Ivo Fernandes lehnt derartige Bemühungen dagegen im Namen seiner Organisation ab und verweist auf die Forderungen der Renamo nach freien Wahlen und einer demokratischen Verfassung für Moçambique.

Raketen-Streit: Moskau spricht von Garantien

rtr, Moskau

Die Sowjetunion ist nach Angaben von General Nikolai Tscherwow bei einem Abbau aller nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa unter Umständen zur Garantie bereit, daß ihre in Asien stationierten SS-20-Raketen nicht nach Europa verlegt werden. Voraussetzung sei, daß auch die Vereinigten Staaten zusicherten, ihre Mittelstreckenwaffen nicht wieder nach Europa zurückzuverlegen. In einem Artikel der Pressegentur Nowosti schrieb Tscherwow gestern, der Westen habe keinen Grund für die Befürchtung, die UdSSR könnte nach dem Abbau aller Mittelstreckenwaffen in Europa ihre SS-20-Raketen von Ost nach West bringen. Dies habe sie mehrfach versichert. Wenn zusätzliche Garantien notwendig seien, könnte in einem Sonderabkommen zugesichert werden, daß die Sowjetunion keine Mittelstreckenraketen aus Asien in europäische Gebiete verlegt. *Bedingung für eine solche Vereinbarung wäre,* daß die USA die gleiche Verpflichtung für ihre Mittelstreckenwaffen übernähmen. Der sowjetische Parteichef Gorbatschow hatte im Januar vorgeschlagen, als ersten Schritt zur völligen Beseitigung aller nuklearen Waffen die in Europa stationierten amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenwaffen abzubauen.

Von Aden bis Hanoi – Moskaus Südfront zeigt Risse

Die Renaissance des Islam untergräbt den sowjetischen Einfluß im Vorderen und Mittleren Orient / Gorbatschows schwere außenpolitische Erblast

Von HERBERT KREMP

Leidet die Sowjetunion an Gürtelrose? Man versteht darunter eine Virus-Infektion, die in der Rumpfgegend auftritt. An der ausgedehnten Südflanke des Imperiums beobachten wir eine Kette von Entzündungsherden: Irak–Iran, Süd-Jemen, Afghanistan, Indochina. Vor dem 27. Parteikongreß erwähnte Gorbatschow nur Afghanistan – es sei „eine einzige blutende Wunde". Zu den anderen Konflikten äußerte er sich nicht. Hatte er gute Gründe? Wird der Süden zur Probe für die außenpolitische Kompetenz des Generalsekretärs?

Im Licht der Erfahrung erscheint diese Frage sonderbar. Hat die Sowjetmacht nicht seit jeher kriegerische Auseinandersetzungen und innere Wirren außerhalb ihres Machtbereichs dazu genutzt, unerschlossene *Räume für sich zu öffnen oder für die* Gegenseite zu verschließen? Wiesen nicht alle Ereignisse und Unternehmungen in Asien und Afrika während der Breschnew-Zeit zwischen 1974 und 1980 in Richtung Südexpansion?

In Afrika breitete sich der sowjetische Einfluß seit der portugiesischen „Nelken-Revolution" stürmisch aus: Moçambique, Angola, Äthiopien, Somalia. Süd-Jemen, der erste marxistische Staat in Arabien (im Oktober *1979 unterschrieb der damalige* Regierungschef Ismail in Moskau einen Kooperations- und Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion), gleicht einem drehbaren Sprungbrett nach Afrika, zum Roten Meer (Suez-Kanal), zum Golf von Aden und ins Innere der arabischen Halbinsel. Ziel des vietnamesischen Vorstoßes nach Kambodscha (1979) war die Destabilisierung Südostasiens. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan (1979) hatte Pakistan und die warmen Meere im Visier. Der Golf-Krieg (seit 1980) – bot er nicht die Aussicht, nach einer gegenseitigen Schwächung der Revolutionsregime in Teheran und Bagdad die geographische Lücke zu schließen und einen zusammenhängenden Einflußraum von der türkischen Ostgrenze, dem verbündeten Syrien, bis zur südchinesischen See in Fernost zu schaffen?

Nach einem Jahrzehnt ist von diesem Grand Design nicht mehr übriggeblieben als einige Feldvorteile und schwere Lasten – Gorbatschows Erblast.

1. Kambodscha und Laos sind unruhige Satelliten Vietnams. Seit der Strafexpedition von 1979 läßt China den Nachbarn nicht durchatmen. Der Guerrilla-Krieg dauert an. Die kom*munistischen Roten Khmer* Pol Pots und Kieu Samphans verstehen ihr Handwerk. Die Verwendung sowjetischer chemischer Kampfmittel bringt die Führungsmacht in Verruf. Vietnam ist in der *UNO* isoliert. *Die* Jahresrechnung Moskaus beläuft sich auf vier Milliarden Dollar. Sie ist so hoch wie die kubanische Rechnung.

2. Afghanistan *ist* für die Sowjets ein Vietnam minus Fernsehen. Die Unwegsamkeit förderte 10 000 Zinksärge und 30 000 Verwundete zutage. Ein Funktionär muß sich mit 2000 Rubel korrumpieren, damit sein Sohn nicht ins Ungewisse zu ziehen braucht.

In der Sowjetunion ist der Krieg unpopulär. Es gibt drei erstaunliche Meinungsumfragen. Die Amerikaner befragten 200 000 Ausländer, die bei Aufenthalten in der UdSSR Kontakt zu russischen Bürgern hatten. Radio Liberty interviewte sowjetische Reisende in westlichen Ländern. Ein russischer Dissident schließlich befragte in seiner Moskauer *Szene 280 als* repräsentativ erachtete Personen. Das Ergebnis war immer das gleiche: 60 Prozent sprachen sich *gegen den Afghanistan*-Krieg aus. Das ist bemerkenswert; denn Russen reagieren bei solchen Fragen in der Regel patriotisch („right or wrong my country").

Gorbatschow erklärte auf dem Parteitag, er wolle seine Truppen „schon in allernächster Zeit zurückziehen", sofern die „Imperialisten ihre Einmischung beenden". *Das* ist eine Erklärung für den Hausgebrauch. Der Krieg ist nicht zu gewinnen. 130 000 Mann reichen nicht aus, ein unwegsames Land zu erobern, das von islamischen Stammeskämpfern verteidigt wird. Diese sind inzwischen besser bewaffnet, besitzen vor allem eine wirksamere Luftabwehr. Ihre Moral ist stabiler als die der „ungläubigen" Sowjets (deren *Moslem-Truppen* werden nicht mehr verwendet). Die Erziehung Tausender junger Afghanen in der Sowjetunion ist ein Langzeit-Projekt. Die Truppen Karmals erweisen sich als unsichere Kantonisten. Die Blutbäder der sowjetischen Spezialtruppen (Speznaz) und der Einsatz chemischer Waffen bringen keinen Erfolg, sie desavouieren Moskau. Pakistan brach nicht zusammen oder auseinander. Der Terrorismus (zum Beispiel gegen das Büro der Pakistan International Airlines) zielt jetzt gegen die Elite des Nachbarlandes.

3. Die Sowjets verloren den Einfluß auf Ägypten (1976; 1981) und Somalia



Lernen für den „Heiligen Krieg": Schiitische Schüler in Qom. FOTO: MAITRE/STUDIO X

(1977). Moçambique ist unsicher geworden. Eine böse Überraschung bereitete Gorbatschow der Bürgerkrieg in Süd-Jemen, der im Januar 1986 im kommunistischen Zentrum ausbrach. Breschnew hatte das Land seit 1979 zu einem Marine- und Luftwaffenstützpunkt mit 18 000 Soldaten und Tausenden von zivilen Beratern ausgebaut. Wirtschaftliche Hilfe für das ärmste aller arabischen Länder – zwei Millionen Einwohner, 460 Dollar Pro-Kopf-Einkommen im Jahr – blieb jedoch aus, so daß Präsident Hassani die Fühler nach Arabien und den Westen ausstreckte.

Sein Abweichen von der harten Linie veranlaßte die Sowjets, den seit fünf Jahren im Moskauer Exil lebenden Radikal-Kommunisten Abdul Fattah Ismail nach Aden zurückzusenden. Im Politbüro ging er gegen den „weichen" Hassani vor. Der Kampf, der darüber ausbrach, kostete bisher 12 000 Menschen das Leben. Aden wurde zerstört. Die Ausländer flüchteten, unter ihnen auch zahlreiche Sowjets.

In dem Chaos, das der neue Moskau-hörige Präsident Ali Nasser nicht beenden konnte, droht der sowjetische Stützpunkt zu versinken. Über den Krieg der Kommunisten haben sich die traditionellen Stammesfehden Arabiens geschoben. Die Sowjets warnten die Nachbarn Süd-Jemens vor Interventionen. Washington erreichte die Bitte, sich zurückzuhalten. Der gestürzte Hassani operiert mit 40 000 Kriegern aus der Hälfte der 85 Stämme im Landesinneren. Er stützt sich auf den äthiopischen Diktator Mengistu. Seitdem sind die Beziehungen Moskaus zu dem seit 1977 verbündeten sozialistischen Regime getrübt. Wenn Moskau seine Position in Aden halten will, muß es tiefer eingreifen. Dadurch werden aber die mühsam geknüpften diplomatischen und politischen Beziehungen zu den übrigen südarabischen Ländern gefährdet. Gorbatschow erscheint in diesem Fall in der Rolle eines gefährlichen Exporteurs der Revolution.

4. Noch bedenklicher entwickelt sich für die Sowjets der irakisch-iranische Krieg, in dem sich der revitalisierte schiitische Islam als entscheidende Triebkraft erweist. Breschnew hatte auf das Regime des Irakers Saddam Hussein gesetzt und dessen Armee modern ausgerüstet. 1980 brach der ehrgeizige Hussein den Krieg gegen das von der Schah-Krise erschütterte Persien vom Zaun. Die Verlustquoten sind hoch. Irak wird müde, wie Beobachter feststellen, auch Iran leidet an Auszehrung.

Moskau bemüht sich aus zwei Gründen, die Flamme des Krieges am Leben zu erhalten und gleichzeitig ihre Ausbreitung zu kontrollieren. Ihre Ausstrahlung bedroht die Positionen des Westens in der Golf-Region und lenkt gleichzeitig den gefährlichen Fundamentalismus von den moslemisch gefärbten südlichen Republiken des sowjetischen Imperiums ab. Moskau füllt (neben Frankreich und Brasilien) die Waffenlücken Iraks, liefert neben Nord-Korea und China (Kontrakt über 1,6 Milliarden Dollar 1985) aber auch an Iran. Libyen und Syrien unterstützen Khomeini, die arabischen Monarchien Saddam Hussein. Die Ayatollahs haben 500 000 Soldaten verloren. Mehr als ein Drittel des Haushalts fließen in den Krieg, durch den Ölpreisverfall schwinden die Deviseneinkünfte (sie stammen zu 95 Prozent aus dem Verkauf des „schwarzen Goldes"). Die Importe an Nahrungsmitteln, Technologie, Rohmaterialien (Bundesrepublik, Japan, England) fallen dramatisch ab. Die Industrieproduktion sank 1985 um 20 Prozent, die Inflation wuchs um 35 Prozent.

Nach den Rechenmaßstäben des Westens und des Ostens führt der Krieg Iran unweigerlich in den politischen und wirtschaftlichen Ruin. Daraus die Erwartung abzuleiten, der Krieg werde ohne Sieg enden oder zur Glut schrumpfen, wäre jedoch verfehlt. Wer so kalkuliert, unterschätzt die gewaltige geistige Kraft des fundamentalistischen Islam. Er bindet die Politik und ihre Entscheidungen unlösbar an die Religion und deren irdischen Auftrag. Auch unter den sechs Ayatollahs des Landes hört man die Mahnung, der Krieg sei nicht mehr zu rechtfertigen, er widerspreche dem Koran. Sie wird aber übertönt von der Erklärung, die Khomeini 1984, am *Geburtstag* des Propheten Mohammed, abgab:

„Der Krieg ist ein Segen für die Welt und alle Nationen. Es ist Gott, der die Menschen anfeuert, zu kämpfen und zu töten. Wenn wir den Krieg (gegen Irak) bald gewonnen haben, so nimmt er dennoch kein Ende, solange Korruption und Widerstand gegen den Glauben (den Islam) auf Erden existieren." Für die *Massen* spricht aus Khomeini die Stimme des „Elften Imam", des Nachfolgers des Propheten, dessen glückloser Enkel Hussein in der Grabmoschee von Kerbela im irakischen *Zweistromland* begraben liegt. Kerbela ist das unmittelbare Kriegsziel der Perser. Dort soll die Herrschaft des verratenen Propheten Mohammed wiederbegründet werden, *um sich dann über die ganze* Erde auszubreiten.

Man kann solche Visionen für überspannt halten. Wer über den engen Tellerrand des Materialismus und der *Aufklärung hinausdenkt*, wird aber nicht daran zweifeln, daß der religiösen Politik Khomeinis und seiner Schüler eine im gewissen Sinne übermenschliche Faszination innewohnt. *Wie wäre sonst der Lauf der* Neunjährigen in die Minenfelder, die Märtyrer-Idee der Selbstmord-Kommandos und die missionarische Wirkung der schiitischen Einigungsparole *auf die Länder des Nahen Ostens* zu erklären? Wir sind Zeugen einer totalen Kulturrevolution, die jedes jüngere Vorbild, auch das chinesische, bei weitem übertrifft.

Für die Sowjetunion, deren volksreiche Republiken im Süden islamisch geprägt sind, erwächst aus dem Fundamentalismus zwischen Teheran, Kabul und Islamabad eine schwere Gefahr. *Die kommunistische* Ideologie bietet den Menschen keine Bilder, sie ist blasser als die Aufklärung und der ökonomische Erfolgsglauben des Westens. Die Gürtelrose am *Rumpf des sowjetischen Imperiums* blüht auf. In keinem Sinne verfügt der Lenin-Erbe Gorbatschow über Waffen, die religiöse Revolution in der Wunschzone russischer Expansion zu bekämpfen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Beck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Giesbes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler, Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 22 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Wir starten zu neuen Zielen in Europa: Birmingham, Catania, Göteborg, Izmir und Rönne.



Mit modernen Flugzeugen, bestem Service und angenehmem Komfort allein geben wir uns nicht zufrieden. Lufthansa baut deshalb den Flugplan ständig weiter aus: noch mehr Flüge zu noch mehr Zielen. So hat Lufthansa auch das Flugangebot in Europa erheblich erweitert: ab 1. 4. starten wir nach Birmingham, ab 30. 3. nach Catania, ab 31. 3. nach Göteborg, ab 2. 4. nach Izmir und ab 21. 6. nach Rönne. Und darüber hinaus gibt es viele weitere neue Verbindungen in Zusammenarbeit mit unserem Partner DLT. Denn der beste Service, den eine Fluggesellschaft zu bieten hat, ist ein optimaler Flugplan.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

Der Schulstreit im Saarland verschärft sich

UR. Bonn

Nach der Einleitung eines Volksbegehrens gegen die Gesamtschulpläne des saarländischen Kultusministers Diether Breitenbach (SPD) zeichnet sich eine Verschärfung des Schulstreits im Saarland ab. Stein des Anstoßes ist die organisatorische Unterstützung des Volksbegehrens durch CDU und FDP. Dies belege ein gestörtes Verhältnis zum parlamentarischen System, sagte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Marianne Granz. Sie verwies darauf, daß die Opposition das Volksbegehren zu einem Zeitpunkt initiiert habe, als die Breitenbach-Pläne lediglich als Referentenentwurf vorlagen, der noch offen für Veränderungen sei. Die Opposition habe sich durch die Festlegung auf die dem Volksbegehren zugrundeliegenden Forderungen indes die Möglichkeit genommen, mit der Landesregierung noch zu einem Kompromiß zu kommen. Inzwischen sind die Voraussetzungen für die Einleitung des Volksbegehrens geschaffen. Hierzu sind 5000 Unterschriften nötig, weit mehr als 20 000 kamen nach Angaben der CDU zusammen.

„Ohne Wandel in Osteuropa hat Entspannung keine Zukunft"

Als amerika- und deutschlandpolitischer Experte der SPD-Bundestagsfraktion plädiert der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Dietrich Stobbe, dafür, in der Entspannungspolitik nicht den „Gedanken der Freiheit" aus dem Auge zu verlieren. Stobbe zählt zu den Gegnern einer einseitigen neuen Stufe der „Friedenspolitik" in der SPD.

Von DIETRICH STOBBE

Erstens: Es wird oft übersehen, daß die deutsche Ostpolitik eine weltpolitische Vorbedingung hatte, nämlich eine Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Diese hatte sich lange vorbereitet, aber erst als nach der Prinzipienerklärung von 1972 beide Weltmächte ihr Verhältnis zueinander vom Grundsatz her auf politische und militärische Parität abstellten, konnte sich der Entspannungsprozeß in Europa voll entfalten.

Diese weltpolitische Rahmenbedingung wurde auf unserem Kontinent durch die Bereitschaft ergänzt, den territorialen Status quo anzuerkennen. Der Moskauer Vertrag, das Warschauer Abkommen, das Viermächteabkommen über Berlin, der Grundlagenvertrag mit der DDR, der Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen und die Schlußakte von Helsinki sind Beispiele für internationale Konfliktregelungen auf dieser Grundlage.

Diesen Entspannungsergebnissen ist gemeinsam, daß sie international angelegt und sowohl von den Vereinigten Staaten wie von der Sowjetunion mitgetragen wurden. Es hatte sich gezeigt, daß es im Ost-West-Konflikt keine isolierten Lösungen aus der europäischen Mitte heraus gibt. Das gilt auch für eine zweite Phase der Entspannung.

2. Politische Konzepte, welche die Europainteressen beider Weltmächte nicht berücksichtigen, sind ohne Chance auf Verwirklichung. Dagegen weist der in Genf eingeleitete Prozeß in Dynamik und Intensität in die richtige Richtung und vermag in seinem Verlauf für Europa erneut Entspannung zu induzieren. Europa sollte auf diese Karte setzen, zurückhaltend sein mit Konzepten, welche das seit dem Zweiten Weltkrieg auf Europa wirkende Beziehungsgeflecht sprengen wollen.

3. Rüstungskontrolle und Abrüstung gehörten nicht zu den Vorbedingungen für die Aufnahme des Entspannungsprozesses Anfang der 70er Jahre. Vielmehr wurde angenommen, daß sie sich als Folge eines durch Entspannung vergrößerten Vertrauens zwischen Ost und West einstellten. Diese Rechnung ging nicht auf, weil das für den Entspannungsprozeß grundlegende Prinzip des militärischen Gleichgewichts an das strategische Prinzip der Abschreckung gekoppelt blieb und damit an ein prinzipielles Mißtrauen, mit der Folge ständig wachsender Militärausgaben trotz Entspannung.

Rüstungsspirale

Eine zweite Phase der Entspannung wird es nur geben, wenn eindeutig klargestellt ist, daß die Spirale des Rüstungswahnsinns gebrochen wurde. Beide Weltmächte haben Visionen entwickelt, die nuklearen Waffenarsenale auf Null zurückzuführen. Diese Visionen wirken auf den in Genf in Gang gesetzten Prozeß wie Antriebskräfte. Da aber nur schrittweise vorgegangen werden kann, wird das Prinzip der militärischen Abschreckung noch lange aufrechterhalten bleiben müssen. Damit bleibt aber auch die Versuchung beider Seiten bestehen, auch nach konkreten Abrüstungsschritten nach militärischen Vorteilen zu suchen. Dieser Gefahr kann nur mit der Idee der gemeinsamen Sicherheit begegnet werden, welche die Sozialdemokraten unter dem Stichwort der Sicherheitspartnerschaft als erste formulierten.

4. Den Genfer Prozeß in eine Richtung zu bringen, in der die Sicherheitspartnerschaft zu einem Stück Realität wird, ist schon schwer genug. Die Kompliziertheit der Aufgabe, den Frieden zu wahren, darf aber nicht den Blick davon ablenken, daß die Entspannung auch den Gedanken der Freiheit fördern muß.

Mit der Anerkennung des territorialen Status quo in Europa wurde von westlicher Seite beileibe nicht der politische Status quo akzeptiert; Veränderung in Richtung auf mehr Freiheit in den östlichen Systemen war das Ziel westlicher Politik. Diese Veränderung sollte strikt friedlich vor sich gehen und im Sinne eines Wettbewerbs der Systeme in beide Richtungen wirken. Die Anerkennung der seit dem Zweiten Weltkrieg bestehenden Grenzen war der politische Preis, den der Westen zu zahlen bereit war, um von der östlichen Seite die Auslösung wie die Gewährleistung eines Wandels zu erlangen.

Es muß klar bleiben, daß in einer zweiten Phase der Entspannung diese Aufgabenstellung bestehenbleibt. Die ideologische Ost-West-Auseinandersetzung bleibt, sie ist gerade für die SPD eine Herausforderung.

Für Menschenrechte

5. Der Frieden in Europa ist gefährdet, wenn es in Osteuropa keinen gesellschaftlichen und politischen Wandel gibt. Diejenigen, die für eine Politik der Entspannung eintreten, müssen gleichgewichtig für den Frieden und die Verwirklichung der Menschenrechte eintreten. Denn immer dann, wenn in Osteuropa der Prozeß des gesellschaftlichen Wandels gestaut wurde und die Form der Krise annahm, erhöhten sich die Spannungen zwischen den Blöcken.

Mit der KSZE-Schlußakte haben alle Staaten Europas anerkannt, daß es ein System der demokratischen Legitimation von Herrschaft geben muß. Im Innenverhältnis stützen sich die Sowjetunion und ihre Verbündeten auf die Herrschaftsideologie des Marxismus-Leninismus. Für das Außenverhältnis haben sie jedoch eine Dualität von Staat und Gesellschaft sowie demokratische Legitimationsvorstellungen in ihre Verfassungen geschrieben. Diese Spannung zwischen Ideologie und Verfassung sollte in einer zweiten Phase der Entspannumspolitik von uns aus stärker als Ausgangspunkt für die Diskussion mit Regierungen, den kommunistischen Parteien, den gesellschaftlichen Organisationen und den Bürgern in östlichen Staaten genutzt werden.

6. Es hieße, den Realitätssinn der kommunistischen Führungen zu unterschätzen, glaubte man, das Einbringen unserer eigenen Wertvorstellungen verhindere die Begründung einer Sicherheitspartnerschaft. Gewiß, das Anstreben eines Systems gemeinsamer Sicherheit und die gleichzeitige Weiterverfolgung der Ziele von Helsinki machen den Ost-West-Diskussionsprozeß komplizierter. Ohne die Herstellung einer Sicherheitspartnerschaft zwischen NATO und Warschauer Pakt hat die Entspannung keine Zukunft. Aber auch ohne Wandel in den osteuropäischen Staaten hat die Entspannung keine Zukunft.

Porträt H. Pontoppidan

Dänemarks düstere Realität

Nicht einen halben, lieber gleich zwei Preise hätte man Henrik Pontoppidan zuerkennen sollen, entrüstete sich 1917 ein Kritiker über die Entscheidung der Jury, den Nobelpreis dem großen naturalistischen Erzähler aus Dänemark gemeinsam mit seinem Landsmann Karl Gjellerup zu verleihen. Heute beschäftigt uns eher der Gedanke an die Vergänglichkeit allen literarischen Ruhmes, denn sind nicht beide Preisträger bei uns mehr oder weniger vergessen, obwohl der eine von ihnen, Gjellerup, mit einer deutschen Frau verheiratet war, Dresden zu seinem Wohnsitz gemacht hatte und viele seiner Bücher gleichzeitig auf dänisch und auf deutsch schrieb?

Erst bei der Suche nach Stoffen für das Fernsehen verfällt man auf solche weit ausgesponnenen Romanwerke wie die mehrbändigen Epen Pontoppidans, die trefflich geeignet sind, die deutsche Literatur von Fontane bis zur Marlitt und der Courths-Maler als

Das Totenreich (1) – ARD, 20.15 Uhr

Lieferant nostalgiehaltiger Vorlagen abzulösen, die sich so bequem für den Bildschirm adaptieren lassen. Beim Anblick von Equipagen und knöchellangen Damenroben schlägt des Fernsehzuschauers Herz höher, auch wenn ihn die Konflikte zwischen Bürgertum und Bauerntum um die Jahrhundertwende, die Lebensverhältnisse der ärmeren Leute, die Pontoppidan genau wie unser Gerhart Hauptmann und die ganze Friedrichshagener Dichter-Kolonie ausführlich geschildert hat, eher kühl lassen.

„Das gelobte Land", „Hans im Glück" und „Das Totenreich" sind die drei großen Panoramen des dänischen Lebens überschrieben, von denen sich Herbert Asmodi das dritte für die Fernsehaufbereitung ausgesucht hat. Es übertrifft die Vorangegangenen an Pessimismus und Kritik am dänischen Volk, dem Pontoppidan seine Selbstgefälligkeit und den Hang zum angenehmen Leben vorwirft. Dadurch, so meint er, sind alle guten Ansätze des Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert wieder zugeschüttet worden.



Das Scheitern ist sein großes Thema: H. Pontoppidan (1857–1943)
FOTO: DPA

Sowohl Pontoppidan wie Gjellerup waren Pfarrerssöhne, die sich enttäuscht von der etablierten Kirche abwandten – eine Entscheidung, die sich in Pontoppidans Werk wiederfindet. Im „Gelobten Land" beschreibt er den Versuch, als Geistlicher streng nach den Lehren Tolstois zu leben, woran er aber scheitert. In „Hans im Glück" geht der Held, der Pfarrerssohn Per Sidenius den umgekehrten Weg und versucht, als rücksichtsloser Egoist zu leben, bis er wieder zu den asketischen Vorsätzen seiner Kindheit zurückkehrt. „Das Totenreich" ist ein düster gefärbtes Gesamtbild der dänischen Wirklichkeit, seit der Liberalismus das Leben umgestaltet, aber verfehlt hat, die Menschen innerlich zu festigen. So erobern die Konservativen und mit ihnen die Kirche Positionen zurück, die man bei Aufklärern wie Georg Brandes schon in sicheren Händen glaubte.

Wie in vielen gewichtigen Romanen der letzten Jahrhundertwende herrscht auch im „Totenreich" – schon der Titel deutet es an – eine Stimmung der Resignation und der Ausweglosigkeit vor: Der Held, Torsten Dihmer, Gutsbesitzer und Politiker, begegnet als Rekonvaleszent auf einer Italienreise der jungen Jytta Abildgaar und verliebt sich in sie. Doch das Mädchen schreckt vor einer Ehe zurück, und so gibt er den Gedanken an eine Heilung durch seinen ärztlichen Freund wieder auf. Sein Gegenspieler ist der bäuerliche Tyge Enslev, dem es an Lebensmut nicht fehlt, der aber an der Kleinmütigkeit seiner politischen Kampfgefährten verzweifelt. So herrscht eine Endzeitstimmung vor: das Scheitern ist das große Thema des Buches.

HELLMUTH JAESRICH

KRITIK

Gegenseitige Enttarnungen

Es ist eine altehrwürdige Weisheit, daß man aus einem guten Drehbuch kaum noch eine schlechte Sendung machen kann. Leider ist es umgekehrt noch wichtiger: Aus einem flachen Drehbuch kann nicht einmal ein Top-Ensemble einen guten Film machen, siehe: **Abschiedsvorstellung** (ZDF).

Da müht sich der gescheite Peter Weck als Regisseur ab, um der dünnblütigen Krimigeschichte von dem Schein-Mord etwas Pulsschlag zu verleihen, da wuselt der liebe Eberhard Fechner als Kommissar herum, da kommen die Lola Müthel, der Peter Pasetti, der Klaus Schwarzkopf, die Susi Nicoletti, der Ullrich Haupt, die Sabine Sinjen und manche andere guten Köpfe immer wieder ins Gespräch und sich gegenseitig auf die Schliche. Einer enttarnt den anderen, aber es läuft nichts.

Das haben wir schon alles mehr als einmal gehabt, auch besser, um es mal deutlich zu sagen. Dieses Stück ist so schwach, daß man sich scheut, weiterzuschreiben. Höchstens, um noch den Hinweis unterzubringen, daß es als Krimikomödie ausgewiesen wurde, das Stück; für den, dem es nicht aufgefallen sein sollte.

Der Verfasser der Geschichte, Curth Flatow, hat schon viele Fernsehstücke geschrieben, und sie alle waren besser als dieses. Hoffen wir denn, daß auch die folgenden besser sein werden. Die Qualität der Darsteller war ohnehin auf der Höhe.

VALENTIN POLCUCH

Kein Interesse an der Dritten Welt?

Diffamiert der Norden den Süden, wenn Medien in den Industrieländern über Verhältnisse in Asien, Afrika oder Lateinamerika berichten? Journalisten aus Indonesien und Indien machten in der Sendung „Wie frei darf die Presse sein?" aus der Reihe **Arme Welt – Reiche Welt** (ARD) ihren europäischen Kollegen den Vorwurf, daß diese ohne einen meist spektakulären Anlaß an Nachrichten aus Entwicklungsländern kaum Interesse haben.

Redakteure in Europa stehen täglich vor der Aufgabe, Nachrichten aus hunderten von Meldungen auszuwählen. Da dominieren natürlich Themen wie Rüstung und Abrüstung, Zahlen vom Arbeitsmarkt, die Entwicklung des Ölpreises: Probleme, die vor allem in Washington und Moskau, in London, Paris und Bonn entschieden werden. In großen Tages- und Wochenzeitungen sind allerdings Berichte und Reportagen aus Dritte-Welt-Ländern auch ohne aktuellen Anlaß keineswegs selten.

Journalisten in Ländern wie Indonesien oder Indien möchten außerdem nicht länger Nachrichten aus ihrer Region von einer westlichen Agentur übernehmen, weil ein gutes Informationsnetz in den Entwicklungsländern fehlt. Da hift nur die Gründung eigener Nachrichtenagenturen. „IPS", ein auch in Bonn tätiger internationaler Pool von Journalisten aus den Ländern Afrikas und Lateinamerikas, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

FLORIAN NEHM

STUDIO

Auch 1986 veranstaltet das ZDF in Zusammenarbeit mit den ARD-Hörfunkanstalten einen **Kinderchor-Wettbewerb**. Teilnahmeberechtigt sind alle deutschen Kinderchöre, deren Mitglieder zwischen sieben und fünfzehn Jahre alt sind. Interessenten können bis zum 1. Mai 1986 eine Tonkassette senden an das ZDF, Kinderchorwettbewerb, Postfach 4040, 6500 Mainz. DW.

*

Die Münchner Kirch-Gruppe (Beta-Taurus) hat gemeinsam mit der Mailänder Berlusconi-Gruppe, dem Mehrheitsgesellschafter des privaten französischen Fernsehkanals „La Cinq", Jérome Seydoux, und der Londoner Maxwell-Gruppe in Luxemburg das **Consortium Européen por la Télévision Commerciale** gegründet. Das Unternehmen wird Fernsehprogramme für den europäischen Markt entwickeln, produzieren und multimedial auswerten. Die französische Regierung hat dem Konsortium am 11. März die zwei noch freien Fernsehkanäle auf dem französischen Direktsatelliten TDF 1 zugewiesen, über die Programme in italienischer und englischer Sprache ausgestrahlt werden. Die Verbreitung deutschsprachiger Programme ist nicht vorgesehen. DW.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau mit Tagesthemen
10.25 Berliner Filz
11.10 Eiskunstlauf-WM
11.55 Umschau
12.10 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Schaufenster der Welt
Zum ersten Mal stellt sich die Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik-Messe „CeBIT" als eigenständige Ausstellung vor. 2000 internationale Aussteller zeigen ihre Produkte in 12 Hallen.
16.55 Wilde Tiere
Tierartisten auf Unterwasserjagd
17.15 Links und rechts vom Äquator
Geschichten und Reportagen aus aller Welt
Mit Jacqueline Stuhler
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Das Totenreich
Zweiteiliges Fernsehspiel von Herbert Asmodi nach dem Roman von Henrik Pontoppidan
Mit Leslie Malton, Heidemarie Theobald, Michael König, Walter Schmiedinger u. a.
Regie: Karin Brandauer
21.55 Brennpunkt
Mitterrand und der neue Premierminister – Demokratie à la français
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
Der Autor von „Ghetto" – Joshua Sobol / Nahost – Theater zwischen Bomben / Die palästinensische Universität
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Wasser marsch!
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
Das Regenbärchen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
Aki
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Viktor Worms
Regie: Pit Weyrich
20.15 Die Sport-Reportage
Aus Krefeld: Fußball-Europapokal der Pokalsieger
Viertelfinale, Rückspiele
Bayer Uerdingen – Dynamo Dresden
Übertragung aus der Grotenburgkampfbahn
In der Pause ca. 21.00 heute-journal
22.05 Der Denver-Clan
Die Wahrheit über Daniel Reece
22.50 Die Sport-Reportage
Fußball-Europapokal der Landesmeister
Viertelfinale, Rückspiele
RSC Anderlecht – FC Bayern München
und Eiskunstlauf-WM in Genf
Kurzprogramm der Damen
23.50 heute

SAT 1

15.00 Captain Future
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 S. O. S. – Charterboot!
18.00 Es darf gelacht werden
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Sport auf SAT 1
19.45 Formel I – In der Hölle des Grand Prix
Italienischer Spielfilm (1970)
21.30 APF blick
22.15 M – Ein Männermagazin
22.45 Kultur, Natur und Wissenschaft
Wo sollen wir die Taufe nehmen?
23.30 APF blick

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Land der Berge
20.30 Ostern in Tirol
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Begegnungen
Frank A. Meyer im Gespräch mit Johannes Mario Simmel
22.45 Rückblick auf unsere Zukunft
23.45 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.53 7 vor 7
19.10 Knight Rider
20.00 Live aus Turin
Viertelfinale Turin – Barcelona
21.52 RTL-Spiel
22.00 Wer bin ich?
22.22 Wetter / Horsokop / Betthupferl

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Münster
Informationen und Unterhaltung
Musik: Friedrich-Ensemble
21.45 Wissenschaftsshow
Exklusiv aus dem Weltraumlabor
Mit Reinhard Furrer und Jean Pütz
22.30 Auf in den Westen
Amerikanischer Spielfilm (1936)
Mit Mae West, Randolph Scott, Warren William u. a.
Regie: Henry Hathaway
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Wildbret – das gesündeste Fleisch?
19.15 Gentechnologie
Ein Kalb von drei Vätern
20.00 Tagesschau
20.15 Schleswig-Holstein 1945
21.00 Offerte
21.15 Das Licht der Gerechten
22.10 Moana
Amerikanischer Dokumentarfilm (1926)
Von Robert und Frances Flaherty
23.35 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Black Beauty
18.55 Pimpa
19.05 Dingsda
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Mit Parlamenten nix am Hut
Die Erben der APO
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße
22.20 Vergib uns unsere Schuld
Irisches Fernsehspiel
Mit Kate Thompson u. a.

SÜDWEST

18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 45 Fieber
Ein Jugendmagazin
20.15 ... wann ist man ein Mann?
Über die Renaissance der männlichen Putzsucht
21.00 Die Frau des Fliegers
Französischer Spielfilm (1981)
Mit Philippe Marlaud, Marie Rivière, Mathieu Carrière u. a.
Regie: Eric Rohmer
22.40 Die schwierige Nation (4)
Gedanken über die Deutschen
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Es ist angerichtet
19.30 Dingsda
20.00 Der Leih-Opa
20.50 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Levin und Gutman
11. Besuch aus Israel
22.10 Z. E. N.
22.15 Lese-Zeichen
22.45 Der „Kron"-Zeuge
Otto von Habsburg – Ein Leben für Europa
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

Gott, der Herr, nahm zu sich in seinen Frieden meinen geliebten Mann, unseren Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder und Schwager

Heinrich-Eduard Schlubach

* 2. 3. 1912 in Hamburg † 14. 3. 1986 in Schretstaken

Erika Schlubach geb. Westendarp
Harriet Schlubach-Gebhard geb. Schlubach
Alexander Gebhard
mit Maximilian und Alexa
Reginald Schlubach
Dörte Schlubach geb. Knaack
mit John und Verena
Hans-Roderich Schlubach
Eika Schlubach geb. Bockelmann
Karl-Walter Schlubach
Renate Schlubach geb. Sippell
Otto-Werner Schlubach
Gerda Schlubach geb. Prohl

2053 Gr. Schretstaken
Bellevue 26
2000 Hamburg 60

Trauerfeier und Beisetzung am Freitag, dem 21. März 1986 um 12.00 Uhr, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Kapelle 10.

Völlig unerwartet verstarb unser Teilhaber und Seniorchef

Heinrich-Eduard Schlubach

* 2. 3. 1912 † 14. 3. 1986

Es trauern um diesen schmerzlichen Verlust

Kommanditisten und Mitarbeiter der Firma
Eduard Ringel & Co.

John de Boer

Generalleutnant a. D.
Träger des Ritterkreuzes, des Eisernen Kreuzes und anderer hoher Auszeichnungen
*5. September 1897 †14. März 1986

In tiefer Trauer
Magda Gebl
Antoinette Goltermann-de Boer
Dr. Volker Wezel
Nils Goltermann
Swenja Goltermann
Maya Goltermann
Denise Fedtke-de Boer
Martin Hague
Titus de Boer

2000 Hamburg 56, Sülldorfer Brooksweg 63e

Beerdigung am Dienstag, dem 25. März 1986, um 13.00 Uhr Friedhof Ohlsdorf, Kapelle 1.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Am 11. 3. 1986 verstarb unser früherer Mitarbeiter Herr

Adolf Badura

geboren am 4. 3. 1927

Herr Badura war 29 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1980 im Ruhestand. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet in aller Stille statt.

STANDPUNKT / BMW – ohne eigenes Team die Nummer eins

Mit der Startnummer Neun soll der Neuseeländer Mike Thackwell in der neuen Formel-1-Saison, die am Sonntag in Rio de Janeiro beginnt, ein englisches RAM-Fahrzeug steuern. Zuvor mußten die RAM-Direktoren John MacDonald und Mick Ralph den Gang zum Konkursrichter antreten. Das Turbo-Zeitalter hatte den letzten Arbeitgeber des tödlich verunglückten deutschen Formel-1-Piloten Manfred Winkelhock in den Ruin getrieben – Ende der vorigen Saison waren rund 3,5 Millionen Mark Schulden zu beklagen.

Erich Zakowski, der deutsche Formel-1-Konstrukteur (Zakspeed-Team), sagt: „Wenn ich nach dem Weltmeistertitel greifen will, brauche ich eine finanzielle Grundlage von rund 40 Millionen Mark für eine Saison. Wenn *ich* das nicht habe, muß ich andere Zielvorstellungen entwickeln." Zum Beispiel die, möglichst selten von Gerichtsvollziehern gepiesackt zu werden.

Die Formel 1 – ein Faß ohne Boden oder die unendliche Geschichte von den unwiederbringlichen Millionen? Der Brabham-BMW BT 55, so wird gemeldet, habe die Branche auf den Kopf gestellt – was aber im Grunde in dieser Zunft gar nicht *mehr vorstellbar ist.* Bei jenem futuristischen Fahrzeug habe nämlich der Konstrukteur Gordon Murray den Münchner Turbo um 72 Grad geneigt, auf daß sich alle Betrachtungsweisen in der Formel 1 gleichsam um die eigene Achse, also um 180 Grad, gedreht hätten.

Denn: Das Auto ist mit 80 Zentimetern extrem flach geraten und rund 20 Zentimeter tiefer als die Konkurrenz. Der Fahrer liegt mehr, *als daß er sitzt*, wobei ein Teil seines nunmehr ungeschützten Oberkörpers bei einem Aufprall als unverkleidete Knautschzone dient. Auf den Einfall muß man kommen!

28 Millionen Mark, in Worten: achtundzwanzig Millionen, habe die Entwicklung des Wagens (1050 PS) verschlungen, wobei in 117 000 Arbeitsstunden 732 Zeichnungen angefertigt worden sein sollen.

Was BMW und Brabham damit auf vier klobige Räder stellten und die beiden Italiener Riccardo Patrese und Elio de Angelis steuern sollen, wird wohl in der höchsten Motorsportklasse Schule machen. Für so manche Mitbewerber – Konkurrenten kann man sie fairerweise nicht mehr nennen – wie eben RAM scheint das freilich eine lebensgefährliche Entwicklung zu sein. Aber das ist der Gang der Dinge, weil gerade der Motorsport künftig ganz entscheidend das Erscheinungsbild der weißblauen Autobauer an der Isar beeinflussen wird.

Deshalb engagiert sich BMW vehement in der Formel 1 und avancierte, ohne ein eigenes Team zu gründen, zur Nummer eins in der wichtigsten Motorsportklasse. BMW kooperiert mit dem Spitzenteam Brabham in der Motorenentwicklung und liefert für die Rennställe Benetton (ehedem Toleman) und Arrows die Triebwerke. BMW startet zusätzlich in der Tourenwagen-Europameisterschaft (BMW-Juniorteam) und operiert verstärkt im ausländischen Motorsport (USA und Frankreich). Niki Lauda als Berater erfüllt dabei diese Funktion im Sinne des Wortes. Und die Inserate suggerieren obendrein: Der Buchstabe „M" stehe für alles, was Kraft habe – und so etwas komme von BMW. Vielleicht auch bald ein Sportwagen, der für rund 200 000 Mark zu haben ist und die Palette der sportlichen Fahrzeuge nach oben abgrenzt … KLAUS BLUME

SPORT-NACHRICHTEN

Ohne Kreis und Wolf

Düsseldorf (sid) – Bei der Eishokkey-Weltmeisterschaft vom 12. bis 28. April in Moskau muß die deutsche Nationalmannschaft auf den Mannheimer Harold Kreis (familiäre Gründe) und den Düsseldorfer Manfred Wolf (Verletzung) verzichten.

Radikale Kürzungen

Braunschweig (dpa) – Rechtsanwalt Klaus Kleiste (55), als Nachfolger von Günter Mast neuer Präsident des Fußball-Zweitligaklubs Eintracht Braunschweig, will ebenfalls einen radikalen Sparkurs steuern. Der Verein hat eine Deckungslücke von 442 000 Mark für die Saison 1986/87.

Boxer gestorben

London (SAD) – Der englische Ärzteverband forderte gestern erneut ein Verbot aller Boxkämpfe, nachdem der schottische Weltergewichtsmeister Steve Watt (27) seinen Boxverletzungen erlegen ist. Der Kampf gegen Rocky Kelly war in der zehnten Runde abgebrochen worden. Trotz zweier Gehirnoperationen hatte Watt das Bewußtsein nicht wiedererlangt. Er ist das zwölfte Boxkampf-Todesopfer in England seit 1948.

Mit neuem Partner

Dortmund (sid) – Die Fußball-Bundesligaspieler von Borussia Dortmund werden in der neuen Saison mit der Trikotaufschrift eines in Dortmund ansässigen Versicherungs-Unternehmens spielen.

ZAHLEN

TENNIS

Masters-Turnier der Damen in New York, erster Spieltag: Einzel, Achtelfinale: Graf (Deutschland) – Sabatini (Argentinien) 6:0, 6:7, 6:2, Gadusek (USA) – Maleeva (Bulgarien) 1:6, 6:4, 6:3. – Doppel: Parkhomenko/Sawschenko (UdSSR) – Jordan/Smylie (USA/ Australien) 7:5, 2:6, 6:2.

FUSSBALL

Wiederholungsspiel im englischen Pokal, Viertelfinale: FC Watford – FC Liverpool 1:2 (1:1, 0:0) nach Verlängerung.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 057 019,40 Mark, 2: 108 810,80, 3: 7927,60, 4: 146,80, 5: 10,90. – „6 aus 45": 1: unbesetzt, Jackpot: 206 044,35, 2: 68 681,40, 3: 5066,60, 4: 76,70, 5: 6,20. – **Elferwette:** 1: 1249,10, 2: 55,40, 3: 8,20. – **Rennquintett: Rennen A:** 1: 28,70, 2: 3,80. – **Rennen B:** 1: 735,00, 2: 2,90. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 337 917,20. (Ohne Gewähr)

TENNIS / Guter Auftakt beim Masters-Turnier

Fairneß kostete Steffi Graf um ein Haar noch den Sieg

dpa, **New York**

Die 16jährige Heidelbergerin Steffi Graf folgt in New York den Spuren von Wimbledonsieger Boris Becker. Im Madison Square Garden, in dem der Leimener das Masters-Finale erreichte und erst an dem Tschechoslowaken Ivan Lendl scheiterte, bezwang Steffi Graf in der ersten Runde des Damen-Masters im Duell der Jüngsten die erst 15jährige Argentinierin Gabriela Sabatini 6:0, 6:7, 6:2.

Die Sympathien des Publikums sicherte sich die Deutsche mit einer fairen Geste. Im zweiten Satz korrigierte sie bei eigener 2:1-Führung großzügig eine Fehlentscheidung und schenkte ihrer Gegnerin zwei neue Bälle. In der Folge verlor sie den zweiten Satz 6:7 im Tie-Break (5:7). „Der Ball von der Sabatini war gut, da konnte ich nicht einfach den Mund halten", meinte Steffi Graf hinterher zu ihrem sportlichen Verhalten. Der Gesamtsieg war für die im heutigen Tennissport nicht gerade alltägliche Geste verdienter Lohn.

Nachdem die Fairneß praktisch den Verlust des zweiten Satzes gekostet hatte, setzte sich Steffi Graf im dritten und entscheidenden Satz vor allem dank ihrer besseren Kondition durch. „Ich wußte, daß Gabriela nicht die Kraft hat, mit mir hier volles Tempo zu spielen. So wollte ich sie laufen lassen und auf ihre Fehler warten." Bis zur 2:1-Führung im zweiten Satz ging es gut.

Zunächst hatte zum Auftakt des 500 000 Dollar-Turniers, das damit so hoch wie das „Masters" der Herren dotiert ist, alles nach einem problemlosen Turnierstart der Heidelbergerin ausgesehen. Die Nummer drei der Weltrangliste wurde ihrer neuen Stellung in der Tennis-Welt gerecht und hetzte die Nummer zwölf gnadenlos zwischen den Linien hin und her, gewann den ersten Satz in 20 Minuten 6:0 und gestattete ihrer Gegnerin dabei ganze elf Punkte. Doch das Match dauerte schließlich 1:58 Stunden, auch weil der Schiedsrichter der Heidelbergerin im Tie-Break einen Punkt zur 5:4-Führung verweigerte. „Der Schiedsrichter hat heute dummes Zeug entschieden. Ich blieb aber innerlich ganz kalt", zog Steffi Graf danach die Bilanz des wechselhaften Spiels.





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Faß ohne Boden

„Das Danaidenfaß"; WELT vom 3. März

Sehr geehrte Herren,

wie informationsreich eine Kolumne und eine Karikatur sein können, zeigt die WELT vom 3. März. Das Danaidenfaß ist laut Duden die vergebliche Mühe, nutzloser *Aufwand* von Kraft, Zeit und Geld. Unternehmer, die eine „Danaidenfaß-Wirtschaft" betreiben, gehen unter.

Dürfen wir Steuerzahler hoffen, daß Herr Bangemann und dessen Umgebung erkennen, wohin solche Geschäfte führen? Steht eine so sinnlose Kreditgewährung an Polen noch im Einklang mit dem Eid auf die Verfassung?

Man kann den Herren Mahnke und Böhle nur dankbar sein, denn Kolumne und Karikatur verdeutlichen den endlosen Kreditbedarf Polens, das Faß ohne Boden. Bestünde die Hoffnung, daß die Kredite an Polen den Menschen, insbesondere den unteren Schichten helfen würden, wäre damit ein gutes Werk getan. Doch das Wort „NIEMA" gehört in Polen zur Jaruzelski-Regierung wie das Amen in den Kirchen.

Mit freundlichen Grüßen
Erich Meinass,
Uelzen

Ohne Politik

„Protestantische Sekten bieten die rechte Alternative"; WELT vom 8. März

In dem Artikel wird die internationale Bewegung „Campus Crusade for Christ" im Zusammenhang rechtsradikaler Sekten in Lateinamerika erwähnt. Ein salvadorianischer Mitarbeiter gebrauchte den Ausdruck: „Wir sind militante Antikommunisten". *Durch diesen Ausspruch* – wenn er ihn getan hat – disqualifiziert sich selbiger von der Mitarbeit. Die Bewegung ist eine geistliche Dienstgemeinschaft, in deren Richtlinien ihren Mitarbeitern ausdrücklich parteipolitisches Engagement untersagt ist.

Campus für Christus (deutscher Zweig) arbeitet vor allem mit den Ämtern für missionarische Dienste der Landeskirche und mit örtlichen Kirchengemeinden zusammen und bietet Beratung und Schulung für Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter im missionarischen Gemeindeaufbau. Ein weiterer Zweig ist Mission und Seelsorge unter Studenten auf überkonfessioneller Basis.

Hans-Joachim Hahn,
Leiter, Campus für Christus
Deutschland, Gießen

Sport total

„Fernsehen bleibt dabei: Sport weiter live"; WELT vom 12. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin keineswegs ein Sportmuffel und sehe Sportveranstaltungen (Fußball, Reiten, Tennis) sehr gern live. Trotzdem kann ich den Fernsehanstalten hier nicht beipflichten. Entscheidend ist nicht „live" oder „Aufzeichnung", sondern in welchem Ausmaß live gesendet wird. Selbst unter Berücksichtigung des Boris-*Becker-Syndroms* wären *mehr* als acht Stunden Tennis live am Sonntag nur bei entsprechenden Ausweichmöglichkeiten gerechtfertigt, die es aber bei uns – noch – nicht gibt. Fernsehen am Wochenende soll und muß der Entspannung für alle dienen.

Bei ganz großen sportlichen Veranstaltungen (wie zum Beispiel Olympiade) liegen die Dinge anders. Diese Wettkämpfe sind von vornherein eingeplant und werden komplett ohne Rücksicht auf nationale Erwartungen gezeigt.

Mit freundlichen Grüßen
Monika v. Loeben,
Hamburg 61

Lügengebäude

„Die Kinder des Erfolgs"; WELT vom 12. März

Dieser Analyse ist nichts hinzuzufügen! Doch was muß eine Bundesregierung noch alles an Erfolgen vorzeigen, um nicht beschimpft, um nicht diskreditiert zu werden?

Zunächst einmal muß sie umgehend dafür sorgen, daß nicht weiterhin die anderen einen Begriff in ihrem Sinne prägen, schließlich als These besetzen, um dann die Wortführerschaft zu übernehmen. Beispiele hierfür sind der „allgemeine Sozialabbau", die „neue Armut", der „Streikparagraph" usw. Obwohl alles mehr oder weniger ein Lügengebäude *ist*, genügen die ständige Berieselung durch Funk und Fernsehen, die einseitige Berichterstattung bestimmter Presseorgane und die tatkräftige Agitation durch teilweise fanatisierte Funktionäre entsprechender Organisationen, um im Volke „Stimmung" zu machen.

Es bleiben nur noch zwölf Monate bis zur nächsten Wahl.

Peter Wendlandt,
Hamburg 36

„Lehrmeister"

„Wenn Macher ihre Lügen selber glauben"; WELT vom 10. März

Liebe Redaktion,

die Meinung, die elektronischen Medien könnten an geistiger Verödung eingehen, teile ich nicht. Der Normalverbraucher wurde in Jahrzehnten dazu erzogen, mit anspruchslosesten „Leistungen" ohne Murren vorliebzunehmen. Die Forderung „Wehret den Anfängen", von wenigen Stimmen erhoben, blieb auf einflußlose Buch- oder Zeitschriftenveröffentlichungen beschränkt.

Die bestehenden Rundfunkräte, eigentlich zuständig für Chancengleichheit und Ausgewogenheit, sind dieser Aufgabe nicht im entferntesten gewachsen, so daß die selbsternannten Lehrmeister der Nation es leicht hatten uns beizubringen, was wir zu sehen, zu hören, zu glauben, für gut oder schlecht zu halten hatten.

Mit freundlichen Grüßen
Berthold Kriebel,
Groß Grönau

Wort des Tages

„Wir stecken in lauter Wundern und das Letzte und Beste der Dinge ist uns verschlossen."

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832)

Einheitsliste

„Die Angst der eigenen Courage"; WELT vom 14. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

Professor Schwan hat meines Erachtens die Situation politisch einseitig und ausschließlich aus Professorensicht eingeschätzt.

Universitäre Gremien haben eigentlich nur auf der untersten Ebene mit dem jeweiligen Fachgebiet zu tun, so daß eine Professorenmehrheit in allen Gremien aufgrund fachlicher Kompetenz nicht gefordert werden darf.

Da der Präsident die Universität anführt und nicht Mittel der Professoren *ist*, muß die Bedingung der Professorenmehrheit für einen Präsidenten entfallen. Bleibt darauf hinzuweisen, daß die Präsidentenwahl nach Änderung der Wahlmodalitäten durch Senator Kewenig nach östlichem Muster über eine Einheitsliste durchgeführt wird. Das Konzil als Wahlgremium wurde dadurch ausgeschaltet.

Für eine Abkehr von der Gruppenuniversität sehe ich keinen Grund. Gerade die Parität zwischen den einzelnen Gruppen hat bewirkt, daß es zu Vernunftentscheidungen gekommen ist. Politische Entscheidungen waren eigentlich von jeder Seite schwer durchzusetzen. Auf jeden Fall wurde dadurch den Professoren nicht erlaubt, *ihre Ziele auf Kosten anderer* Hochschulmitglieder durchzusetzen. Eine derart starke Änderung der Mehrheitsverhältnisse würde der Demokratie und der allgemeinen politischen Kultur schaden.

Mit freundlichen Grüßen
Martin Steinbild,
Berlin 30

Einwegpackung

„Union fordert Abbau des Abfalls"; WELT vom 12. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

der ursprünglich vorgesehene Entwurf der 4. Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz hätte mit seinem Paragraphen 14 die Handhabe geboten, besonders auf dem Getränkesektor den Anteil der Mehrwegverpackungen zu stabilisieren, wenn nicht gar auszuweiten.

Aber wie zum Beispiel schon bei der geplanten Einführung Tempo 80/100 ist auch hier die Regierung und insbesondere Ankündigungsminister Zimmermann einer starken Lobby – in diesem Fall der Weißblechindustrie für die Herstellung von Dosen für Supermarktketten wie Aldi – erlegen.

Die Folge wird sein, daß wir auf dem Getränkemarkt in absehbarer Zeit amerikanische Verhältnisse – nämlich über 90 Prozent Einwegverpackungen – haben werden. Wenn der Mehrwegmarkt einmal zusammengebrochen ist (Verlust von Arbeitsplätzen!), ist es für den Handel finanziell *nicht* mehr tragbar, diesen wieder aufzubauen. Die Abfallberge werden also weiter – entgegen den ursprünglich guten Absichten – ansteigen. Ob die Vorschläge der CDU-Fraktion geeignet sind, dies zu verhindern, *muß* man abwarten.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Arntz,
Mayen 1

Personalien

EHRUNGEN

„Wenn Europa jetzt in die spanische Wirtschaft integriert wird, dann sind Sie der Schuldige, Herr Genscher!" … Mit diesem in Reim gefaßten und gesungenen Studentenulk feierte die spanische Universität Salamanca die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher**. Mit der Übergabe des blauseidenen Doktorhutes der Fakultät für Philosophie und Literatur in einer der ältesten Universitäten Europas dankte das Zentrum des geistigen Spanien dem deutschen Politiker, der „am meisten für die Integration Spaniens in die Europäische Gemeinschaft getan hat". An dem Festakt, bei dem Genscher kniend, mit der Hand auf dem Evangelium, seine Treue zur Universität Salamanca gelobte, nahmen der spanische Außenminister **Fernandez Ordonez** sowie der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor **Theodor Berchem**, teil. Genscher, einst Student der Rechte, nannte „das geteilte Deutschland ein Beispiel für die zukünftigen Aufgaben, die Europa besitzt". Für ihn gehören Paris, Berlin oder Oslo genauso zu Europa wie zum Beispiel Warschau, Prag oder der europäische Teil der Sowjetunion. Instrumente einer europäischen Initiative seien heute die gemeinsame Außenhandelspolitik, Kooperationsabkommen mit 100 Partnerstaaten in der ganzen Welt sowie die Sicherheit der Atlantischen Allianz und die Westeuropäische Union.

*

Auf der in München abgehaltenen Distriktversammlung der bayerischen Lions-Clubs wurde Professor Dr. **Karl Carstens** zum Ehren-Governor der Lions ernannt. Der frühere Bundespräsident hatte sich in einem Festvortrag zum Thema des deutsch-amerikanischen *Verhältnisses mit Nachdruck dafür* eingesetzt, daß die Lions-Clubs verstärkte Kontakte zu den in der Bundesrepublik stationierten Amerikanern aufnehmen. Die Lions-Bewegung, die 1917 in den USA entstanden ist, hat sich die Pflege der Beziehungen zu anderen Völkern wie die Bewahrung einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung zur Aufgabe gemacht.

ERNENNUNGEN

Der Physiker Professor Dr. **Helmut Gärtner** (Gesamthochschule Kassel) ist zum neuen Präses der Siebten Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau gewählt worden. Der neue Präses, traditionell ein Laie, wird der Siebten Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau sechs Jahre lang vorstehen.

*

Von der Fachhochschule *Köln* wurde Dr. **Konrad Liessmann**, vormals Leiter Finanz- und Rechnungswesen der Deutsche Lufthansa AG, zum Honorarprofessor für Controlling ernannt. Professor Liessmann hat zahlreiche Beiträge auf den Gebieten Controlling und Rechnungswesen veröffentlicht. Er ist zur Zeit Geschäftsführer in der Dornier-Gruppe.

*

Zum Präsidenten der Wasserschutzpolizei in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung den bisherigen Referenten in der Polizeiabteilung im Innenministerium, **Dierk Henning Schnitzler**, ernannt. Der 48jährige Jurist wird am 1. April Nachfolger von Dr. **Jakob Jülicher**, der in den Ruhestand geht.

VERANSTALTUNG

Die drei Bundestagsabgeordneten **Karl Haehser**, Dr. **Dietrich Sperling** und **Peter Würtz** haben ein Phantom in Bonn dingfest gemacht: den Bundestagsabgeordneten **Jakob Maria Mierscheid**. Dieser gehört angeblich seit Ende 1979 dem Bundestag als Parlamentarier an. Er stammt aus Morbach im Hunsrück, ist gelernter Schneidermeister, *so jedenfalls laut Akte*, und konnte eines Tages als Arbeiter auf der rheinland-pfälzischen Landesliste für die SPD in das Parlament nachrücken. Mierscheid, versteht sich, ist in der Tat ein Phantom, aber die Briefe und Dokumente um seine Person füllen inzwischen ein Buch, erschienen im Fackelträger Verlag, herausgegeben von **Peter Raabe**. Wie kam eigentlich Mierscheid auf die Welt? Nach dem Tode des berühmten Bundestagsabgeordneten **Carlo Schmid** setzten sich SPD-Parlamentarier, übrigens jene drei, die jetzt auch die Mierscheid-Akte veröffentlichten, zusammen und ließen darauf dieses Phantom gebären. Mierscheid hat zwischen allen Ministerien Kopfzerbrechen bereitet. In Bonn gibt es nicht nur das Mierscheid-Phantom, auch im Auswärtigen Amt plagt man sich seit langem mit einem Phantomdiplomaten herum, einem Geistesverwandten von Mierscheid, dem inzwischen legendären **Edmund F. (Friedemann) Dräcker**. Er ist auch heute noch angeblich *als Ministeri*aldirigent im Auswärtigen Dienst tätig und wurde in den zurückliegenden Jahren unter anderem immer wieder von dem früheren Botschafter **Günter Diehl** und von Botschafter a. D. **Karl-Günther von Hase** ins Leben gerufen. Auch Dräckers Taten liegen als Buch vor.

FUSSBALL-BUNDESLIGA / Spielte Hannovers Vorstand mit falschen Karten? – Manager Kalthoff nun Interimstrainer

Berger ging freiwillig: „Wollte mein Gesicht nicht verlieren"

sid/dpa, **Hannover**

Trainer Werner Biskup lebte in der Angst, morgens in der Zeitung lesen zu müssen, daß er als Trainer von Hannover 96 gefeuert sei. Nichts anderes ist jetzt seinem Nachfolger beim abstiegsbedrohten Fußball-Bundesliga-Klub passiert. Als Jörg Berger, erst seit 65 Tagen in den Diensten der Niedersachsen, am Montag morgen die Zeitung aufschlug, las er die Äußerung von Präsident Horst-Fredo Henze: „Wenn Berger vorzeitig gehen will, dann legen wir ihm keine Steine in den Weg." In der nach dem Sonntag-Gespräch zwischen Präsidium und Berger formulierten gemeinsamen Presseerklärung war davon nicht die Rede.

Der 41 Jahre alte Diplomsportlehrer verstand den Wink mit dem Zaunpfahl: „Das bedeutete doch nichts anderes, als daß ich gehen sollte. Das Präsidium war mir in den Rücken gefallen und damit meine Glaubwürdigkeit vor der Mannschaft zerstört." Berger sah angesichts des falschen Zungenschlags aus der Vorstandsetage keine Basis mehr für eine vertrauliche Zusammenarbeit mit dem Präsidium und bat um Auflösung seines bis Saisonende befristeten Vertrages. Das Präsidium entsprach am Montag abend nach einer zweistündigen Sitzung Bergers Wunsch und zahlte eine Abfindung. Präsident Henze dazu: „Über Geld spreche ich nicht."

Daß Berger – der 19. Trainer der Niedersachsen in der Bundesliga seit 1964 – letztlich den ersten Schritt tat und die Brocken hinwarf, kam dem Präsidium nicht ungelegen. Es hatte die Lösung für das Trainerproblem schon in der Hinterhand. Helmut Kalthoff, seit dem 1. Februar Manager, mußte rechtzeitig zum Norderby gegen den Hamburger SV gestern abend in die Bresche springen. Allerdings nicht ohne Erfahrung. Beim VfL Osnabrück hatte Kalthoff wiederholt sein Geschick als Interimstrainer bewiesen.

Beim Zweitligaklub Osnabrück löste der Junggeselle in der Saison 1974/75 Klaus Ochs ab. Dann übernahm er jeweils die Betreuung der Mannschaft, als Radoslav Momirski 1979 und Bernd Hoss 1981 entlassen wurden und Erhard Ahmann im Februar 1985 wegen Erkrankung plötzlich ausfiel. Kalthoff führte die Osnabrücker von der Oberliga in die Zweite Liga zurück. Aber Bundesliga-Erfahrung hat er nicht.

Der Präsident Fredo Henze, der sich im Juni 1985 noch als „Vater des Aufstiegs" feiern ließ, will in den nächsten Wochen die Weichen für die sportliche Zukunft stellen. Ein neuer Trainer und neue Spieler müssen verpflichtet werden. Er benötigt dazu aber eine glücklichere Hand als zuletzt. Da wurden für über zwei Millionen Mark acht Spieler unter Vertrag genommen, die in Hannover fast alle den Beweis ihrer Bundesliga-Tauglichkeit schuldig geblieben sind. Bis zum Saisonende soll Kalthoff Trainer bleiben. Fühlt sich angesichts dieser negativen Entwicklung nicht auch der Präsident angesprochen, seinen Posten zu räumen?

Jörg Berger meinte weiter zu seinem Entschluß: „Ich wollte mein Gesicht nicht verlieren." Wohlweislich hatte der Trainer seine Familie aus Kassel gar nicht erst nach Hannover übersiedeln lassen. Jörg Berger war erst am 12. Januar nach einem vierstündigen Gespräch mit Präsident Henze in einer Autobahn-Raststätte bei Göttingen verpflichtet worden, nachdem er kurz zuvor im Skiurlaub erfahren hatte, daß man ihn beim Zweitligaklub Hessen Kassel beurlaubt hatte. Die Niedersachsen waren in dieser Saison mit ihren Trainern nicht glücklich geworden: Werner Biskup mußte wegen Alkoholproblemen am 21. November 1985 gehen, Interimstrainer Rynio besaß nicht das Vertrauen des Präsidiums.

Der frühere „DDR"-Auswahltrainer trat unter einer ungünstigen Konstellation in Hannover an. Die Mannschaft verlor das Heimspiel gegen Bayern München und vier Auswärtstreffen. Nach 0:10 Punkten und 4:21 Toren schob man dem Trainer den Schwarzen Peter zu, den man vor noch nicht allzulanger Zeit als „exzellenten Mann" apostrophiert hatte. „Die Mannschaft ist verängstigt, weil sie dauernd verliert. Aber noch braucht sie sich nicht aufzugeben. Wir haben noch sieben Heimspiele", hatte Berger noch vor drei Tagen erklärt.

BAYER UERDINGEN / Millionengeschäft gegen Dresden

Schon mal Elfmeterschießen geübt

sid/dpa, **Krefeld**

Die Empfehlung kam vom Präsidenten. „Ich will dem Trainer nicht ins Handwerk pfuschen, aber Elfmeterschießen ist angesagt." Den Vorschlag von seinem Vorgesetzten Arno Eschler nahm Trainer Karl-Heinz Feldkamp vom Pokalsieger Bayer Uerdingen für bare Münze: Elfmeter en masse mußte Stammtorwart Werner Vollack in den letzten Trainingseinheiten bewältigen. Die Erkenntnis des Torhüters vor dem Rückspiel im Viertelfinale des Pokalsieger-Wettbewerbs gegen Dynamo Dresden: „Wir sind alle bei der Sache. Deswegen bin ich auch felsenfest davon überzeugt, daß wir das 0:2 von Dresden wettmachen und das Halbfinale erreichen. Das ist kein Zweckoptimismus."

Auf jeden Fall stimmt beim deutschen Pokalsieger die Kasse: Rund 270 000 Mark bezahlt das ZDF für die Live-Übertragung heute ab 20.10 Uhr. Mit etwa 350 000 Mark wird die Einnahme aus der Werbung beziffert. Und bei einer ausverkauften Grotenburg-Kampfbahn (28 000 Zuschauer) winken noch einmal 300 000 Mark.

Die zuletzt in der Bundesliga gesperrten Rudi Bommer und Dietmar Klinger hat Feldkamp wieder zur Verfügung: „Darum habe ich jetzt die Qual der Wahl. Endgültig werde ich erst kurz vor Spielbeginn über die Formation der Mannschaft entscheiden." Auch Stürmer Wolfgang Schäfer ist nach einer Muskelverhärtung vom Spiel am Samstag beim 2:0 über Borussia Dortmund wieder fit. Der Torjäger schlägt in dieselbe Kerbe wie Vollack: „Wir pakken das." Nationalspieler Libero Herget bestätigte: „Ohne überheblich zu sein, schaffen wir die schwierige Aufgabe. Ins offene Messer der technisch beschlagenen Dresdner laufen wir nicht – und das ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg."

Von Herget befürchtet Dynamos Trainer Klaus Sammer, beim Spiel gegen Dortmund aufmerksamer Beobachter des Uerdinger Teams, die meisten Impulse. „Der Mann ist ein ausgesprochener Filigrantechniker mit einem imponierenden Überblick. Wenn wir Herget nicht ausschalten können, kann es für uns trotz des Vorsprungs noch böse enden. Unter dem Strich sehe ich die Chancen in diesem innerdeutschen Vergleich 50:50. Kurz: Alles ist drin." Von seinen Stammspielern muß Sammer den Abwehrspieler Steffen Büttner wegen der zweiten Verwarnung beim Hinspiel in Dresden ersetzen.

Den Krefeldern winken im Falle des Triumphes mindestens 7000 Mark Erfolgsprämie pro Mann. Eschler: „Über mehr können wir immer noch reden. Schließlich haben wir in unserer jetzt 81jährigen Vereinsgeschichte noch nie so aufgetrumpft. Ich bin mehr als zufrieden, auch wenn wir scheitern sollten."

BAYERN MÜNCHEN / Mit Zuversicht nach Anderlecht

Hoeneß verspricht Jubiläumstor

sid/dpa, **München**

Mit kühlem Kopf geht der FC Bayern München in die heiße Schlacht von Brüssel. „Uns erwartet ein Hexenkessel, aber wir lassen uns nicht verrückt machen, sondern werden mit abgeklärtem Spiel unsere Chance suchen." Trainer Udo Lattek ist vor dem Europapokal-Rückspiel beim RSC Anderlecht heute abend (20.00 Uhr) nicht bange, obwohl der Vorsprung aus dem Hinspiel (2:1) nicht knapper sein könnte.

Mit viel Optimismus machte sich der deutsche Fußballmeister gestern mit dem Flugzeug auf die Reise in die belgische Hauptstadt. Lattek: „Wir kommen ins Halbfinale. Wenn niemand einen Durchhänger hat wie beim 2:3 gegen Fortuna Düsseldorf, gibt es keine großen Probleme. Wir brauchen keine Angst zu haben." Jean-Marie Pfaff, der belgische Torwart der Bayern, pflichtet seinem Trainer bei: „Wir haben in Wien gezeigt, daß wir clever genug sind, um kritische Situationen zu überstehen.

Einer, der besonders viel Zuversicht ausstrahlte, war Dieter Hoeneß. Der 33jährige Mittelstürmer, der in der Bundesliga (zwölf Saisontore) wie im Europacup mittlerweile schon seinen dritten Frühling erlebt, ist vom Einzug in die Runde der letzten vier überzeugt. „Ich schieße die Bayern mit meinem Jubiläumstor weiter", meinte Hoeneß, der gegen Anderlecht seinen 25. Europacuptreffer feiern will. Eine Prämie haben die Bayern noch nicht ausgehandelt, doch sie dürfte im Erfolgsfall kaum unter 8000 Mark liegen.

Hoeneß weiß um die Schwere der Aufgabe. Anderlecht werde vom Anpfiff weg mit überfallartigen Attacken den schnellen Erfolg suchen, „aber ähnliche Situationen haben wir schon im letzten Jahr in Rom überstanden". Der Torjäger, der aufgrund seiner guten Leistungen in den letzten Wochen womöglich doch noch die Fahrkarte zur Weltmeisterschaft nach Mexiko bekommt („Ich würde mich auch mit der Rolle des Jokers zufrieden geben"), begründet seinen Optimismus mit der „Topleistung von Waldhof. Da haben wir unser bestes Spiel der Saison gezeigt."

Unterstützt wird Hoeneß im Angriff von Wohlfarth. Der Ex-Duisburger, mit drei Toren neben Hoeneß und Mathy erfolgreichster Schütze im laufenden Wettbewerb, wird gegen den 18fachen belgischen Meister spielen können. Noch am Montag war sein Einsatz wegen eines Kapselanrisses und einer Bänderdehnung im rechten Knöchel fraglich.

Mit dabei ist auch Libero Klaus Augenthaler, der zuletzt wegen eines Muskelfaserrisses pausiert hatte. Der Bayern-Kapitän hatte sich letzte Woche bei Richard Smith, dem niederländischen Physiotherapeuten des AS Rom, einer erfolgreichen Behandlung unterzogen.

EISKUNSTLAUF / Nach Pflicht: Iwanowa vorne

Claudia Leistner mal wieder nervenschwach: Nur der neunte Platz

sid/dpa, **Genf**

Für Claudia Leistner sind die ohnehin geringen Medaillen-Hoffnungen bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Genf schon nach der Pflicht geplatzt. Gleich zwei von drei geforderten Elementen, die Wende und die Schlinge, mißlangen der deutschen Meisterin aus Mannheim, Platz neun war es am Ende im Feld der 27 Teilnehmerinnen. Susanne Becher, das 15 Jahre alte Mannheimer Nachwuchstalent, belegt den zwölften Rang.

Die pflichtstarke Sowjetrussin Kira Iwanowa übernahm vorerst die Führung in einem Wettbewerb, der auf den vorderen Rängen noch einigen Spielraum läßt. Denn die amerikanische Meisterin Debi Thomas und Titelverteidigerin Katarina Witt aus Karl-Marx-Stadt in der „DDR" folgen auf den Plätzen zwei und drei.

Überraschend stark war vor allem die farbige Amerikanerin Debi Thomas, die eigentlich in der Pflicht Schwächen hat und als besonders gute Kürläuferin gilt. Da die Medizin-Studentin bei ihrem Erfolg während der amerikanischen Meisterschaften fünf dreifache Sprünge stand, was bei den Europameisterschaften keiner Läuferin gelang, gilt sie als Favoritin auf die Goldmedaille in Genf.

„Das können wir wohl vergessen", meinte ein sichtlich konsternierter Trainer Georg Havelland zu der Leistung seines Schützlings Claudia Leistner. Einmal mehr spielten die Nerven der 20jährigen einen Streich, „man kann ihr sagen, was man will, sie hört doch nicht richtig zu", sagte Havelland. „Bei großen internationalen Wettbewerben ist das eben anders als bei Deutschen Meisterschaften, da gibt es keinen Bonus."

Selbst die Pikkolo-Flasche Schaumwein, die der Mannheimerin vor jedem Wettkampf von Mannschaftsarzt Selim Al-Bazaz verabreicht wird, konnte die Nerven nicht beruhigen. „Es hat einfach keinen Zweck mehr", seufzte Havelland. Mit hängendem Kopf schlich sie in ihrem schwarzen Pflichtkleid aus der Eishalle.

Für Claudia Leistner, die sich immer mal wieder mit Rücktrittsgedanken getragen hat, könnte nunmehr diese Weltmeisterschaft der Schlußpunkt ihrer Karriere sein. Havelland steht ohnehin bei ihr das letzte Mal an der Bande, er verändert sich Ende April aus privaten Gründen nach Berlin. „Guck einer in ein Mädchengehirn rein. Jetzt ist alles vorbei", sagte er.

„Die hat ihre letzte Figur hingehauen und ist gegangen", kritisierte der deutsche Mannschaftsführer Walter-Georg Maienschein, „diesmal hat alles gestimmt, die Gesundheit, der Trainer, ihre Laune. Das war die reine Konzentrationsschwäche."

*

Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Genf, Damen, Stand nach der Pflicht: 1. Kira Iwanowa (UdSSR) 0,6 Punkte, 2. Debi Thomas (USA) 1,2, 3. Katarina Witt („DDR") 1,8, 4. Tiffany Chin (USA) 2,4, 5. Tracey Wainman (Kanada) 3,0, 6. Anna Kondraschowa (UdSSR) 3,6, 7. Caryn Kadavy (USA) 4,2, 8. Natalia Lebedewa (UdSSR) 4,8, 9. Claudia Leistner (Mannheim) 5,4, 10. Katrien Pauwels (Belgien) 6,0, ... 12. Susanne Becher (Mannheim) 7,2.





Nach der Pflicht vor Katarina Witt: Debi Thomas (USA)
FOTO: SVEN SIMON

Der Norden macht Ernst mit dem Medien-Vertrag

Albrecht und Barschel kündigen Regierungserklärung an

GEORG BAUER, Kiel

Die Bundesländer Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind ihrem Ziel, einen norddeutschen Medienstaatsvertrag zur Nutzung des direkt strahlenden Satelliten TV-SAT abzuschließen, ein Stück nähergekommen. Mit einer auf morgen terminierten Regierungserklärung wollen die beiden Ministerpräsidenten in Hannover und Kiel, Ernst Albrecht und Uwe Barschel, den Weg für die parlamentarische Beratung des Vertrages einleiten. Der Vertrag, der der Hansestadt Hamburg eine Option für den Beitritt einräumt, soll möglichst noch vor der Parlamentarischen Sommerpause von den Länderparlamenten ratifiziert werden.

Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf, der seit Ende des vergangenen Jahres verhandelt worden war, sieht der neue Entwurf eine entscheidende Änderung vor. Rechtliche Grundlage für die Aufsicht über das bundesweit auszustrahlende Programm eines privaten Veranstalters soll nicht mehr das Landesrundfunkgesetz Niedersachsens sein, sondern das Rundfunkrecht des norddeutschen Landes, in dem der Veranstalter seinen Sitz haben wird.

Hintergrund der Änderung ist das rechtlich umstrittene Landesrundfunkgesetz Niedersachsens, das auf Initiative der niedersächsischen SPD auf dem Prüfstand vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist. Angesichts des medienpolitisch umstrittenen Kurses in der SPD soll mit der neuen Regelung dem Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi der Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt erleichtert werden. Der Hamburger Bürgermeister, der in der SPD der Hansestadt auf Widerstand stößt, möchte mit seinem Ja zu dem Gesetz vor allem die Zukunft Hamburgs als Medienmetropole sichern.

Die Meinungsverschiedenheiten in der SPD waren durch Äußerungen des Oppositionsführers im Kieler Landtag, Björn Engholm, offenkundig geworden. Mit der Erklärung, die SPD-regierten Länder wollten das Urteil aus Karlsruhe abwarten, hatte Engholm die Zustimmung Dohnanyis weiter erschwert.

Mit Skepsis wird allerdings der zeitliche Ablauf der parlamentarischen Beratung des Entwurfes beurteilt. Um das Gesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause unter Dach und Fach zu bringen, müßte *Albrecht die erste und zweite Lesung* des Gesetzes nach den Beratungen in den Ausschüssen auf die Tagesordnung der Landtagssitzung im April setzen.

Der Vorstoß im Norden hat auch den Süden mobilisiert. Um beim Wettlauf um die vier Kanäle des TV-SAT für einen privaten Veranstalter nicht ins Hintertreffen zu geraten, intensivieren Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern ihre Kontakte, um ebenfalls einen Gemeinschafts-Vertrag zu erreichen.

Verdächtiger im Fall Palme von Ex-Frau belastet

W.K./rtr/dpa Stockholm/Bonn

Die Stockholmer Staatsanwaltschaft hat gestern den 32jährigen Victor Gunnarsson als Verdächtigen im Zusammenhang mit dem Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme angegeben. Der Schwede war angeblich 1984 in die als rechtsextrem eingestufte „Europäische Arbeiterpartei" (EAP) eingetreten. Die Gegnerschaft der in Westeuopa einschließlich der Bundesrepublik Deutschland auftretenden EAP wird in ihrer Zeitschrift „Neue Solidarität" dokumentiert. Dort hieß es über Palme unter anderem: „Schwedens Bevölkerung wird von einem Wahnsinnigen gelenkt, einem geistesgestörten Mörder, der aus der düsteren Winternacht auftaucht mit einer Axt in Bereitschaft. Hinter der demokratischen Maske steckt der wirkliche Olof Palme, eine rasende Bestie, ein Mörder mit der Axt, der Teufel schlechthin."

Gunnarsson hatte in den vergangenen Jahren wiederholt als Wachmann gearbeitet. Wegen seiner Sprachkenntnisse – er spricht fließend deutsch, englich, französisch, spanisch und italienisch – sei er auch als Schwedisch-Lehrer für Ausländer engagiert worden, hieß es in Zeitungsberichten.

„Aftonbladet" (Stockholm) veröffentlichte ein Interview mit der jetzt in den USA lebenden früheren Ehefrau Gunnarssons. „Er glaubte, daß Palme Schweden der Sowjetunion einverleiben und damit in des Teufels Grab bringen werde", sagte sie.

Die Polizei hatte Gunnarsson am 12. März festgenommen. Er bestreitet jede Beteiligung an der Tat. Verdachtsmomente gegen ihn ergaben sich daraus, daß er sich zur Mordzeit in der Nähe des Tatortes aufhielt und dringend ein Auto suchte, das ihn aus der Umgebung wegbringen *sollte. Als* dies nicht gelang, soll er die Nachtvorstellung eines nahe gelegenen Kinos lange nach Beginn der Vorstellung aufgesucht haben.

Auf Gunnarsson waren die Fahnder schließlich durch die Ähnlichkeit mit dem Phantombild aufmerksam geworden, das nach den Angaben einer Zeugin angefertigt worden war. Für die Tatzeit selbst konnte der Verdächtige kein Alibi beibringen. Zu diesen Indizien kommen jetzt weitere Zeugenaussagen, wonach Gunnarsson Anfang Februar in Telefongesprächen gesagt haben soll, Palme stehe oben auf der Todesliste. Blut werde auf den Straßen Stockholms fließen.

In kriminaltechnischen Untersu*chungen, in die die schwedische* Reichspolizei das Bundeskriminalamt in Wiesbaden eingeschaltet hat, soll auch die Kleidung des Festgenommenen auf Schmauchspuren untersucht werden. Gerichtsverwertbare Beweise für eine Täterschaft des *Mannes liegen allerdings nicht vor,* betonte der Stockholmer Oberstaatsanwalt K.G. Svensson.

Ermittlungsverfahren gegen Kohl unterlag der Informationspflicht

Zweifel der Union an den Darstellungen der NRW-Justizbehörden verdichten sich

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich Bohl, hat Zweifel an der Darstellung des Kölner Generalstaatsanwalts Schmitz und der nordrhein-westfälischen Landesregierung vom Zustandekommen des Ermittlungsverfahrens gegen Bundeskanzler Helmut Kohl geäußert. Im Gespräch mit der WELT sagte Bohl, wenn die von der Union gestellten Fragen nach Aufhellung des wahren Hergangs nicht ausreichend beantwortet würden, „schließe ich auch einen Untersuchungsausschuß nicht aus." Im Düsseldorfer Landtag prüfe die Union ohnehin schon „ernsthaft und gewissenhaft", ob dort ein solcher Ausschuß beantragt werden solle.

Zu den Widersprüchlichkeiten in den öffentlichen Erklärungen verwies Bohl auf die Behauptung von Generalstaatsanwalt Schmitz vom Wochenende, er selbst habe die Weisung für das förmliche Ermittlungsverfahren gegen den Kanzler erteilt.

Zu viele Widersprüche

Bohl: „Der Generalstaatsanwalt widerspricht damit dem nordrhein-westfälischen Innenminister Schnoor, daß sich die Bonner Staatsanwaltschaft ‚aus eigener Erkenntnis' für das Verfahren entschieden habe."

Weiter habe der Generalstaatsanwalt bestätigt, daß die Strafanzeige gegen den Kanzler parallel zur Bonner Staatsanwaltschaft auch von der Generalstaatswaltschaft in Köln geprüft worden sei. Deren Sprecher Schönfelder allerdings sei zitiert worden, er könne sich dies nicht vorstellen, weil es den Erfahrungen im Umgang zwischen Staatsanwalt und übergeordneten Behörden widerspräche. Der Erklärung des nordrhein-westfälischen Justizministers Krumsiek, daß es „keine Sachgespräche" zwischen seinem Ministerium und dem Generalstaatsanwalt gegeben habe, hielt Bohl entgegen, daß Krumsiek am 18. September 1985 auf eine dringliche Anfrage im Düsseldorfer Landtag dazu Prinzipielles gesagt habe.

Krumsiek: „Seit mehr als einem Jahrhundert unterstehen die Staatsanwaltschaften der Dienstaufsicht des *Justizministeriums. Die* Staatsanwaltschaften haben in allen Fällen von herausragender Bedeutung oder bei Fällen, bei denen es sich um Personen von herausragender Bedeutung handelt, das Justizministerium zu unterrichten ... Es handelt sich *um eine gesetzliche Informationspflicht* ... Es kann auch gar nicht anders sein, denn wenn es diese Berichtspflicht nicht gäbe, dann wäre die Staatsanwaltschaft ein Staat im Staat, der parlamentarisch keiner Konrolle unterläge ... Das Justizmi*nisterium wird regelmäßig umfas*send unterrichtet, und zwar in allen Verfahren."

Im Klartext heiße dies, bei der Prüfung eines Ermittlungsverfahrens „gegen das Verfassungsorgan Bundeskanzler" habe das Justizministerium auf alle Fälle unterrichtet werden müssen. Bohl: „Soll dies etwa ausgerechnet hier nicht geschehen sein?" Es müsse deshalb gefragt werden, „wann das Düsseldorfer Justizministerium Kenntnis erlangt hat von der Auffassung der Bonner Staatsanwaltschaft, kein Ermittlungsverfahren einzuleiten, von der Auffassung des Generalstaatsanwaltes, dennoch ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, und schließlich von der Weisung des Generalstaatsanwaltes an die Bonner Staatsanwaltschaft".

„Überragende Bedeutung"

Im Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen heißt es in der Anordnung zur Behandlung von Strafsachen mit besonderer Bedeutung neben der von Krumsiek vor dem Landtag schon bestätigten Berichtspflicht: „In Strafsachen von überragender Bedeutung ist die Entschließung des Justizministers abzuwarten, bevor eine abschließende Entscheidung oder eine sonstige wichtige Verfügung getroffen wird." Weiter geht aus den dort aufgeführten Verfügungen zur Tätigkeit von Staatsanwaltschaften hervor, daß „Anzeigesachen gegen Mitglieder des Deutschen Bundestages ... beschleunigt zu bearbeiten sind". Tatsächlich datiert die Anzeige des Ex-Abgeordneten Schily gegen den Kanzler vom 29. Januar; das Verfahren wurde allerdings erst mehr als fünf Wochen später am 11. März eröffnet.

Zahnärzte beugen sich Blüms Druck

HEINZ HECK, Bonn

Bei der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen ist es erstmals zu gemeinsamen Empfehlungen für alle Leistungsträger gekommen, nachdem auch die Vertreter der Krankenhäuser sich hierzu bereit erklärt haben. *Arbeitsminister* Norbert Blüm betonte im Anschluß an die Sitzung, die Konzertierte Aktion habe „ihre Handlungsfähigkeit und ihr Verantwortungsbewußtsein für die Funktionsfähigkeit der gesetzlichen Krankenversicherung unter Beweis gestellt".

Hervorzuheben seien vor allem die Empfehlungen zur ärztlichen Gesamtvergütung und zur Gesamtvergütung der Zahnärzte. In beiden Fällen wurde eine Laufzeit von zwei Jahren erreicht. Das verstetige die Honorarpolitik und mache das System für die Vertragspartner und die Versicherten überschaubarer und berechenbarer. Beide Empfehlungen sicherten die Beitragssatzstabilität, betonte Blüm.

Für die Kassenärzte bestehe jetzt eine „strikte Anbindung" an den Anstieg der Grundlöhne (1986: plus 3,7 Prozent); für die Zahnärzte gebe es eine Erhöhung der Punktwerte um jeweils 1,66 Prozent für 1986 und 1987. In beiden Fällen sind bindende Mengenbegrenzungen vorgesehen. Das bedeutet, daß Honorare nicht durch eine größere Zahl von Behandlungen erhöht werden können.

Kassenärzte und -zahnärzte hätten damit einen „wichtigen Stabilisierungsbeitrag geleistet". Dieser Beitrag sei auch beschäftigungspolitisch wichtig. Die Lohnnebenkosten würden entlastet und die Bedingungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit weiter verbessert.

Mit der Ausgabenempfehlung auch für Krankenhäuser sei es erstmals in der Geschichte der *Konzertierten* Aktion gelungen, alle Beteiligten auf eine Steigerungsrate im Rahmen der Grundlohnentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung zu verpflichten. Damit wird sichergestellt, daß der Krankenhausbereich auch in Zukunft finanzierbar bleibe.

Krankenhausplanung sei Aufgabe der Länder, heißt es in den Empfehlungen. Die Mitglieder der Konzertierten Aktion werden die Länder unter anderem auch bei dem „politisch schwierigen Bettenabbau mit Nachdruck unterstützen".

Ferner wurden die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie aufgefordert, dem Appell des Bundesverbandes zu folgen und die Arzneimittelpreise keinesfalls zu erhöhen. Soweit Erhöhungen bereits stattgefunden hätten, sollten sie angesichts der rückläufigen Erzeugerpreise und Preissteigerungsrate ihre Entscheidung überprüfen „und soweit wie möglich korrigieren".

Die SPD-Fraktion hat für Freitag zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen eine Aktuelle Stunde im Bundestag beantragt.

Ankara setzt auf Hilfe Bonns

Integration in Europa angestrebt / Jenninger besucht die Türkei

M. WEIDENHILLER, Ankara

Der türkische Außenminister Vahit Halefoglu wiegelt ab, wenn es um die Freizügigkeit in der EG geht, auf die sein Land vom 1. Dezember an Anspruch hat: „Wir können auf die Einhaltung (des Assoziierungsabkommens) pochen. Aber wir wollen uns über die Bundesrepublik Deutschland nicht beschweren", sagte er in einem auf deutsch geführten Gespräch mit Bundestagspräsident Philipp Jenninger, der sich gegenwärtig zu einem offiziellen Besuch in Ankara aufhält. Man müsse das Problem mit Fingerspitzengefühl angehen, aber auch die öffentliche Meinung in der Türkei berücksichtigen.

Halefoglu, der etwa ein Jahrzehnt Botschafter seines Landes in Bonn war, meinte, die Türken hätten von den Deutschen gelernt, daß Politik die Kunst des Möglichen sei. Aber zehn oder zwanzig Jahre zu warten, sei keine Perspektive für die Türken. Jenninger wies darauf hin, daß die Instrumente der Assoziation noch nicht ausgeschöpft seien. Er gab gleichzeitig den Rat, in absehbarer Zeit keinen förmlichen Antrag für ei*ne Aufnahme in der EG zu stellen.* In diesem Zusammenhang wies er auf das Agrarproblem hin.

Ausweichend reagierte Halefoglu auf die jüngsten Vorschläge der EG-Kommission. Man müsse sie erst „lesen und prüfen". Sie besagen, daß die Türkei in der Freizügigkeitsfrage nicht besser gestellt werden solle als Spanien und Portugal, für die die Übergangsfristen bis 1992 gelten. Bei den Gesprächen, die Jenninger und Abgeordnete des Bundestages seit Montag in der Türkei führen, wird deutlich, daß Ankara auf Bonn setzt, wenn es um die Integration der Türkei in Europa geht.

Parlamentspräsident Necmettin Karaduman drückte gegenüber seinem Gast aus Bonn die Sorge über ein falsches Bild aus, das man im Ausland über die Türkei habe. Bei Vorwürfen über eine Nichtbeachtung der Menschenrechte weist er auf die Überprüfbarkeit durch die Gerichte hin, und diese seien unabhängig. Der türkische Staat, so Karaduman, veranlasse „keine Folter, weil er nicht so schwach ist, zu diesem Mittel greifen zu müssen".

Weizsäckers europäische Vision in Wien

BERNT CONRAD, Wien

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sich in Wien gegen alle „willkürlich gezogenen Trennungslinien" in Europa, vor allem aber gegen die Berliner Mauer gewandt. „Die Mauer in Berlin ist eine Realität, aber realistisch ist sie nicht, denn sie ist nicht vernünftig, nicht human. Deshalb wird sie in der geschichtlichen Perspektive keinen Bestand haben", sagte Weizsäcker gestern abend bei einem vom österreichischen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger gegebenen Abendes*sen in der Wiener Hofburg.*

Identität des Menschen

Den „politischen Systemen, die Europa teilen", hielt Weizsäcker das in Jahrhunderten gewachsene Be*wußtsein der Zusammengehörigkeit* entgegen. Auf diese, von den Deutschen besonders stark empfundene Gemeinsamkeit gründeten sich die Hoffnungen vieler Europäer in Ost und West. Dabei gehe es im Kern nicht um Fragen nach Grenzen oder *staatlich-politischer* Architekturen, sondern um Fragen der Selbstbestimmung des Menschen, seiner Lebensweise, seiner Identität. Von der Lebendigkeit des gemeinsamen europäischen Bewußtseins hänge letzten Endes „unser aller geistiges und auch materielles Weiterleben ab", fuhr der Bundespräsident fort. Mit dieser Betonung gesamteuropäischer Verbindungen hat Weizsäcker an traditionsreicher Stätte einen wichtigen Akzent seines wenige Stunden zuvor begonnenen Staatsbesuches in Österreich gesetzt. Am Vormittag war er auf dem Flughafen Wien-Schwechart von seinem Gastgeber Bundespräsident Kirchschläger mit militärischen Ehren begrüßt worden. Die Außenminister Genscher und Leopold Gratz unterzeichneten einen Vertrag über den kleinen Grenz- und Ausflugsverkehr.

Beim abendlichen Festbankett im Geheimen Ratssaal der Hofburg legte Weizsäcker ein Bekenntnis zur Ver*bundenheit von Deutschen und* Österreichern ab. Beide begegneten sich nach früheren Schwierigkeiten heute ganz unbefangen, sagte er und fügte hinzu: „Österreich ist uns Deutschen nicht nur durch Geschichte und Geist, sondern durch die Dichte *der menschlichen Bindungen* wie kein anderes Land verbunden und vertraut. Wir betrachten die deutsch-österreichische Freundschaft als einen Schatz, den es zu wahren und zu mehren gilt. Ich bin hierher gekommen, um die enge Verbundenheit unserer Länder und Völker zu bezeugen und der Republik Österreich mit ihrer eigenständigen, auf Ausgleich und Verständigung gerichteten aktiven Friedenspolitik den hohen Respekt meines Landes zu zollen." Der Bundespräsident bezeichnete die österreichische Neutralität als bedeutsamen Faktor der Stabilität in Europa.

„Komplexe abgebaut"

Der österreichische Bundespräsident Kirchschläger verzeichnete mit Genugtuung, daß es gelungen sei, „manche noch an das vorige Jahrhundert zurückgehende Komplexe zwi*schen unseren Staaten und Menschen* abzubauen". Er betonte: „Wir Österreicher bekennen uns ohne Angst, in Österreich oder auch anderswo mißverstanden zu werden, zu dem vielen, was uns mit dem deutschen Volk auf Grund unserer Geschichte und der *damit zusammenhängenden* Sprach- und Kulturgemeinschaft gemeinsam ist."

Teure Fusionen

Sbt. (Washington) – Fusionswelle ohne Ende? Dieser Eindruck drängt sich auf, wenn man die neuen Statistiken, sorgfältig kompiliert von der W. T. Grimm & Co. in Chicago, Revue passieren läßt. Danach ist der Wert der Firmenzusammenschlüsse in Amerika im vergangenen Jahr um 47 Prozent auf 179,6 Milliarden Dollar in die Höhe geschossen. So etwas hat es in der US-Unternehmensgeschichte noch nicht gegeben. Die Zahl der Übernahmen stieg um 18 Prozent auf 3001, der höchste Stand seit 1973, als 4040 registriert wurden.

Das heißt, die freundlichen und feindlichen „Takeover" haben sich zugleich erheblich verteuert. In 36 Fällen überstiegen die Kosten eine Milliarde Dollar; insgesamt mußten für diese illustre Gruppe 92,7, verglichen mit 58,1 Milliarden Dollar im Vorjahr, aufgebracht werden. Außerdem zahlten die Käufer häufiger in bar, und zwar bei 51 (43) Prozent der Transaktionen.

Zu vermuten ist jedoch, daß die Welle künftig nicht mehr so hoch schwappen wird. Denn einmal hat die Aktienhausse ein Kursniveau geschaffen, das abschreckend wirkt. Zum anderen sind gute und preiswerte Firmen kaum noch aufzutreiben. Ein weiterer Bremsfaktor ist der schwächere Dollar, der den Konkurrenzdruck verringert. Die überstarke Währung spülte billige Importe ins Land, und auch der Verfall der repatriierten Gewinne zwang zum Handeln. Morgan Stanley rechnet damit, daß in diesem Jahr der Fusionswert auf den Stand von 1984 schrumpft.

In die Sackgasse?

fu (London) – „Ford-Europa hat die Kurve gepackt und fährt jetzt in die richtige Richtung", meinte Harold „Red" Poling, der Präsident des amerikanischen Automobilkonzerns, bei der Bekanntgabe wichtiger Umbesetzungen in der Leitung der Ford Motor Co. Um so sprachloser wird Robert (Bob) Lutz, Chef von Ford-Europa und vorher lange Jahre der erste Mann von Ford-Deutschland, gewesen sein, als er von seiner Degradierung erfuhr. Denn als nichts anderes muß man die Mitteilung der Detroiter Konzernspitze werten, wonach Lutz in die USA zurückkehren wird (sein Nachfolger wird Kenneth Whipple), um die Leitung des Nutzfahrzeugbereiches von Ford auf dem nordamerikanischen Sektor zu übernehmen. Zwar bleibt er in dieser Eigenschaft Executive Vice President und Mitglied des Führungsgremiums (Board) des US-Konzerns. Aber in weiten Kreisen der Automobilbranche wird die Umbesetzung so interpretiert, als habe man Lutz auf die amerikanischen Lkws abgeschoben. Auch wenn Ford-Präsident Poling dies bestreitet: Anzeichen für einen persönlichen Machtkampf zwischen ihm und Bob Lutz hat es schon seit längerem gegeben.

NIEDERSACHSEN / Albrecht: Herausforderung des Strukturwandels angenommen

Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit konnten deutlich gestärkt werden

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Wirtschaft in Niedersachsen hat im vergangenen Jahr ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit deutlich gestärkt und nimmt mittlerweile auch im Bundesvergleich eine respektable Position ein. Dieses Fazit zogen gestern Ministerpräsident Ernst Albrecht und Wirtschaftsministerin Birgit Breuel in ihrer Bestandsaufnahme zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Albrecht verwies auf die „erfolgreich betriebene Politik einer behutsamen Umstrukturierung", die ihren Ausdruck in den jüngsten Ansiedlungserfolgen finde. Niedersachsen gehöre wieder zu jenen Ländern, die bei Standortüberlegungen von Unternehmen in die engere Wahl gezogen würden. Nach den Worten Albrechts ist im Land der Anteil jener Branchen, die schneller als die Wirtschaft insgesamt wachsen, in den letzten zehn Jahren von 46 Prozent auf gut 59 Prozent gestiegen. Damit sei das Bundesniveau nahezu erreicht.

Ausgelöst worden sei diese Entwicklung vor allem durch die Anstrengungen auf dem Gebiet der neuen Technologien und den zielgerichteten Ausbau von wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen. Ein Beispiel sei die Vorreiterrolle des Landes beim Ausbau der Telekommunikation (Glasfaser- und Breitbandverteilnetze). Nunmehr gelte es, im strukturellen Sektor die „Feinabstimmung" weiter voranzutreiben. Albrecht räumte allerdings ein, daß trotz der günstigen Entwicklung noch einiges zu tun bliebe. Sorgen bereiten vor allem die Schiffbauindustrie, die Bauwirtschaft und weite Teile der Landwirtschaft.

Ein weitgehend günstiges Bild zeichnet auch die Landeszentralbank in Niedersachsen (LZB) in ihrem jetzt vorgelegten Jahresbericht. Die wirtschaftlichen Auftriebskräfte, so schreibt die LZB, hätten sich 1985 verstärkt. Nach ersten Schätzungen sei das Bruttoinlandsprodukt im Land real um 2,2 Prozent gegenüber zwei Prozent im Vorjahr gestiegen. Damit nähere sich das niedersächsische Wachstumstempo dem im Bundesgebiet (2,6 Prozent). Die industrielle Produktion habe mit knapp sechs Prozent sogar über dem bundesweiten Mittel (5,3 Prozent) gelegen. Allerdings bremste die sinkende Bruttowertschöpfung in der Bauwirtschaft die Entwicklung.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung ging 1985 erstmals ein Anstieg der Beschäftigtenzahl um 0,3 Prozent einher. Nach Angaben der Landeszentralbank sanken die Arbeitslosenzahlen seit August 1985. Weil aber die zusätzliche Nachfrage nach Arbeitsplätzen das höhere Angebot nach wie vor überstieg, lag die Zahl der Arbeitslosen in Niedersachsen im Jahresdurchschnitt mit 346 000 noch um 3,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahres.

Der Landesregierung bescheinigt die LZB eine weiterhin auf Konsolidierung ausgerichtete Haushaltspolitik. Zwar stiegen die Ausgaben (26,3 Mrd. DM) mit fünf Prozent stärker als im Durchschnitt der Bundesländer (+ 3,7 Prozent). Der Zuwachs blieb aber deutlich unter dem Haushaltsansatz.

DEVISENMÄRKTE

Der Franc bleibt weiter sehr widerstandsfähig

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Im Unterschied zu den französischen Aktien, die nach dem nur knappen Wahlsieg der bürgerlichen Rechten hohe – inzwischen aber wieder ausgeglichene – Verluste verbucht hatten, blieb der Franc sehr widerstandsfähig. Gegenüber der D-Mark zog er sogar etwas an. Am Pariser Devisenmarkt wurde die D-Mark am Dienstag zu Börsenbeginn mit 3,0735 Franc notiert. Das ist kaum schlechter als die amtliche Parität (3,0665 Franc) und erheblich besser als die unterste Interventionsgrenze (2,9985 Franc).

Der Euro-Franc-Kurs, der als wichtigstes Barometer für Spannungen am Devisenmarkt gilt, schwächte sich gestern sogar weiter auf zwölf Prozent (Monatsgeld) ab, nachdem er vor den Wahlen bis auf 17,5 Prozent (12. März) gestiegen war. Von einer Franc-Abwertungsspekulation kann also keine Rede sein. Die Abwertungsgerüchte sind damit aber nicht verstummt. Sie werden vor allem aus Unternehmerkreisen genährt. Dort weist man weiter darauf hin, daß der Franc durch das sehr hohe französische Zinsniveau, der Geldmarkt-Interventionssatz der Banque de France liegt bei 8,25 Prozent, geschützt wird.

Auch haben die französischen Banken bisher auf die jüngste Ermäßigung der Geldmarktzinsen um 0,5 Prozent noch nicht reagiert. Der Basiszins beträgt seit Ende letzten Jahres 10,6 Prozent. Die Kreditzinsen erreichen bis zu 15 Prozent (Kontokorrent). Die Wirtschaft sieht darin eine schwere Benachteiligung gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz, zumal die staatlichen Zinssubventionen stark reduziert worden sind.

Gegen eine baldige Franc-Abwertung spricht aber, daß die französische Inflationsrate in den letzten sechs Monaten die der acht wichtigsten Handelspartner nicht mehr übertroffen hat und daß der monatliche Preisanstieg in dieser Zeit genau dem deutschen entsprach.

Eine Abwertung könnte gleichwohl der neuen Regierung geboten erscheinen, um die anhaltende Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition der französischen Industrie, die nicht nur preisbedingt ist, zu kompensieren. Zu „verkaufen" wäre das als Löschung einer sozialistischen Hypothek.

In französischen Finanzkreisen erwartet man aber eher eine DM-Aufwertung und zwar auch als Schützenhilfe der Bundesregierung. Dazu wird von maßgebender deutscher Seite erklärt, daß es in erster Linie darauf ankommt, welche Wirtschaftspolitik eine Regierung verfolgt. Aus diesem Grunde sei „seit Herbst 1985", als die Früchte der französischen Stabilisierungspolitik deutlich in Erscheinung traten, der Franc aus der Diskussion gekommen.

Währungshüter ohne Eile

Von CLAUS DERTINGER

Die Diskontsenkung hat der Abwärtsbewegung der Zinsen einen neuen Anstoß gegeben. Banken und Sparkassen haben das Signal der Bundesbank zum Anlaß genommen, die Kredite im standardisierten Mengengeschäft zu verbilligen. Das hätten sie freilich schon längst tun können. Denn die materielle Verbindung zwischen dem jetzt von vier auf 3,5 Prozent gesenkten Diskontsatz, zu dem sich die Banken über den Verkauf von Wechseln Geld beschaffen können, und den Zinsen für Überziehungs- und Ratenkredite ist so lokker, daß die Kreditwirtschaft nicht unbedingt hätte auf ein Zeichen aus Frankfurt warten müssen.

Entscheidend für die Zinskalkulation im Kreditgeschäft sind vielmehr die Zinsen, die das Kreditgewerbe für den Einkauf von Einlagen von Kunden oder anderen Banken zahlen muß. Und die sind unter dem Einfluß der von der Bundesbank laufend verbilligten Wertpapierpensionsgeschäfte, einer weiteren wichtigen Geldbeschaffungsquelle der Banken, schon seit geraumer Zeit auf dem Weg nach unten. Die Geldbeschaffungskosten für Einlagen sinken jetzt weiter, aber nicht wegen Aktionen der Bundesbank, sondern weil Banken und Sparkassen dieser Tage die Zinsen für längerfristige Spargelder zurückgenommen haben.

Auch wenn sich die Zinssätze im standardisierten Kreditgeschäft mit den Privatkunden gegenüber dem Höchststand Mitte 1981 in etwa halbiert haben, werden sie von vielen Bundesbürgern noch als relativ hoch empfunden. So wird denn darauf hingewiesen, daß Überziehungskredite, die heute neun bis 9,25 Prozent kosten und Ratenkredite, für die etwa 9,75 Prozent zu berappen sind, Mitte 1978 noch billiger waren als heute, obwohl damals eine weitaus höhere Geldentwertungsrate, nämlich 2,7 Prozent – oder zwei Prozentpunkte mehr als jetzt, registriert worden war.

Auch Hypotheken (Zins bei zehnjähriger Festschreibung und voller Auszahlung etwa 7,35 Prozent) sind heute noch um knapp einen Prozentpunkt teurer als am Tiefstpunkt der letzten Niedrigzinsphase. Diese Hinweise sind durchaus berechtigt. Aber die Kreditzinsen sind heute nicht nur höher als damals, weil Banken und Sparkassen jetzt mit etwas höheren Zinsmargen arbeiten, sondern vor allem, weil die Geldbeschaffungskosten noch nicht wieder auf das Niveau von Mitte 1978 gesunken sind. Davon profitieren die Sparer. Wer sein Geld auf dem Sparbuch bis zu zwölf Monaten anlegt, muß sich zwar mit ebenso bescheidenem Ertrag zufriedengeben wie vor acht Jahren.

Aber alle anderen Kapitalanlagen werfen bessere Renditen ab, die den 1978er Tiefststand um einen halben Prozentpunkt und mehr überschreiten. Die Zinsen am Bankengeldmarkt sind sogar um einen ganzen Prozentpunkt höher. Auch die Bundesbank versorgt die Banken nicht mehr mit so billigem Geld wie Mitte 1978, als der Diskontsatz bei drei Prozent und der Zins für Offenmarktgeschäfte bei 3,5 Prozent lag. Und das ist der Hauptgrund dafür, daß die Zinsen generell noch nicht wieder auf das damalige Niveau gesunken sind.

Mit dem Blick auf die extrem niedrige Geldentwertungsrate von zuletzt nur noch 0,7 Prozent sind viele Bank- und Börsenexperten überzeugt, daß die Zinsen noch weiter fallen werden. Die Bundesbank habe auch nach der jüngsten Diskontsenkung noch Handlungsspielraum, wird behauptet. Die Praxis der Zinssteuerung über Wertpapierpensionsgeschäfte, bei denen der Kreditwirtschaft wie auch schon vor der Diskontsenkung ein Zins von 4,3 Prozent abverlangt wird, läßt allerdings den Eindruck aufkommen, als hätten es die Frankfurter Währungshüter mit einer weiteren Zinsermäßigung keineswegs eilig.

Dafür könnten sie auch gute Gründe anführen, zumindest, was das Argument angeht, die niedrige Inflationsrate erlaube eine weitere Zinssenkung. Denn das ist trügerisch. Die Dollarabwertung und der Ölpreisverfall drücken zwar auf die Preise. Ohne diese freundlichen Sondereffekte läge die Geldentwertungsrate jetzt bei etwa 2,5 Prozent, einer Zahl, die den tatsächlichen längerfristigen Trend anzeigt. Dieser Verbilligungseffekt ist in spätestens einem Jahr statistisch „verfrühstückt", wenn man dann das Verbraucherpreisniveau mit dem heutigen vergleicht. Daran kann die Bundesbank nicht vorbeisehen.

AUF EIN WORT

„Gerade für uns Deutsche, die wir nicht über allzuviel natürliche Ressourcen verfügen, ist es von entscheidender Bedeutung, wie wir unsere junge Generation fördern und ausbilden. Nur über diesen Weg können wir der nachwachsenden Generation und damit letztlich uns allen eine gute wirtschaftliche Zukunft sichern."

Prof. Dr. Achim Zink, Vorsitzender des Vorstandes der Badenia Bausparkasse, Karlsruhe FOTO: MORITZ HUNZINGER

Weniger Geld nach Brüssel

Ha. Brüssel

Die EG-Staaten dürfen den strittigen Teil ihrer Finanzleistungen an die Gemeinschaft so lange zurückhalten, bis der Europäische Gerichtshof (EuGH) über ihre Klage gegen das Europaparlament entschieden hat. In einer einstweiligen Anordnung hat der Präsident des EuGH auf britisches Ersuchen ferner die EG-Kommission verpflichtet, in dieser Entscheidung von entsprechend geringeren Ausgabenansätzen im Haushalt auszugehen. Der Rechtsstreit zwischen den EG-Institutionen geht darum, ob das Parlament berechtigt war, vom Rat abgelehnte Ausgabensteigerungen von rund 1,36 Milliarden DM zu beschließen und danach den Gesamtetat in Kraft zu setzen. Das Urteil wird im Juli erwartet.

UMWELT

SPD: Entschärfung von Altchemikalien

A. G. Bonn

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion will durchsetzen, daß die über 90 000 Altchemikalien in ihrer Wirkung auf Umwelt, Gesundheit und Arbeitssicherheit untersucht und bewertet werden. Etwa 900 Altchemikalien seien hochgefährlich und müßten durch andere Stoffe ersetzt oder schärferen Sicherheitsvorschriften unterworfen werden. Diese Forderung ist Bestandteil eines parlamentarischen Antrages, den die SPD-Fraktion nach über einjähriger Vorbereitung jetzt als „Konzept für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik" in den Bundestag eingebracht hat.

Die SPD bestreitet nicht den „aus der Anwendung chemischer Technologien und Produkte entstehenden gesamtgesellschaftlichen Nutzen". Die chemische Industrie habe wesentlichen Anteil an der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung und am gestiegenen Lebensstandard der Arbeitnehmer. Trotzdem müßten, wie es heißt, die mit dem intensiven Einsatz chemischer Verfahren und Produkte verbundenen Gefahren noch deutlicher als in der Vergangenheit berücksichtigt werden. Unter anderem fordert die SPD ein Verbot der Freisetzung von krebserzeugenden Stoffen.

NEUE HEIMAT

DGB versucht Rechtfertigung

DW. Düsseldorf

Mit einem großangelegten Rechtfertigungsversuch will der DGB als Eigentümer der Neuen Heimat (NH) von den eigentlichen Schwierigkeiten und den Diskussionen um den Verkauf von Wohnungen an kommunale und landeseigene Wohnungsgesellschaften sowie an derzeitige Mieter ablenken. Ein intern im DGB kursierendes Argumentationspapier mit dem Titel „Tatsachen über die Neue Heimat" räumt Fehleinschätzungen des NH-Managements hinsichtlich der künftigen Wohnungsnachfrage, der Folgen des degressiven Förderungssystems und der ausgegebenen Wirtschafts-, Wachstums- und Einkommensprognosen ein, „die einfach nicht geleugnet werden können".

Die Schwierigkeiten der Neuen Heimat seien dem DGB seit 1982 bekannt. Die NH habe zwar 18 Mrd. DM an Fremdmitteln aufgenommen, denen jedoch Vermögenswerte von mehr als 22 Mrd. DM bei 260 000 Wohnungen gegenüberstehen. Aus Sorge um die Mieter, aus Zeit- und Preisgründen, sollten sie nicht in privatwirtschaftlich möglicher Sanierung über den Immobilienmarkt verkauft, sondern an gemeinnützige Unternehmen vermittelt werden. Die NH habe genügend Reserven für die Sanierung aus eigener Kraft.

US-KONJUNKTUR

Folgen des Ölpreisverfalls überdecken positiven Trend

Sbt. Washington

Der Schatten, der auf die US-Konjunktur gefallen ist, wird länger. Wie die Notenbank in Washington mitteilte, sank die Kapazitätsauslastung im Februar um ungewöhnliche 0,6 auf 80 Prozent. Vorausgegangen waren so düstere Signale wie der Rückgang der führenden Indikatoren, der Beschäftigung, der Einzelhandelsumsätze, der Aufträge und der Industrieproduktion, die alle in den ersten beiden Monaten dieses Jahres ein Minus aufwiesen. Mit Unwettern und dem harten Winter allein sind die deutlichen Schwächen nicht mehr zu erklären, wenn auch die März-Daten besser ausfallen werden.

Unter den privaten Konjunkturinstituten in den USA bildet sich bereits ein Konsens heraus, wonach das wirtschaftliche Wachstumstempo im ersten Halbjahr 1986 real nur zwei bis 2,5 (1985: 2,4) Prozent ausmachen wird. In den folgenden sechs Monaten soll die Wertschöpfung dann um vier bis 4,5 Prozent zunehmen. Als Bremse wird immer wieder der Investitionsausfall in der US-Ölindustrie genannt, der für 1986 auf 34 Milliarden Dollar veranschlagt wird. Das heißt, die negativen Folgen des Ölpreisverfalls werden sofort, die gesamtwirtschaftlich positiven erst mit großer Verzögerung wirksam.

Diese Entwicklung bestätigt der Auslastungsindex. Er sank im Februar im Bergbau, zu dem auch die Ölförderung zählt, um starke 2,4 Prozent, während sich die Auslastung im verarbeitenden Gewerbe um 0,6 Prozent verringerte und bei den Versorgungsgesellschaften um 1,1 Prozent verbesserte. Insgesamt liegt der Index um rund zwei Prozent unter dem letzten Hoch vom Boomjahr 1984.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Neue Wertpapierpensionen

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft neue Wertpapierpensionen in Höhe von 9,4 Mrd. DM zum Zinssatz von 4,30 Prozent für 35 Tage. Wie die Bundesbank auf Anfrage erklärte, gingen bei der Ausschreibung dieser Wertpapierpensionsgeschäfte mit einem Mindestbietungszins von 4,30 Prozent insgesamt 13,9 Mrd. DM Gebote ein, von denen dann 9,4 Mrd. DM ebenfalls zu 4,30 Prozent den Banken zugeteilt wurden. Mit der Gutschrift dieser neuen Wertpapierpensionsgeschäfte heute müssen die Banken 6,6 Mrd. DM auslaufende Wertpapierpensionen an die Bundesbank zurückzahlen, die vor einem Monat noch zum Zins von 4,50 Prozent gewährt worden waren.

Hilfsprogramm gefordert

Tokio (VWD) – Japans Ministerpräsident Nakasone hat sein Kabinett aufgefordert, ein Programm auszuarbeiten, das Hilfen für Unternehmen beinhaltet, die besonders schwer unter der Yen-Aufwertung leiden. Ein solcher Schritt erscheine notwendig, da eine wachsende Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen wegen der Einbußen im Export von Zahlungsschwierigkeiten bedroht sei. Die Wirtschaftsplanungsbehörde Epa soll Vorschläge ausarbeiten, wie die steigenden Gewinne der Elektrizitätsunternehmen und Importbranchen, die von den Wechselkursveränderungen profitieren, zur Finanzierung des Hilfsprogramms verwendet werden könnten.

Rücktritt in Paris

Paris (AFP) – Der erste Vizepräsident des französischen Unternehmerverbandes CNPF, Yves Chotard, ist von seinem Posten zurückgetreten. Als Begründung für diesen Schritt gab er Gegensätze mit dem Arbeitgeberpräsidenten Yvon Gattaz an.

ERP-Zinsen gesenkt

Bonn (AP) – Das Bundeswirtschaftministerium hat mit Wirkung vom 18. März die Zinsen in den ERP-Darlehensprogrammen linear um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Wie das Ministerium mitteilte, betragen die neuen Zinssätze in Berlin 3,5 Prozent, im Zonenrandgebiet 4,5 Prozent, im übrigen Bundesgebiet 5,5 Prozent und für Vorhaben des Umweltschutzes und für Gemeindeinvestitionen 5,0 Prozent.

Mehr Strom verbraucht

Frankfurt (AP) – Die Kältewelle im Februar hat nach Angaben der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke zu einem um 4,9 Prozent höheren Stromverbrauch als im Vorjahresmonat geführt. Insgesamt wurden 31,6 Mrd. Kilowattstunden verbraucht worden.

Intherm eröffnet

Stuttgart (dpa/VWD) – Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) erwartet durch steuerliche Begünstigungen bei der Heizungsmodernisierung nachhaltige Impulse beim Abbau der Umweltbelastung. Zur Eröffnung der 19. Internationalen Fachmesse Energie und Technik, Intherm '86 (bis 22. März), sagte der Minister in Stuttgart, es gebe bundesweit rund fünf Millionen technisch veraltete Kesselanlagen. Mit über 500 Ausstellern ist die Intherm '86 die bedeutendste internationale Fachmesse für Feuerungstechnik in diesem Jahr in Europa.

Noch kein Beschluß

Bonn (A.G.) – Die Koalitionsrunde unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern einen Bericht Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemanns über die Notwendigkeit einer Anhebung des „Kohlepfennigs" auf über 4,5 Prozent entgegengenommen, aber erwartungsgemäß noch keinen Beschluß über Umfang und Zeitpunkt der Erhöhung gefaßt. Das verlautete von beteiligter Seite in Bonn. Wie die WELT berichtet hatte, soll vor einer Neufestsetzung dieser Abgabe die Ölpreisentwicklung im März und April abgewartet werden.

EUROPÄISCHE RAUMFAHRT

Lenzer warnt vor einem Verzicht auf „Hermes"

A. G. Bonn

Nach Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) hat sich nun auch der forschungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Christian Lenzer, in die Diskussion um den von Frankreich geplanten Raumgleiter „Hermes" eingeschaltet. Gegenüber der WELT warnte Lenzer nachdrücklich vor einem deutschen Verzicht auf eine Beteiligung an diesem Projekt, denn ohne „Hermes" sei die Europarakete „Ariane V" nur die Hälfte wert.

Die angestrebte Unabhängigkeit der europäischen Raumfahrt sei nur erreichbar, wenn Europa ohne die USA die Fähigkeit zum Transport von Personen und Nutzlasten in die Umlaufbahn und zurück zur Erde beherrsche. „Hermes" bedeute auch kein Nachahmen eines US-Systems. Ein relativ leichter und kleiner „Hermes" auf der Spitze einer „Ariane V" biete Möglichkeiten zur Übernahme der in den USA erprobten Sicherheitsmaßnahmen, während der Zwang zur Automation einen Technologieschub auslösen würde, der unter anderem auch irdischen Anwendungen zugutekommen könne.

Den Bonner Ressortstreit um die Finanzierung versteht Lenzer nicht. Angesichts der – auch von der deutschen Industrie betonten – Wichtigkeit von „Hermes" sollte für den Fall, daß Bundesfinanzminister Stoltenberg keine Extramittel gibt, Bundesforschungsminister Riesenhuber selbst in der Lage sein, durch Umschichtungen in seinem Haushalt die maximal 60 Millionen Mark für die Vorbereitungsphase bereitzustellen. Im übrigen glaubt Lenzer, daß in absehbarer Zeit ein Kabinettsbeschluß zustandekommt, mit dem die „Hermes"-Finanzierung geregelt wird.

SMH-PROZESS / Mitgesellschafter Lampert wegen schweren Betrugs verurteilt

Graf Galen allein auf der Anklagebank

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Zu drei Jahren und sieben Monaten Haft wegen schweren Betrugs in zwei Fällen hat das Frankfurter Landgericht gestern Hans Lampert, ehemaliger Mitgesellschafter der SMH-Bank, verurteilt, nachdem sein Verfahren zuvor von dem gegen Ferdinand Graf von Galen abgetrennt worden war. Lampert wird vorgeworfen, im Frühjahr 1983 mehrere Banken betrügerisch zur Beteiligung an 85 Millionen Mark Refinanzierungskrediten an den später zusammengebrochenen Esch-Konzern veranlaßt zu haben. Außerdem habe er unmittelbar vor dem Beinahe-Zusammenbruch der SMH-Bank noch Tagesgeld von anderen Banken aufgenommen, obwohl schon absehbar gewesen sei, daß diese Gelder nicht mehr zurückgezahlt werden konnten.

Nachdem gegen die beiden früheren SMH-Bankiers Wolfgang Stryj und Hans-Hermann Münchmeyer bereits im Januar Haftstrafen verhängt worden waren, sitzt künftig Ferdinand Graf von Galen allein auf der Anklagebank im SMH-Prozeß. Der Graf, der mit einem Kapitalanteil von 40 Prozent Hauptgesellschafter der Bank war, ist in den Augen der Staatsanwaltschaft auch der Hauptverantwortliche für das Desaster der SMH-Bank, die sich mit ungesicherten Krediten an die Gruppe des Pleitiers Horst Esch übernommen hatte.

Galen und seine Verteidiger bestreiten diese Rolle freilich schon seit Beginn des Prozesses vehement. Ihre Strategie läuft darauf hinaus, den Grafen, der nach außen als Sprecher der Bank auftrat, als den lediglich für das nach dem Urteil aller Experten hervorragende Wertpapiergeschäft der Bank Verantwortlichen aus der Schußlinie zu ziehen, was die Staatsanwaltschaft zu der süffisanten Bemerkung veranlaßte, Galens Wissensstand scheine unter dem eines Pförtners gelegen zu haben.

Es wird vermutlich noch Monate dauern, bis das Gericht endgültig Klarheit in den Dschungel der Verantwortlichkeiten bringt. Diverse Zeugen werden im April vernommen, darunter auch Horst Esch und der frühere Chef der zu seinem Konzern gehördenden Wibau, Horst Spicka, die beide schon einsitzen. Während der letzten Verhandlungstage vor dem Frankfurter Landgericht ließen Aussagen Lamperts und ehemaliger Mitarbeiter der Bank einige Zweifel aufkommen, ob Graf von Galen wirklich von vielem, was in seiner Bank geschah, keine Ahnung gehabt hat, obwohl er alle die dubiosen Kredite mitunterschrieben hat.

Trotz des Schadens, den der Graf in der Bankwelt angerichtet hat, gilt er in den Augen von Bankiers nicht als Betrüger im landläufigen Sinne, der andere bewußt schädigen wollte.

STEUERRÜCKSTÄNDE / Quote erstmals gesunken

Bessere Zahlungsmoral

SABINE RICHTER, Bonn

Der anhaltende Konjunkturanstieg und eine bessere Ausstattung der Unternehmen mit flüssigen Mitteln haben offenbar dazu geführt, daß die Wirtschaft 1985 weniger säumig bei Steuerzahlungen war als in den Vorjahren. Zum ersten Mal seit 1978 ist deshalb die Steuerrückstandsquote in der Bundesrepublik wieder gesunken. Die gesamten Steuerrückstände stiegen im Jahre 1985 zwar auf 17,23 Mrd. DM (1984 waren es 16,93 Mrd.), haben aber mit plus 1,8 Prozent, das sind 298 Mill. DM, deutlich langsamer zugenommen als das Kassensoll mit plus 4,7 Prozent. Seit 1979 hatte sich die Rückstandsquote – definiert als Anteil der gesamten Steuerrückstände am Kassensoll – schrittweise erhöht. Das Kassensoll ergibt sich aus dem Anfangsbestand an Rückständen am 1. Dezember des Vorjahres und aus den in den folgenden zwölf Monaten bei den Finanzkassen erfolgten Sollstellungen von Steuern. Offenbar hat sich die Ausstattung der Wirtschaft mit Liquidität deutlich verbessert, so daß die Rückstandsquote von 5,75 Prozent am Vorjahresstichtag auf 5,59 Prozent am 30. November 1985 sank.

Die „echten Rückstände", also Rückstände, die nicht gestundet sind oder bei denen berechtigte Aussicht auf Stundung besteht, haben sich nun schon im zweiten Jahr nach ihrem bisherigen Höchststand von 9,5 Mrd. DM am 30. November 1983 auf nunmehr 8,6 Mrd. DM verringert. Der Abbau von 0,9 Mrd. DM steht aber nur begrenzt als Haushaltsreserve zur Verfügung, da ein erheblicher Teil der echten Rückstände vor Beginn des Berichtszeitraumes fällig war.

Erfahrungsgemäß schwankt die Entwicklung von Rückständen und kassenmäßigem Aufkommen mit der Konjunktur. Während die Rückstände zwischen 1970 und 1975 dreimal so schnell wie Kassensoll und kassenmäßiges Aufkommen stiegen, konnte mit dem konjunkturellen Aufschwung zwischen 1976 und 1979 eine starke Mäßigung im Entwicklungstempo der Rückstände erreicht werden, die in den Jahren danach wieder von einer leicht überproportionalen Zunahme der Rückstände abgelöst wurde.

In der Erhebung erfaßt sind die Bundes- und Landessteuern, die von den Finanzämtern erhoben werden. Nicht erfaßt sind die über die Bundeskassen entrichteten Steuern (Einfuhrumsatzsteuern, Zölle, Verbrauchssteuern) und die Gemeindesteuern. Zusammen sind das ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen.

Rückgänge ergaben sich vor allem bei der Lohnsteuer, bei der Umsatzsteuer, Vermögenssteuer und der Erbschafts- und Gesellschaftssteuer. Dagegen stiegen die Rückstände bei der veranlagten Einkommensteuer (185 Mill. DM) und der Körperschaftssteuer (124 Mill DM) an.

Der Anteil der echten Rückstände an den Gesamtrückständen betrug am 30. November 1985 bei der Lohnsteuer 75,3 Prozent, bei der veranlagten Einkommensteuer 39,2 Prozent, bei der Umsatzsteuer 74,7 Prozent und bei der Kraftfahrzeugsteuer 92,0 Prozent.

TÜRKEI / Die akute Devisenknappheit zwang die Regierung Özal zum Handeln

Freie Kursbildung wird aufgegeben

E. ANTONAROS, Ankara

Die am Wochenende überraschend erfolgte Abwertung der türkischen Währung gegenüber allen westlichen Währungen um fünf bis 6,8 Prozent ist eine deutliche Abkehr von der liberalen Devisenpolitik, die die Regierung von Turgut Özal seit Jahren angewandt hat. Aufgrund der neuen Paritäten ist eine Mark 285 statt wie bisher 267 Lira wert.

Ankaras Zentralbank, die den Terminus Abwertung mit Entschiedenheit zurückweist und beschwichtigend von einer „Kursanpassung" spricht, hat ebenfalls von den kommerziellen Bankinstituten das erst im Sommer vergangenen Jahres zugestandene Recht zurückgenommen, ihre Devisenkurse selbständig zu gestalten. Die Bankenkurse dürfen künftig nur noch maximal um ein Prozent von den Notenbankkursen abweichen.

Diese Kursänderung kommt einem Bruch mit der liberalen Devisen- und Handelspolitik gleich, die Özal seit 1981 konsequent angewandt hat. Bereits vor fünf Jahren hatte er die bisher in der Türkei unbekannte freie Kursgestaltung eingeführt, um den in regelmäßigen Zeitabständen auftretenden Abwertungen ein Ende zu setzen. Durch die Freigabe der Kurse im Juli 1985 wollte er seine Devisenpolitik zusätzlich liberalisieren.

Daß er jetzt diese Entscheidung wieder rückgängig machen mußte, ist darauf zurückzuführen, daß es in der Türkei eine von fast allen Seiten erkannte, aber von der Zentralbank entschieden bestrittene Devisenknappheit gibt. Sie ist weitgehend dadurch entstanden, daß die Deviseneinnahmen in den letzten drei Monaten stagnieren, während die meisten Banken im Zuge der Liberalisierung des Außenhandels ihre Devisenreserven für die Vorfinanzierung von Importen verwendet haben.

Um die dadurch entstandene Lücke zu schließen und zahlungsfähig zu bleiben, hatten zahlreiche kommerzielle Bankinstitute im Laufe der letzten Monate ihre Kunden mit verlokkenden Devisenkursen geködert, die in einigen Fällen um sechs Prozent über den Notenbankparitäten lagen. Ebenfalls zahlen sie für Termineinlagen in ausländischer Währung Zinsen, die um mehrere Prozentpunkte über den international üblichen Sätzen liegen.

Weil immer mehr Türken von diesen besonders attraktiven Angeboten Gebrauch machen, entstand ein großes Loch in der Devisenkasse der Staatsbank. Hinzu kam ebenfalls, daß sich der Rhythmus der Gastarbeiterüberweisungen in letzter Zeit erheblich verlangsamt hat. Daher mußte Özal nun handeln und seine Politik korrigieren. Die Meinungen der Experten gehen allerdings darüber auseinander, ob diese Kurskorrektur letzten Endes erfolgreich sein wird. Viele Kenner der Situation plädieren inzwischen dafür, daß die Zentralbank auf ihre Devisenrücklagen (amtlicher Stand Anfang März: 1,7 Mrd. Dollar) zurückgreifen sollte, um die Devisenknappheit zu beseitigen. Andere Fachleute sind dagegen der Meinung, daß die Notenbank damit sehr sparsam umgehen sollte.

Fraglich ist auf jeden Fall, ob die nun erfolgte Intervention der Notenbank die Kursgestaltung der ausländischen Währungen stabilisieren und Deviseninhaber dazu bringen wird, ihre harte Währung zum offiziellen Kurs zu wechseln. Eher sieht es danach aus, daß künftig der schwarze Devisenmarkt aufs neue florieren wird. Bereits Anfang dieser Woche waren Devisenhändler in Istanbul bereit, für schwarz getauschte Dollar oder Mark bis zu sechs Prozent mehr zu zahlen.

Neuer Rentenfonds für Vorsichtige

cd. Frankfurt

Zum Preis von 85 Mark je Anteil legt die Union-Investment-Gesellschaft einen internationalen, die Erträge thesaurierenden Rentenfonds „Unikapital" auf, der Renten mit Laufzeiten bis zu maximal drei Jahren kauft und der auch Anleihen mit variablem Zins (Floater) erwerben soll. Dieser Fonds, dessen Anlageschwerpunkt D-Mark-Titel bilden werden, ist vor allem für Zeiten konzipiert, in denen die Zinsen möglicherweise wieder steigen; die kurze Laufzeit der Renten und die Aufnahme von Floatern soll den Fonds dann gegen Kursverluste unempfindlicher machen. Optisch wird dieser Effekt noch durch die Einbehaltung der Erträge verstärkt. Geschäftspolitisch steht hinter dem Unikapital die Idee, eine „Parkstation für Umsteiger" zu schaffen. Die Zeichnung läuft vom 24. März bis zum 18. April. Bis zum 2. Mai gibt es ein Prozent Einführungsrabatt.

BEIERSDORF / Weltweit 15 000 Mitarbeiter beschäftigt

Den Jahresüberschuß gehalten

JB. Hamburg

Die Hamburger Beiersdorf-Gruppe, deren bekannteste Produkte Nivea und Tesa sind, hat 1985 die weltweite Expansion fortgesetzt. Wie aus einem Aktionärsbrief hervorgeht, ist der Weltumsatz um 9,3 Prozent auf 2,9 Mrd. DM gestiegen. Das Inland war daran mit einer Steigerung um 9,3 Prozent auf 1,2 Mrd. DM in gleicher Höhe beteiligt wie das Auslandsgeschäft; hier weitete Beiersdorf das Volumen trotz sinkenden Dollarkurses um 9,3 Prozent auf 1,7 Mrd. DM aus. Der weltweite Gruppenumsatz mit Beiersdorf-Produkten einschließlich der Anteile der 50-Prozent-Beteiligungen und der Verkäufe von Lizenznehmern erhöhte sich um 9,2 Prozent auf 3,3 Mrd. DM.

Zur Ertragslage teilt der Vorstand mit, daß der Jahresüberschuß des Inlandskonzerns etwa die gleiche Höhe wie 1984 erreichen wird. Im Vorjahr hatte Beiersdorf in der Weltbilanz einen Überschuß von 81 Mill. DM und in der AG von 49 Mill DM ausgewiesen. Die Dividende war zum zweiten Mal in Folge auf 9,50 DM erhöht worden. Gemessen an einem Nettogewinn von 62 Mill. DM bei der AG betrug die Rendite 4,4 Prozent. Vom weltweiten Umsatz verdiente Beiersdorf 3,8 Prozent. An dem Wachstum im Berichtsjahr waren nach Angaben der Verwaltung die vier großen Sparten cosmed, tesa, pharma und medical etwa gleichmäßig beteiligt. Die Investitionen bleiben im Inland mit 111 Mill. DM auf Vorjahreshöhe. Weltweit dürfte Beiersdorf rund 200 Mill. DM eingesetzt haben.

Das wachsende Geschäft hat auch zu einer Aufstockung der Belegschaft geführt. Weltweit beschäftigte Beiersdorf mit 14 906 Mitarbeitern 4,8 Prozent mehr. Allein im Inland schuf das Unternehmen 387 neue Arbeitsplätze. Die Belegschaft stieg auf mehr als 8000.

SCHIFFAHRT / Jahresbericht von Lloyd's Register

Welthandelsflotte schrumpft

fu. London

Die Welthandelsflotte ist 1985 im dritten Jahr hintereinander geschrumpft. Wie es im Jahresbericht von Lloyd's Register of Shipping heißt, hat sich die Tonnage aller existierenden Handelsschiffe zum Ende vergangenen Jahres auf 416,5 Millionen Bruttoregistertonnen (BRT) und damit auf das Niveau von 1980 verringert. Lloyd's Register ist die führende Klassifikationsgesellschaft der Welt.

Während im vergangenen Jahr Schiffsneubauten mit insgesamt 18 Mill. BRT abgeliefert wurden, stieg gleichzeitig die Tonnage abgewrackter Handelsschiffe von 17,751 auf 20 Mill. BRT. Ein anhaltender Schrumpfungsprozeß ist Lloyd's Register zufolge schon vorgegeben. Wie Chairman Macleod betonte, wurden im letzten Jahr 17 Prrozent weniger Handelsschiff-Neubauten auf den Werften der Welt in Auftrag gegeben als im Jahr zuvor: Die Tonnage neu in Auftrag gegebener Handelsschiffe fiel von 15,6 Mill. BRT auf 13 Mill. BRT im vergangenen Jahr.

Angeführt wird die Liste der größten Handelsschiffsflotten unverändert von Liberia, wobei die unter der Flagge dieses Landes fahrende Tonnage allerdings erheblich zurückging, nämlich von 62,025 Mill. BRT 1984 auf 58,180 Mill. BRT im letzten Jahr. Auf Platz zwei konnte sich Panama mit einem Tonnage-Anstieg von 37,244 auf 40,674 Mill. BRT vorschieben, während Japan mit 39,940 (40,358) Mill. BRT auf Platz drei zurückfiel.

Die Handelsflotte der Bundesrepublik rutschte Lloyd's Register zufolge vom 17. auf den 18. Platz ab, indem sich die Tonnage von 6,242 auf 6,177 verringerte. Die britische Handelsflotte verschlechterte sich mit einem Rückgang von 15,874 auf 14,544 Mill. BRT vom achten auf den neunten Rang.

Einen erheblichen Tonnage-Rückgang mußte auch die mit Abstand größte europäische Handelsschiffsnation Griechenland hinnehmen, nämlich von 35,059 auf 31,032 Mill. BRT, wobei sich aber am vierten Rang in der Liste der größten Handelsschiffsflotten nichts änderte. Die auf deutschen Werften in Auftrag gegebene Neubautonnage erhöhte sich 1985 gegenüber dem Vorjahr von rund 500 000 auf 690 000 BRT. Die tonnagemäßig größte Auftragsvergabe stammte im vergangenen Jahr von in Panama registrierten Reedereien mit 2,727 Mill. BRT.

NAMEN

Bernhard Kapp, Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) und persönlich haftender Gesellschafter der Werkzeugmaschinenfabrik Kapp & Co., wird heute 65 Jahre.

Hanskarl Steinhäuser, Geschäftsführer des Verbandes der Korbwaren-, Korbmöbel- und Kinderwagenindustrie, Coburg, vollendete am 18. März 1986 das 65. Lebensjahr.

Arno Mock (64), Geschäftsführer der A. Friedrich Flender GmbH & Co. KG, Bocholt, wurde Nachfolger von **Erich Menzel** als Vorsitzender des Rationalisierungs-Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RWK) e. V.

Dr. **Arend Oetker**, Bad Schwartau, seit der Gründung der Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuß e. V. (ANG), Bonn, im Oktober 1977 deren Vorsitzender, hat am 17. März den Vorsitz niedergelegt, da er das Amt des Vorstandsvorsitzenden der Otto Wolff AG, Köln, übernehmen wird. Zu seinem Nachfolger wurde **Siegfried Stocker** (41), Hofpfisterei Ludwig Stocker, München, gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden **Dr. Uwe Paulsen**, Hamburg, und **Dieter Tatje**, Bielefeld.

Dr. Carl S. Groß, Vorstandsvorsitzender der Oldenburgischen Landesbank AG, wird im Zusammenhang mit der Neugliederung der Beteiligungsverhältnisse Ende März aus der Bank ausscheiden. Dr. **Hubert Forch** wurde zum Sprecher des OLB-Vorstandes bestellt.

Philipp Sommer (49) wird am 1. April 1986 stellvertretendes Vorstandsmitglied der WWK Lebensversicherung a.G., München.

Walter Hiller, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Volkswagen AG, ist als Nachfolger des kürzlich verstorbenen **Siegfried Ehlers** zum Betriebsratsvorsitzenden des Wolfsburger VW-Werkes gewählt worden.

Josef Wagner, Vorstandsmitglied der Held & Francke Bau-AG, München, ist am 9. März im Alter von 62 Jahren gestorben.

WELT-Korrespondenten berichten von der CeBIT

MCS – SEL – Sperry – Telenorma

In die Jubelstimmung mischen sich erste kritische Stimmen. Kleinere Software-Firmen beklagen die unübersichtliche Schwerpunktbildung in den Messehallen. Verschiedene Aussteller der Büroindustrie haben sogar angekündigt, nicht mehr nach Hannover kommen zu wollen; sie sehen ihren künftigen Platz in Frankfurt. Die Messe-Verantwortlichen argumentieren, erst in zwei Jahren werde man CeBIT voll im Griff haben. Zu hoffen ist, daß der Schaden bis dahin begrenzt bleibt.

Mittelstand im Visier

In der Bundesrepublik Deutschland zählen gut 90 Prozent aller Unternehmen zu den kleinen und mittleren Firmen. Sie beschäftigen über 60 Prozent aller Mitarbeiter, und ihr zusammengefaßter Umsatz macht mehr als 50 Prozent der Gesamtumsätze der Wirtschaft aus. Diese große Zielgruppe hat sich ein kleines Systemhaus (Marcus Computer Systeme GmbH) aus Meckenheim bei Bonn ausgesucht, um „zu einem finanzierbaren Preis-Leistungs-Verhältnis" sowohl für den Ein-Mann-Betrieb als auch für Unternehmen mit 300 Mitarbeitern computerunterstützte Fertigungslösungen (CIM) anzubieten.

Auf der CeBIT präsentiert sich das Unternehmen zum ersten Mal mit seinem CIM-Mittelstandskonzept, das nach Angaben des Geschäftsführers Roy Marcus „alles aus einer Hand" offeriert: Hardware, Standard- und Individualsoftware sowie Beratung und Schulung. Auf der Basis von IBM Hardware liefert MCS fertige Software für die Bereiche Entwicklung und Konstruktion (CAD), Fertigung (CAM), Produktionsplanung und Steuerung mit Materialwirtschaft (PPS) und Betriebsdatenerfassung (BDE).

Das Unternehmen ist erst 1982/83 von dem Engländer Roy Marcus (damals auch einziger Mitarbeiter) gegründet worden. Bis zum Geschäftsjahr 1985 stieg der Umsatz – bei nun 18 Beschäftigten – auf 3,5 Mill. DM. Für 1986 sind rund 7 Mill. eingeplant.

Der Erfolg kam mit der Erfindung von „Superdraft", einem computerunterstützten zweidimensionalen Hochleistungs- und Konstruktions-Zeichensystem für den konstruktiven Maschinenbau, die Hydraulik und Pneumatik. Die Hauptaufgabe des Systems ist es, die mit hohen Kosten verbundenen ständigen Wiederholungen im Bereich technisches Zeichnen zu vermeiden. Darin integriert werden können Prozessoren für Drehen, Fräsen, Bohren und Stanzen.

„Wir könnten schon heute bei gut 20 Mill. DM liegen", meint Marcus, „aber unser Vertrieb ist noch zu klein." Dennoch hat MCS bereits 225 Systeme für die Branchen Maschinen- und Werkzeugbau verkauft. Den Auftragsbestand gibt Marcus mit zur Zeit 2 Mill. DM an. Gegenüber dem Vorjahr bedeute dies ein Zuwachs um rund 40 Prozent.

Pro Monat werden im laufenden Jahr vier bis maximal sechs Projekte (je 50 000 bis 200 000 DM) abgewickelt, zu mehr reiche die Kapazität nicht. Der Schwerpunkt des Geschäfts liegt in Nordrhein-Westfalen. Die Konzentration der mittelständischen Maschinenbau-Fertigung im Stuttgarter und im Bielefelder Raum hat aber auch dort zahlreiche Kunden für MCS gebracht. In logischer Konsequenz unterhält das Unternehmen deshalb Zweigstellen in diesen „Ballungsgebieten".

HENNER LAVALL



Schüler lernen Computer bauen

FOTO: MANFRED WIENHÖFER/NOVUM

„Task-Force" für Automation

Mit einem Umsatz von über 700 (650) Mill. DM wird die Sperry GmbH, Sulzbach, voraussichtlich das Geschäftsjahr 1985/86 (31. März) abschließen. Beim Gewinn vor Steuern erwartet das Unternehmen lediglich einen leichten Anstieg auf etwas über 100 (99) Mill. DM. Für das kommende Geschäftsjahr hat sich die Gesellschaft zum Ziel gesetzt, den Umsatz in etwa auf Vorjahresniveau zu halten. Das entspräche real einer Umsatzsteigerung, da 1986/87 der Umsatzanteil der Sperry New Holland, die an Ford verkauft wurde, fehlen wird. Außerdem werde das Ergebnis 1985/86 durch die Abrechnung eines Großauftrags atypisch beeinflußt, dessen Abwicklung über mehrere Jahre gelaufen sei. Beim Auftragseingang rechnet Sperry für 1986/87 mit einem Anstieg um 16 Prozent.

Als besonderes Ziel hat sich Sperry für das neue Geschäftsjahr vorgenommen, im indirekten Vertrieb (z. B. über Software- und Systemhäuser) den Umsatz und Auftragseingang zu verdoppeln. Das gilt vor allem für die Unix-Systeme 5060 und 5080. Durch Produktverbesserung und Erweiterung der Produktpalette soll das Neukundengeschäft im mittleren und unteren Produktbereich verbessert werden. Im direkten Geschäft ist vorgesehen, die Kooperation mit Softwarehäusern, besonders im technisch-wissenschaftlichen Bereich, bedeutend zu erweitern.

Darüber hinaus denkt man bei Sperry darüber nach, einen eigenen Vertriebsbereich für den Sektor Büroautomation zu schaffen, wo man trotz der besonderen Präsenz von Digital Equipment, Wang und Data General Absatzchancen sieht. Eine „Task-Force" besteht für diesen Sektor bereits. Für den Welt-Bereich steht bei Sperry die Ankündigung zweier neuer Produkte (eines im oberen Marktsegment sowie ein 32-Bit-Rechner im mittleren Segment) unmittelbar bevor. (VWD)

Kopierermarkt hart umkämpft

Die U-Bix International GmbH, Hamburg, eine Tochtergesellschaft der japanischen Konzerne Konishiroku Photo Industries und der Mitsubishi Corp., hat auf dem europäischen Kopierermarkt überdurchschnittlich abgeschnitten. Für den Gesamtumsatz wird im Geschäftsjahr 1985/86 ein Plus von 23 Prozent auf 258 Mill. DM angegeben. Das Wachstum ist vor allem im Ausland erzielt worden. Nach einem Jahr der Konsolidierung weitete U-Bix International das Auslandsgeschäft um 60 Prozent auf 90 Mill. DM aus. Das gute Ergebnis habe U-Bix durch intensive Verkaufsförderung und die Einführung größerer, höherpreisiger Kopiergeräte erreicht.

Auf dem schwierigen und hart umkämpften Inlandsmarkt gibt U-Bix die Steigerung des Umsatzes mit 21,4 Prozent auf 156 Mill. DM an. Absatzerfolge und Marktausweitung seien am Kopierermarkt nur über eine ausgereifte Vertriebs- und Service-Organisation noch möglich. Parallel zum Kopierermarkt hat sich U-Bix im Bereich der Büro-Automation und -Kommunikationstechnik etabliert.

Die Planungen für 1986/87 bleiben optimistisch. Der Gesamtumsatz soll auf 275 Mill. DM steigen; davon werden 185 Mill. DM (plus 18,6 Prozent) auf das Inland entfallen. Im Zuge des Wachstums hat U-Bix die Belegschaft seit Jahren zügig ausgebaut. Zum Jahresende 1985 beschäftigte das Unternehmen 733 Mitarbeiter; das sind rund 100 mehr als vor einem Jahr.

(J. B.)

Die Post als Starthelfer

Um amerikanische Verhältnisse im Telekommunikationsbereich zu verhindern, ist es notwendig, die Verantwortung für die Netze in den Händen der Postverwaltungen zu belassen. Diese Ansicht vertrat Roland Mecklinger, im Vorstand der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) zuständig für das Ressort Nachrichtentechnik. Zwar seien mit Blick auf die Einführung von ISDN Interessenskonflikte zwischen „Netzbauern und der Daten-Welt" nicht zu vermeiden. Ohne Frage aber werde es eine breite Akzeptanz von ISDN nur dann geben, wenn die Netzinfrastruktur eine flächendeckende Nutzung gewährleiste. Die Post sei gefordert, ihre Gebührenstruktur so anzulegen, daß die Selbstkosten wieder eingespielt werden.

Daneben kommt nach den Worten Mecklingers international gültigen Standards und Normen die wichtigste Rolle zu. Die weltweite Harmonisierung der Dienste sei das A und O für eine breite Akzeptanz. Nur so könne die deutsche Nachrichtentechnik auf dem Weltmarkt bestehen. Die Endgeräte müssen kompatibel, anschaltbar und in vollem Umfang ISDN-fähig sein. Hier liege die Hauptaufgabe der Industrie.

Aufgabe der Post sei es, in der Startphase neuen Diensten den Weg zu ebnen. Dies funktioniere erfahrungsgemäß am besten in der Form, daß die Bundespost eine große Menge ISDN-fähiger Endgeräte (30 000 bis 50 000) erwirbt und auf Mietbasis auf dem Markt anbietet. (dos)

Visitel überträgt Bilder

Die Bosch-Tochtergesellschaft Telenorma, Frankfurt, schon unter ihrem früheren Namen T+N einer der führenden Anbieter im Telekommunikationsbereich, präsentiert auf der CeBIT-Messe Aktivitäten in zwei entgegengesetzten Zielrichtungen. So stieg das Unternehmen einerseits in die Bildkommunikation ein und bietet hier das System Visitel an, mit dem sich farbige Test- und Bewegbilder über eine digitale Leitung preiswert übertragen lassen. Auf der anderen Seite soll jedoch auch der noch sehr entwicklungsfähige Markt in der Dritten Welt nicht vernachlässigt werden.

Der Verbesserung der Infrastruktur dient hier das Projekt „Rural Communications", mit der die Fernsprechverbindungen in ländlichen Gebieten über weite Entfernungen ausgebaut werden können.

Die hier angebotenen Vermittlungen mit jeweils nur 12 oder 36 Anschlüssen pro Einheit lassen sich nicht nur problemlos bedienen und warten, sondern zeichnen sich auch durch einen nur geringen Stromverbrauch aus, die Versorgung kann sogar durch Solargeneratoren erfolgen. Vorgesehen sind diese Systeme vor allem für den Anschluß an schon bestehende Netze in großen Städten.

(hdt.)

Wort-Suche per Computer

Die Suche in einer Datenbank ist relativ einfach. In einer Informationsbank ist dies schwierig, da die Daten durch die innere Organisation der Sprache – Syntax und Semantik – systematisiert sind. Bisher geschah die Recherche per Computer in umfangreichen Speichern über Wortabgleichungen. Das war sowohl räumlich als auch zeitlich ausgesprochen aufwendig.

Auf der Hannover-Messe CeBIT demonstriert jetzt die Entcom Electronics mit dem vom „Privaten Forschungs-Institut für Androiden-Technik" entwickelten System ALD-CG-1 ein Software-Programm, das innerhalb einer Sekunde zielstrebig in einer wie groß auch immer gearteten Informationsbank Stichwort-Umgebungen recherchiert. Dabei sind auch rudimentäre Angaben als Stichwort möglich.

Die Software – sie benötigt weniger als 64 KByte Speicherplatz – fragt über „Baumstrukturen" ein vorhandenes Wörterbuch, ein Telefonbuch oder eine wissenschaftliche Dokumentationsbank ab und analysiert über Indexketten den Ort des Wortes. Die Schnelligkeit wird durch einen patentierten Algorithmus und durch Unterdrückung nichtrelevanter Inhalte wie „und" oder „oder" realisiert.

Das erstaunliche an dieser Software ist jedoch, daß sie auf allen modernen Personal Computern arbeitet und in der günstigsten Version schon für unter 5000 Mark zu erhalten ist.

(HB.)

SIMONBANK / Das Institut will wieder an die alten Dividendensätze anknüpfen

Erfolg mit Spezialisierungskonzept

HARALD POSNY, Düsseldorf

Je erfolgreicher sich das neue Geschäftskonzept der Simonbank AG, Düsseldorf, gestaltet, desto stärker will das zu 97 Prozent der Bayerischen Vereinsbank gehörende Institut wieder an alte Dividendensätze anknüpfen. Nach der 1983 wieder eingesetzten Ausschüttung von sechs Prozent, der 1984 sieben Prozent folgten und der für 1985 jetzt angekündigten acht Prozent, nähert sich die auf Mittelstands- und Außenhandelsfinanzierung sowie Verwaltung von Privatvermögen des gehobenen Genres spezialisierte Bank dem 1978 verlassenen Zehn-Prozent-Satz.

Die von Vorstandsmitglied Klaus Lichtenauer als „wiederum zufriedenstellend" bezeichnete Ertragsentwicklung litt zwar auf der zinsabhängigen Seite unter dem für das ausschließlich kurz- und mittelfristige Geschäft spürbaren Druck auf die Zinsmarge. Der Zinsüberschuß ging so um drei auf 25 Mill. DM zurück, dagegen erhöhte sich der Provisionsüberschuß von 11,5 auf 14,6 Mill. DM. Damit war zwar der Rückgang des Zinsgeschäfts mehr als ausgeglichen, das Betriebsergebnis fiel jedoch auf 11,8 (13,2) Mill. DM. Nach ausreichender Risikovorsorge bleibt neben der Dividende noch 1 (1) Mill. DM für die Rücklagen, so daß die Eigenmittel von 62,5 Mill. DM, davon 32 (30) Mill. DM Grundkapital, 3,5 Prozent der auf 1,79 (1,64) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme ausmachen.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen (2,12 nach 1,95 Mrd. DM) wuchsen stärker als in den Vorjahren. Auf der Aktivseite erhöhte sich das kurz- und mittelfristige Kreditgeschäft sowie der ganz überwiegend aus kurzlaufenden Rentenwerten bestehende Wertpapierbestand auf über 500 Mill. DM. Auf der Passivseite fällt vor allem die starke Zunahme der Kundeneinlagen um 15,6 Prozent auf 784 Mill. DM auf, während die Bankengelder nur unwesentlich auf 851 Mill. DM stiegen.

Im Kreditbereich bildet der Bereich des Handels gut die Hälfte des Gesamtkreditvolumens von 1,06 (0,9) Mrd. DM, 25 Prozent entfallen auf Industrie und Gewerbe. Im Kundenkredit, vor allem im kurz- und mittelfristigen, wuchs die Bank stärker als die Branche. „Wir waren hier sehr fleißig", sagt Lichtenauer und verweist auf rund 100 neue zu den vorhandenen 1000 Firmenkunden. Schwerpunkt des Geschäfts ist der Großraum Düsseldorf.

Besondere Erfolge verzeichnet die Bank im Bereich der Privatkunden-Vermögensverwaltung, wo man eine Zielgruppe mit Depots von über 250 000 DM anpeilt. Rund 850 von 1100 Depots liegen darüber. Schwierigkeiten macht die Verstärkung des notwendigen Beraterstabs. Die Simonbank beschäftigt 218 Angestellte.

WILO / Schöner Markt für Heizungstechnik

Auftrieb mit Produktideen

J. G. Düsseldorf

Wiederum und noch eindrucksvoller als im Vorjahr gegenläufig zum Niedergang der Baukonjunktur hat die von der Dortmunder Wilo-Werk GmbH & Co. KG geführte Gruppe 1985 mit 915 (880) Beschäftigten ihren Umsatz um 10,3 (5) Prozent auf 246 Mill. DM mit etwa 38 Prozent Auslandsanteil gesteigert.

Das 114 Jahre alte Familienunternehmen, das sich zumal mit seinem Hauptprodukt längst zu den führenden Herstellern von Heizungspumpen in Europa zählt, enthüllt mit solchen Angaben erst zwei Drittel seines echten Potentials. Denn außerhalb des Konsolidierungskreises bleibt die Ende 1984 von den beiden Wilo-Geschäftsführern aus Staatsbesitz direkt erworbene Pariser Pompes Salmson SA, die 1985 mit 650 Leuten 370 Mill. F (fast 120 Mill. DM) Umsatz machte. Den Auftrieb der auch in Brüssel und Limerick/Irland produzierenden Gruppe auf dem Gebäude-Heiztechnik-Markt erklärt die Geschäftsführung primär mit eigener Produktinnovation. Hoffnungsträchtig dabei auch die nun angebotene „Wärmeleitzentrale" besonders für Mehrparteien-Privathäuser, die eine aufwandgerechte Heizkosten-Abrechnung für Raumnutzer mit unterschiedlichem Wärmebedarf biete.

„Vorsichtigen Optimismus" zeigt Wilo für 1986. Das riecht bei dieser Firma, die ihren 1985er-Ertrag als „im großen und ganzen zufriedenstellend" umschreibt und allenfalls mit „maschinenbautypischen kaum zwei Umsatzprozenten nach Steuern" präzisiert, eher nach Untertreibung. Denn aus Selbstfinanzierungskraft will man auf dem 1985er-Niveau von 10 (8,8) Mill. DM die auch auf Kapazitätszuwachs zielenden Investitionen fortsetzen.

SBG Deutschland ist zufrieden

cd. Frankfurt

Als zufriedenstellend bezeichnet die Schweizerische Bankgesellschaft (Deutschland) AG, Frankfurt, die aus der zum Jahreswechsel von der Dresdner Bank übernommenen Deutschen Länderbank hervorgegangen ist, die ersten Monate des Geschäftsjahres 1986. Das auf das Großkundengeschäft spezialisierte Institut konnte, wie es im Geschäftsbericht für 1985 heißt, beim Geschäftsvolumen und Ertrag an das erfreuliche Ergebnis des Vorjahres anschließen.

Nach Abführung von fünf Mill. DM an die Dresdner Bank weist die SBG Deutschland wieder einen Jahresüberschuß von fünf Mill. DM aus, mit dem die offenen Rücklagen auf 83 Mill.DM aufgestockt werden. Das Teilbetriebsergebnis blieb, weil der Zinsüberschuß wegen n verengter Marge von 28,5 auf 27,5 Mill. DM gesunken ist, mit 19,3 Mill. DM etwas hinter dem vorjährigen (20,1) Mill. DM zurück.

Bei der Übernahme durch die Zürcher Großbank präsentierte sich das Frankfurter Institut mit einer Bilanzsumme von 3,3 (3,2) Mrd. DM, 518 (392) Mill. DM Kundenforderungen, 522 (362) Mill. DM Einlagen von Kunden sowie kaum veränderten Forderungen an Banken (2,2 Mrd. DM) und Geldern von anderen Banken (2,4 Mrd. DM) und einem Rentenbestand von 480 (474) Mill. DM. Die Bank arbeitete Ende 1985 mit 75 Mitarbeitern und 128 Mill. DM haftenden Mitteln.

Wohnungsbau stark zurückgegangen

tb. Berlin

In Berlin wurden im vergangenen Jahr weniger Wohnungen errichtet. Die Neubautätigkeit lag mit 7400 Einheiten erheblich niedriger als im Jahr 1984 mit 11 800 Wohnungen. Im Althausbestand wurden 23 000 Wohnungen modernisiert und instandgesetzt. Das Bauvolumen ging um real sechs Prozent zurück.

Diese Entwicklung hatte allerdings kaum Auswirkungen auf das Kreditgeschäft der Berliner Pfandbrief-Bank. Die Neuabschlüsse des Instituts betrugen, wie Vorstandsmitglied Klaus Landowsky vor Journalisten erläuterte, 645 (705) Mill. DM. Davon entfielen unverändert 190 Mill. DM auf das Kommunalkreditgeschäft und 455 (515) Mill. DM auf Hypothekendarlehen. Der größte Teil der Hypothekenzusagen wurde für Vorhaben im sozialen Wohnungsbau gewährt. Auf ihn entfielen mit 280 (323) Mill. DM 43 Prozent des Zusagevolumens, 48 (117) Mill. betrafen Objekte im steuerbegünstigten und freifinanzierten Wohnungsbau.

An Refinanzierungsmitteln flossen der Bank 746,2 Mill. DM zu. Davon stammten 356,2 (334,3) Mill. aus dem Erstabsatz von Schuldverschreibungen. Das Aufnahmevolumen an Berlin-Darlehen nach Paragraph 17 Berlinförderungsgesetz belief sich auf 390 Mill. DM. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 9,9 Prozent auf 5,86 (5,33) Mrd. DM. Es wird ein Jahresüberschuß von 28,56 (25,95) Mill. DM ausgewiesen, der den offenen Rücklagen zugeführt wird.

FREIE TANKSTELLEN

Mehr staatliche Hilfen gefordert

Stü. Bonn

Die Bundesregierung hat nicht die Absicht, den Tankstellen für die Umrüstung auf bleifreie Kraftstoffe neue Investitionshilfen zu gewähren. Dies hat der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, Martin Grüner, auf einer Veranstaltung der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) in Bonn deutlich gemacht.

Grüner antwortete auf Forderungen des Bundesverbandes Freier Tankstellen, der die bisher von der Bundesregierung bereitgestellten 20 Mill. Mark für Umrüstungsinvestitionen mittelständischer Tankstellenbetriebe für unzureichend hält. Der Zuschuß pro Tankstelle von maximal 8000 Mark decke nur zehn Prozent der Umrüstungskosten und müsse überdies als Betriebseinnahme versteuert werden, erklärte Verbandsgeschäftsführer Axel Graf Bülow. Die Investitionen seien allerdings wegen des nicht zu erwartenden Mehrabsatzes und der bisher geringen Bleifrei-Verkaufsmengen völlig unrentabel.

Die Freien Tankstellen möchten deshalb die Anschaffung neuer Tanks und Zapfsäulen als Umweltschutzinvestitionen im Sinne von Paragraph 7 d Einkommensteuergesetz anerkannt wissen. Die Finanzämter lehnen das bisher ab. Nur Wirtschaftsgüter, die unmittelbar und zu mehr als 70 Prozent dem Umweltschutz dienen, können nach dem Gesetzestext abgeschrieben werden. Die Chancen für eine Gesetzesänderung sind nach Grüners Ansicht „aussichtslos", zumal die Präjudizwirkung für andere Bereiche beachtet werden müsse.

MESSE-SPLITTER

Die **Computervision** GmbH, nach eigenen Angaben führender Anbieter auf dem Gebiet der computerunterstützten Konstruktion und Fertigung (CAD/CAM) in der Bundesrepublik, steigerte 1985 den Umsatz um rund 50 Prozent auf 140 Mill. DM. Bislang habe das Unternehmen auf dem deutschen Markt über 1600 von derzeit rund 10 000 graphischen Arbeitsplätzen installiert. Schätzungen gingen davon aus, daß sich bis 1986 die Zahl der CAD/CAM-Arbeitsplätze auf 20 000 verdoppelt. Das entspreche aber immer erst noch einer Marktdurchdringung von vier Prozent.

*

Einen Umsatzzuwachs von 20 Prozent auf 24 Mill. DM verzeichnete 1985 die **SMA Schaut** GmbH, Karben. Firmenchef Josef Schaut sieht den Grund für die günstige Entwicklung in der Orientierung auf die Auslandsmärkte. Rund 70 Prozent des Umsatzes mit Mikrofilmkameras und Normalpapier-Druckern entfalle auf das Auslandsgeschäft. Aber auch im Inland habe Schaut trotz des starken Wettbewerbs den Umsatz mit Normalpapier-Printern um zehn Prozent steigern können.

*

Wordplex Information Systems Plc, Slough/Berkshire, forciert angesichts des schwieriger gewordenen britischen Marktes das Auslandsgeschäft. Das Unternehmen, das sich mit der Herstellung von Bürokommunikationssystemen befaßt, hat dabei vor allem den deutschen Markt im Visier. Über ein eigenes Niederlassungsnetz will Wordplex besonders Großkunden aus der Industrie und dem Dienstleistungsbereich ansprechen. Umsatzzahlen zum abgelaufenen Jahr (1984: gut 140 Mill. DM) konnten noch nicht genannt werden.

*

Preissenkungen von 30 bis 40 Prozent hat die **Precision Visuals** International GmbH (PVI), Frankfurt, einer der bedeutenden Anbieter Hardware-unabhängiger Graphik-Software im technisch-wissenschaftlichen Bereich, vorgenommen. Begründet wird dieser Schritt mit der günstigen Geschäftsentwicklung. PVI habe im ersten Quartal des laufenden Jahres mit 1,4 Mill. DM bereits 43 Prozent des Jahresumsatzes 1985 (3,2 Mill. DM) erlöst.

*

Der japanische **Epson-Konzern** hat 1985 seine führende Stellung auf dem Gebiet von tragbaren Computern, Computer-Druckern und Flüssigkristall-Bildschirmen mit einem Umsatz von 3,8 Mrd. DM behaupten können. Gut im Markttrend liege auch die 1979 gegründete Epson Deutschland GmbH, Düsseldorf, die im Geschäftsjahr 1985/86 (28. 2.) ihren Umsatz um 21,2 Prozent auf rund 200 (165) Mill. DM steigerte. Das Unternehmen geht davon aus, daß die Drucker-Technologie sich schon bald wandelt. Der Trend gehe vom herkömmlichen Matrix-Nadel-Drucker hin zum schnelleren und geräuscharmen Tintenstrahl-Drucker.

*

Finnlands größtes Privatunternehmen, der Mischkonzern **Nokia**, setzt in verstärktem Maße auf die Bereiche Elektronik und Informationstechnik. Nach Angaben eines Firmensprechers entfallen mittlerweile gut 40 Prozent des Konzernumsatzes von rund 5,5 Mrd. DM auf diese Produktgruppen, die zugleich 1985 mit einem Plus von annähernd 40 Prozent das stärkste Wachstum brachten. In der Bundesrepublik realisierte Nokia einen Umsatz von etwa 200 Mill. DM. Der Exportanteil der Gruppe erreicht gut die Hälfte des Umsatzes.

*

Die **BASF AG** erwartet, daß sie in ihrer Geschäftseinheit Datentechnik in den kommenden Jahren Wachstumsraten von jährlich über 20 Prozent halten kann. Darauf wies der Leiter des Unternehmensbereichs Informationssystem der BASF, Manfred Heckle, hin. „Wir haben die Zielsetzung, unsere Marktposition als größter kompatibler Anbieter in Europa zu festigen und weiter auszubauen".

Die BASF-Datentechnik hatte 1985 ein Wachstum von 24 Prozent erreicht. Der gesamte Unternehmensbereich erwirtschaftete 1985 einen Umsatz von 2,3 Mrd. DM.

*

Die norwegische **Tandberg** Data SA will im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) ihre Lieferungen in die Bundesrepublik verdoppeln. Ohnehin, so ein Firmensprecher, sei der deutsche Markt für Tandberg am interessantesten. Nahezu 50 Prozent des Umsatzes von zuletzt 205 Mill. DM werden mit deutschen Abnehmern getätigt. Im laufenden Jahr rechne das Unternehmen mit dem Absatz von etwa 50 000 Bildschirm-Terminals in der Bundesrepublik.

*

Die **Dorma** GmbH & Co. KG, Ennepetal, mit einem Umsatz von 265 Mill. DM (plus 22,4 Prozent) im Geschäftsjahr 1984/85 eines der führenden deutschen Unternehmen auf dem Gebiet der Türtechnik, will ihre Aktivitäten um die Sicherheitstechnik erweitern. Diesem Ziel diente Ende 1985 die Übernahme der Inform Vertriebsgesellschaft für Kommunikations- und Sicherheitssysteme, Düsseldorf, und der Gesellschaft für Zeit- und Informationserfassung, München. Der Umsatz der beiden Firmen soll von derzeit 30 Mill. DM auf 80 Mill. DM im Jahre 1988 wachsen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Klöckner stellt klar

Duisburg (J. G.) – Zu erneut umlaufenden Gerüchten teilt der Vorstand der Klöckner-Werke AG, Duisburg, mit, daß „Informationen über bevorstehende Kapitalveränderungen jeglicher Grundlage entbehren". Auch die Einladung zur Hauptversammlung am 30. April 1986 werde demgemäß nichts dergleichen enthalten. Ferner heißt es: „Verhandlungen mit den Banken über einen Forderungsnachlaß sind nicht geführt worden und stehen auch nicht zur Diskussion."

Hypo-Bank zahlt 12,50 DM

München (dpa/VWD) – Die Aktionäre der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, sollen aus dem Bilanzgewinn 1985 von 155 Mill. DM eine Dividende von 12,50 DM auf das um 80 Mill. DM wieder auf 620 Mill. DM erhöhte Grundkapital erhalten. Im vergangenen Jahr hatte die Hypo-Bank neben der Dividende von 10 DM einen Bonus von 2,50 DM aus Anlaß des 150jährigen Firmenjubiläums gezahlt. Aus dem Jahresüberschuß von 184,1 Mill. DM werden nach dem Beschluß des Aufsichtsrats 300 Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt. Die Bank wird das auf der letzten HV beschlossene Kapital weiter ausnutzen. Der Vorstand hat eine Kapitalerhöhung im Verhältnis zehn zu eins bei einem Bezugspreis von 330 DM je 50-DM-Aktie beschlossen. Die neuen Aktien sind ab 1. Januar 1986 dividendenberechtigt. Damit erhöht sich das Grundkapital der Hypo-Bank um fast 62 Mill. DM auf rund 682 Mill. DM.

Desag erhöht

Delligsen (VWD) – Die Deutsche Spezialglas AG (Desag), Delligsen, verteilt für das Geschäftsjahr 1984/85 auf das Grundkapital von 16 Mill. DM eine auf 10 (9) DM erhöhte Dividende. Der Bilanzgewinn stieg auf 3,219 (2,904) Mill. DM (HV: 7. Mai).

Vier DM von MG

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Metallgesellschaft AG (MG), Frankfurt, zahlt für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) wieder eine Dividende von 4 DM je Aktie. Zuletzt war eine Dividende für 1980/81 von ebenfalls 4 DM gezahlt worden.

Gemeinsame Gesellschaft

Zürich/Genf (VWD) – Die Kempinski-Hotelgruppe, die Deutsche Lufthansa AG und die überwiegend arabische Finanzierungsgruppe Rolaco haben die Kempinski-Hotel-Gesellschaft mit Sitz in Genf und Frankfurt gegründet. Das Stammkapital der neuen Gesellschaft soll 5 Mill. sfr betragen. Davon übernehmen die Kempinski AG und Rolaco SA jeweils 40 Prozent, den Rest Lufthansa Commercial Holding-GmbH (LCH), eine hundertprozentige Tochter der Deutsche Lufthansa AG.

Maihak: 44 DM

Hamburg (JB.) – Die Maihak AG, Meßinstrumente und Geräte der Feinmechanik und Elektrotechnik, schlägt der HV am 6. Juni für das Rumpfgeschäftsjahr 1985 eine Bardividende von 44 DM vor. Dieser stolze Satz zum 100jährigen Jubiläum setzt sich aus dem Jahresüberschuß des Rumpfgeschäftsjahres und der Auflösung versteuerter offener Rücklagen zusammen. Im Fall der Dividendenannahme durch die HV wird die Steuergutschrift 24,75 DM betragen. Als Ausgleich für die Ausschüttung eines Teils der offenen Rücklagen ist im gleichen Zuge eine Kapitalerhöhung um eine Mill DM zum Ausgabekurs von 200 Prozent vorgesehen.

Inlandsimpulse

Minden (hdt.) – Um rund fünf Prozent auf 2,0 (1,9) Mrd. DM konnte die Unternehmensgruppe Melitta, Minden, ihren Umsatz 1985 erhöhen. Größte Wachstumsimpulse gingen vom Inland aus, wo Erlössteigerungen von zehn Prozent erzielt wurden. Gebessert hat sich auch die Ertragslage.



GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENGESUCHE

STELLENANGEBOTE

Bewerber auf Chiffre-Anzeigen...

... bitten wir, die **Chiffre-Nummer** auf jeden Fall **deutlich sichtbar außen auf dem Umschlag** zu vermerken.

Gelegentlich erreichen uns Zuschriften ohne Angabe der Chiffre-Nummer. Um sie an die Inserenten weiterleiten zu können, müssen wir sie öffnen. Das kann zu Mißverständnissen führen.

Also daran denken: Nicht nur innen im Anschreiben, sondern schon außen auf dem Umschlag die Chiffre-Nummer angeben!

Herzlichen Dank



Anzeigenabteilung



HOECHST

Älteste deutsche Pensionskasse

adh. Frankfurt

Der älteste betreute Pensionär ist genauso alt wie die Pensionskasse der Hoechst AG, Frankfurt: 100 Jahre nämlich, im Jahr 1927 wurde er wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig pensioniert...

Insgesamt betreut die älteste deutsche Pensionskasse mit 64 000 Mitgliedern und einem Kassenvermögen von 3,4 Mrd. DM gut 12 000 Rentner und Hinterbliebene, an die im vergangenen Jahr 59 Mill. DM flossen. Eingenommen hat der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im vergangenen Jahr 62 Mill. DM aus der Pflichtmitgliedschaft der Hoechst-Mitarbeiter (vom 20. Lebensjahr an), die Hoechst AG zahlte zusätzliche 77 Mill. DM.

Die ursprünglich für die Angestellten gegründete, aber seit 1984 auch für die gewerblichen Arbeitnehmer geöffnete Pensionskasse gehört zu den größten derartigen Einrichtungen in der Bundesrepublik. Ihr Vermögen ist zu gut 40 Prozent in Wertpapieren und Fondsanteilen angelegt; ein gutes Drittel des Vermögens ist in Hypotheken angelegt, mit denen seit dem Zweiten Weltkrieg 28 700 Mitglieder besonders zinsgünstig den Traum vom eigenen Haus verwirklichen konnten.

KAUFHOF

Mitten in einer Umstrukturierung

VWD, Frankfurt

Der Kaufhof-Konzern, Köln, will 1986 die Investitionstätigkeit erheblich ausweiten. Wie der Vorstandsvorsitzende der Kaufhof AG, Jens Odewald, erklärte, soll die Investitionssumme 1986 bei 200 Mill. DM liegen und damit den Durchschnittswert der vergangenen drei Jahre, der bei 130 Mill. DM lag, kräftig übersteigen. Etwa 55 Prozent dieses Betrages fließen der Kaufhof AG zu, der Rest den Töchtern. Gleichzeitig werden bei den Töchtern 700 bis 800 neue Arbeitsplätze geschaffen. Odewald sieht die derzeitige Lage des Konzerns mitten in einer Umstrukturierung. Eine Schließung von Häusern sei nicht geplant. Notfalls würden „Standorte umgestellt".

Aus ehemaligen Kaufhof-Warenhäusern in Frankfurt und Hannover beispielsweis seien Saturn/Hansa-Geschäfte geworden, in München-Theresienhöhe stehe dieser Schritt für den Sommer an. Der Konzernchef begründet die Umstrukturierungsmaßnahmen damit, daß mit den klassischen Warenhäusern nur noch ein geringes Wachstum möglich sei, „weil wir in den Innenstädten keine Immobilien mehr bekommen". Um als Konzern die Marktanteile dennoch zu erhöhen, „muß der Konzern insgesamt weiter diversifizieren".

COLONIA BAUSPARKASSE / Geldeingang gesunken

Rekord beim Neugeschäft

Py. Düsseldorf

Die zu zwei Dritteln beziehungsweise einem Drittel des Grundkapitals zur Colonia und Nordstern Versicherung gehörende Colonia Bausparkasse AG, Dortmund, hatte 1985 mit einer Steigerung des eingelösten Neugeschäfts um 11,5 Prozent auf 1,01 Mrd. DM nicht nur das beste Ergebnis der letzten fünf Jahre; die Neuabschlüsse lagen auch deutlich über dem Durchschnitt der privaten und öffentlichen Wettbewerber.

Das Institut, nach Neugeschäft und Bestand (8,7 nach 8,5 Mrd. DM) etwa in der Mitte der 18 privaten Konkurrenten, warnt vor der Einführung immer neuer Tarife und Tarifvarianten. Vorstandsvorsitzender Wolfgang D. Köckler bezweifelt, ob sie zur Belebung des Bauspargeschäfts beitragen: „Denkbar ist auch der völlig entgegengesetzte Effekt, daß sich die potentiellen Bausparer in Erwartung ‚noch besserer Tarife' zurückhalten."

Grenzen für Neuerungen seien da, wo eine Verunsicherung des Kunden drohe oder übergeordnete Interessen des Bausparkollektivs berührt würden. Nicht in diesem Zusammenhang will Köckler freilich die inzwischen recht erfolgreichen hauseigenen Vorausdarlehen und das Gesamtfinanzierungsangebot aus einer Hand mit der Colonia Lebensversicherung sehen, einer Baumischfinanzierung aus Hypothekendarlehen und Vorausdarlehen, die jeweils durch eine Lebensversicherung und eine Risiko-Lebensversicherung abgesichert sind.

Nicht Schritt gehalten mit der Entwicklung des Neugeschäfts hat der Gesamtgeldeingang, der mit 390 Mill. DM um 0,8 Prozent unter dem Vorjahr lag. Der reine Spargeldeingang stellte 187 Mill. DM (minus 7,7 Prozent). Positiv entwickelte sich dagegen der Tilgergeldeingang mit 195 Mill. DM (plus 7,2 Prozent). Der um 3,1 Prozent auf 997 Mill. DM verringerte Bauspareinlagenbestand war eine Folge der hohen Kündigungen von Sparguthaben nach Ablauf der Bindungsfristen und erhöhter Zuteilungen. Auf Vorjahresniveau bewegten sich der Bestand an Bauspardarlehen (878 Mill. DM) sowie die Vorausdarlehen und Zwischenkredite von 246 Mill. DM. Rund 511 Mill. DM wurden ausgezahlt (plus 4,3 Prozent).

Die Wartezeit bis zur Zuteilung betrug bei Wahl des „Zinsauswahltarifs" (50 Prozent Ansparung) 27 Monate, in den Standardtarifen um 40 Monate. Das Jahresergebnis ist nach den Worten Köcklers „zufriedenstellend" ausgefallen. Aus dem Jahresüberschuß etwa in Vorjahreshöhe (3,6 Mill. DM) werden 1,7 (1,9) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt. Die Aktionäre erhalten wieder elf Prozent Dividende.

AESCULAP

Wachstumskurs wird fortgesetzt

nl. Stuttgart

Die auf dem Sektor chirurgischer Instrumente zu den führenden Firmen zählende Aesculap-Werke AG, Tuttlingen, hat sich für das laufende Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) die Fortsetzung ihres Wachstumskurses zum Ziel gesteckt. In den ersten fünf Monaten ist der Umsatz um sieben Prozent gestiegen.

Im Berichtsjahr 1984/85 war der Umsatz um 9,8 Prozent auf 201 Mill. DM gesteigert worden. Der Exportanteil blieb mit 61,3 (61,8) Prozent nahezu konstant. Im Inland basierte der Umsatzanstieg vor allem auf einer weiteren Ausdehnung im Krankenhaus-Ausstattungsgeschäft.

Nicht zuletzt die gute Kapazitätsauslastung trug zu einer Ergebnisverbesserung bei. Aus dem auf 5,54 (5,34) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß wird eine Dividende von unverändert neun DM je Aktie gezahlt (HV am 28. 4.). Mehrheitsaktionär bei Aesculap ist mit gut 51 Prozent des Aktienkapitals von 15,4 Mill. DM die B. Braun Melsungen AG, die verbleibenden knapp 49 Prozent sind breit gestreut. Investiert hat das Unternehmen, das rund 1900 Mitarbeiter beschäftigt, im Berichtsjahr 10,8 (9,7) Mill. DM, die Abschreibungen lagen bei 7,7 (7,2) Mill. DM.

OSRAM / Gemeinsame Tochter mit General Electric

Marke zurückerworben

sz. München

Die deutsche Osram GmbH, München, wird künftig über eine gemeinsame Tochtergesellschaft mit der General Electric Comp. (GEC), London, Lampen für den britischen Markt herstellen. Dazu wird die GEC, die in keiner Weise etwas mit dem US-Konzern General Electric zu tun hat, zum 1. April ihre gesamten Lampen- und Leuchtenaktivitäten in die neugegründete Osram-GEC Ltd., Wembley, einbringen. An dieser Gesellschaft wird Osram mit 49 Prozent und GEC mit 51 Prozent beteiligt sein. Gleichzeitig erwirbt Osram damit auch jeweils Anteile von 25 Prozent an fünf Vormaterial-Herstellern, die bislang je zur Hälfte zu GEC und dem britischen Lampenproduzenten Thorn Electric gehörten.

Das Interesse von Osram wird dahingehen, so der Vorsitzende der Geschäftsführung Helmut Plettner, zu einem späteren Zeitpunkt Osram-GEC voll zu übernehmen. Über den Kaufpreis des jetzigen Anteils wollte er keine Angaben machen. In der Beteiligung sieht er die große Möglichkeit, die eigenen Produkte verstärkt auf dem britischen Markt und auf den Überseemärkten der GEC zur Geltung bringen zu können. Mit einem weltweiten Umsatz von rund 18,3 Mrd. DM in 1984/85 ist GEC der größte Elektro- und Elektronikkonzern Großbritanniens. In der Sparte, die nun von Osram-GEC weiterbetrieben wird, wurden mit etwa 2900 Mitarbeitern zuletzt rund 200 Mill. DM umgesetzt, wovon zwei Drittel auf Lampen und der Rest auf Leuchten entfielen.

Viel wichtiger für Plettner ist jedoch die Tatsache, daß die deutsche Osram im Rahmen des Beteiligungsvertrages die 100prozentigen Rechte am Warenzeichen „Osram" in Großbritannien, dem gesamten Commonwealth sowie in allen ehemaligen britischen Kolonien erwerben konnte. Unter der Kriegsgesetzgebung von 1919 war die Firma Osram nämlich in Großbritannien enteignet worden. Versuche eines Rückkaufs waren bisher gescheitert. So kam es, daß GEC in all diesen Ländern Lampen unter dem Namen „Osram" vertreiben konnte, während Osram selbst seine Produkte nur unter der Marke „Wotan" verkaufen konnte.

Den Wotan-Umsatz in Großbritannien bezifferte Plettner auf 50 bis 60 Mill. DM. Nun soll Wotan in den Ländern als zweite Marke weitergeführt werden. Mit der Beteiligung an Osram-GEC dürfte das britische Osram-Geschäft deutlich steigen. Den Angaben zufolge überschneiden sich die beiden Produktpaletten lediglich zu gut 60 Prozent. Besondere Chancen rechnet man sich als Zulieferer für die Autoindustrie aus.

Pause am Rentenmarkt

Die am Vortag weiter heraufgesetzten Kurse bei den öffentlichen Anleihen waren Anreiz für Realisationen. Aus Bankbeständen wurde Material zur Verfügung gestellt. Da jedoch aus dem Ausland nur noch wenige Kaufaufträge vorlagen, führten sie zu Tageseinbußen, die teilweise über 0,20 Prozentpunkte hinausgingen. Leicht rückläufig auch Bundesobligationen. Der Pfandbriefmarkt war unsicher.
Wegen einer technischen Panne wurden in unserer gestrigen Ausgabe die Vortagswerte der Optionsscheine veröffentlicht.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

IHRE CHANCEN, EIN PERFEKTES LANGSTRECKEN-AUTOMOBIL ZU FAHREN, HABEN SICH HIERMIT VERDOPPELT: DER NEUE SAAB 9000 i 16 IST DA!

Mit jedem neuen Saab werden die Langstrecken bequemer, die Autobahnen vergnüglicher: Erst hat der Saab 9000 turbo 16 die Autofahrer verwöhnt, jetzt kommt der Saab 9000 i 16; wie der Name schon sagt, ein enger Verwandter.

Äußerlich werden Sie kaum Unterschiede feststellen, beide haben die gleiche elegante Karosserielinie. Innen sind sie erst recht kaum auseinanderzuhalten, beide haben die gleiche Geräumigkeit, den verschwenderischen Komfort. Wo liegen also die Unterschiede?

Den ersten entdecken Sie unter der Motorhaube: Statt eines 16-Ventil-Turbo-Motors mit 129 kW (175 PS) arbeitet im 9000 i 16 ein 16-Ventil-Einspritz-Aggregat mit 94 kW (128 PS).

Den zweiten bemerken Sie beim Blick auf die Rechnung: Der Preis für den Saab 9000 i 16 liegt ein gutes Stück unter dem seines großen Bruders. Unbezahlbar und in beide 9000er hineinkonstruiert ist ihre größte Qualität: der ungewöhnliche Langstreckenkomfort. Den Beweis dafür liefert eine ausgiebige Probefahrt mit dem Saab 9000, wozu wir Sie gleich im Namen unserer Händler herzlich einladen.

Sie läßt nur eine Frage offen: ob Sie sich für einen 9000 turbo 16 oder einen 9000 i 16 entscheiden. Sie haben die Wahl.



Auf langen Strecken zu Hause.

Saab 9000 i 16

Saab 9000 turbo 16



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Um das Limit niedriger notierte Kaffee. Knapp behauptet ging Kakao aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	17.3.	14.3.
März	349,00	350,25
Mai	298,00	300,50
Juli	256,25	258,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	278,45	279,05
Am. Durum	275,59	275,99

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	99,10	99,50
Mai	102,50	102,80
Juli	105,70	105,80

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	95,90	95,80
Mai	91,00	89,50
Juli	90,00	89,00

HAFER Chicago (c/bush)		
März	125,00	125,75
Mai	118,50	118,75
Juli	118,00	116,00

MAIS Chicago (c/bush)		
März	238,00	236,00
Mai	233,75	233,75
Juli	232,75	232,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	98,50	97,30
Mai	100,50	100,00
Juli	102,10	101,60

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	17.3.	14.3.
März	247,50	247,50
Mai	248,50	248,50
Juli	253,10	253,10

KAKAO New York ($/t)	17.3.	14.3.
Mai	2036	2057
Juli	2071	2075
Sept.	2105	–
Umsatz	1748	1779

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Mai	7,24	7,30
Juli	7,49	7,53
Sept.	7,62	7,62
Okt.	7,70	7,69
Jan.	7,85	7,70
Umsatz	7985	18002

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,94	6,79

KAFFEE London (£/t) Robusta	17.3.	14.3.
März	2420-2435	2500-2515
Mai	–2477	2561-2564
Juli	2540-2545	2615-2620
Umsatz	3837	2247

KAKAO London (£/t)		
März	1538-1539	1542-1548
Mai	1529-1531	1536-1537
Juli	1558-1560	1560-1562
Umsatz	1905	2842

ZUCKER London (£/t) Nr.6	17.3.	14.3.
Mai	181,20-181,40	181,00-181,60
Aug.	187,60-188,00	188,00-189,20
Okt.	191,00-191,60	191,00-191,60
Umsatz	317	576

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	18.3.	14.3.
schw. Saraw.spez.	890,00	890,00
weiß.Saraw.	1380,00	1380,00
weiß.Munt.	1390,00	1390,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	17.3.	14.3.
März	87,90	87,90
Mai	87,10	88,00
Juli	87,20	88,15
Sept.	85,50	86,60
Nov.	86,00	87,00
Umsatz ...900	300	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	17.3.	14.3.
	22,50	19,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	17,75	17,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	17,00	17,10
Mai	17,27	17,40
Juli	17,65	17,73
Aug.	17,85	17,90
Sept.	17,90	17,95
Okt.	18,05	18,10
Dez.	18,40	18,50

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.		
	15,00	15,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	12,50	12,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,50	9,50

TALG New York (c/lb)		
top white	11,75	11,75
fancy	11,25	11,25
bleichf.	11,00	11,00
yellow max. 10% fr.F	10,50	10,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	41,52	41,00
Juni	45,55	45,25
Juli	46,05	45,55

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
März	59,30	57,57
Mai	60,80	58,95
Juli	61,70	59,80

HÄUTE Chicago (c/lb)	17.3.	14.3.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,50	56,50
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	47,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	537,00	537,50
Mai	538,50	537,75
Juli	540,75	540,50
Aug.	539,00	538,00
Sept.	528,00	525,00
Nov.	525,00	521,50
Jan.	533,75	531,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	163,30	162,00
Mai	163,10	162,00
Juli	163,00	151,50
Aug.	162,50	161,00
Sept.	159,00	156,50
Okt.	156,00	154,00
Dez.	156,50	154,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	17.3.	14.3.
März	289,00	289,30
Mai	295,70	205,10
Juli	303,30	303,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	17.3.	14.3.
	–	–

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	18.3.	17.3.
jegl. Herk. cif	560,00	575,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	455,00	455,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	240,00	240,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	92,00	92,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	285,00	280,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	226,50	230,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	17.3.	14.3.
Mai	65,10	63,00
Juli	63,76	63,55
Okt.	43,80	43,90
Dez.	43,80	43,75
März	44,40	44,30
Mai	45,15	45,15

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS–1		
	42,00	42,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	18.3.	17.3.
März	495-505	495-505
Dez.	528-535	–
Jan.	530-532	–
Umsatz	37	14

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	18.3.	17.3.
März	40,50	40,50
April	40,50	40,50
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	18.3.	17.3.
März	610,00-615,00	605,00-615,00
Mai	616,00-618,00	613,00-615,00
Juli	623,00-630,00	618,00-620,00
Umsatz	19	21

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	18.3.	17.3.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	18.3.	17.3.
März	12402	12439
April	12353	12400

KAUTSCHUK London (p/kg)	17.3.	14.3.
RSS 1 April	58,00-59,00	58,00-59,50
RSS 1 Mai	58,50-59,50	59,00-60,00
RSS 2 April	57,00-58,00	57,50-58,50
RSS 3 April	55,75-56,75	56,25-57,25
Tendenz: leichter		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	18.3.	17.3.
April	193,00-195,00	192,00-194,00
Mai	194,00-196,00	193,00-195,00
Nr. 2 April	193,50-194,50	192,50-195,50
Nr. 3 April	192,00-193,00	191,00-192,00
Nr. 4 April	186,00-187,00	185,00-186,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	18.3.	17.3.
BWC	390	390
BWD	355	355
BTC	383	383
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	18.3.	17.3.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	254,00-264,17	263,62-263,79
dritt. M.	271,43-271,59	270,19-270,36
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	83,16-83,49	82,95-83,11
dritt. M.	85,97-86,13	84,75-85,08
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	950,40-953,70	947,72-949,37
dritt. M.	978,45-981,75	975,32-975,65
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	130,35-133,65	129,76-133,04
Prod.-Pr.	150,76	151,67
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	18.3.	17.3.
	16,40	17,00

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	18.3.	17.3.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	338,25-340,56	334,41-336,71
BLEI in Kabeln	91,00-92,00	90,75-91,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Verz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	18.3.	17.3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	298-305	296-302
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	327-339	336-338
MS 63	322-325	319-323

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	18.3.	17.3.
Leg. 225	335-345	337-345
Leg. 226	337-347	339-347
Leg. 231	372-380	374-380
Leg. 233	384-390	384-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	18.3.	17.3.
PLATIN (DM/g)	32,20	31,65
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	25870	25740
Rückn.-Pr.	25120	24990
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25910	25690
Rückn.-Pr.	25220	25010
verarbeitet	27180	26950
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25350	25200
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	426,50	419,80
Rückn.-Pr.	413,60	407,00
verarbeitet	445,20	438,20

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	18.3.	17.3.
10.30	350,80	348,20
15.00	351,15	349,90
Zürich mit.	350,25-350,75	348,00-348,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	78350	77800
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	392,25	387,50
3 Mon.	403,40	398,60
6 Mon.	414,25	408,65
12 Mon.	434,50	428,75
PLATIN (£/Feinunze) London	17.3.	14.3.
fr. Markt	282,10	279,60
PALLADIUM (£/Feinunze) London	17.3.	14.3.
f. Händl.-Pr.	76,25	75,35

New Yorker Metallbörse

	17.3.	14.3.
GOLD H & H Ankauf	349,90	348,00
SILBER H & H Ankauf	577,00	567,50
PLATIN f.Händl.-Pr.	408,00-411,00	402,50-406,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	110,50-111,50	110,00-111,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
März	577,20	567,50
April	578,80	569,30
Mai	582,00	572,50
Juli	589,00	579,00
Sept.	597,20	587,50
Dez.	607,00	598,50
Jan.	611,90	602,10
Umsatz	9000	10000

KUPFER (c/lb)	17.3.	14.3.
März	67,30	66,35
Mai	67,65	66,60
Juli	68,00	67,00
Sept.	68,30	67,45
Dez.	68,70	67,75
Jan.	69,00	68,10
März	69,20	68,30
Umsatz	8000	8000

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	18.3.	17.3.
mitt. Kasse	800,00-800,50	798,00-799,00
3 Mon.	822,50-823,00	820,50-821,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	252,00-253,00	251,00-252,00
3 Mon.	260,50-261,00	259,00-260,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	1006,00-1007,00	999,00-1000,00
3 Monate	1022,00-1023,00	1014,50-1015,50
ab. Kasse	–	1000,50-1001,50
3 Monate	–	1018,00-1018,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	997,00-999,00	995,00-999,00
3 Monate	1017,00-1019,00	1012,00-1015,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	423,50-424,00	424,50-425,50
3 Monate	436,00-437,00	437,00-437,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	222-233
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	53-58

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	17.3.	14.3.
April	49,15-49,85	46,00-46,30
Mai	43,65	40,50-41,10
Juni	42,06	–
Juli	41,86	38,70-39,30

GASÖL – London ($/t)	17.3.	14.3.
März	151,50-152,00	150,00-150,25
April	137,25	136,25-136,50
Mai	132,00-132,50	130,50-131,25
Juni	131,00-132,00	129,50-130,00
Juli	132,50-133,00	132,00-133,00
Aug.	134,00-136,00	134,50-137,00
Sept.	133,00-139,00	135,00-138,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	17.3.	14.3.
April	42,60-43,00	40,75-40,90
Mai	42,99	40,80-41,10
Juni	43,25-43,30	41,10-41,40
Juli	43,10-43,30	41,30
Aug.	43,30	41,30

ROHÖL – New York ($/Barrel)	17.3.	14.3.
April	13,10-13,30	12,70-12,78
Mai	13,50-13,65	12,90-13,00
Juni	13,70-13,80	13,15-13,25
Juli	13,80-13,95	13,35-13,40
Aug.	14,11-14,25	13,70

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	17.3.	14.3.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	13,45N	13,75N
N. Sea Brent	13,75	–
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	17.3.	14.3.
April	99,90	101,90
Mai	112,80	113,90
Nov.	81,90	81,80
Febr.	90,00	90,00

New York (c/lb)	17.3.	14.3.
März	1,85-1,95	1,80-1,82
April	2,12-2,13	1,83
Mai	3,36-3,39	2,05
Nov.	3,61-3,65	3,36-3,38

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	17.3.	14.3.
Mai	189,60-189,50	190,80-190,50
Juli	184,00-183,60	186,50-186,00
Sept.	176,80-176,30	179,00
Nov.	167,00-166,60	–

Devisenterminmarkt

Am 18. 3. führten nachgebende FF-Deports zu einer Verringerung des Abschlages für FF gegen D-Mark.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,61-0,51	1,76-1,66	3,40-3,20
Pfund/Dollar	0,59-0,57	1,50-1,47	2,68-2,63
Pfund/DM	2,80-1,40	6,50-5,10	11,5-9,90
FF/DM	25-9	68-52	109-93

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 18.3. : Tagesgeld 4,65-4,75 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,40-4,55 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,55 Prozent, 6 Mon. 4,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 18.3. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 18.3. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 18.3. ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅛-7¼	4½-4¾	4-4¼
3 Monate	7⅛-7¼	4⅝-4¾	3⅞-4⅛
6 Monate	7¼-7⅜	4⅝-4¾	3¾-4
12 Monate	7¼-7½	4⅝-4⅞	3¾-4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 18.3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,25; Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 18.3. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1040,00	–
5 US-Dollar (Indian)**	750,00	909,50
5 US-Dollar (Liberty)	400,00	500,55
1 £ Sovereign alt	193,00	242,82
1 £ Sovereign Elizabeth II.	182,75	231,14
20 belgische Franken	150,00	199,50
10 Rubel Tscherwonez	195,00	249,66
2 südafrikanische Rand	174,75	220,88
Krüger Rand, neu	783,00	932,52
Maple Leaf	798,75	950,48
Platin Noble Man	967,00	1142,28
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	222,00	281,58
20 schweiz. Franken „Vreneli"	164,75	216,32
20 franz. Franken „Napoléon"	161,25	212,33
100 österr. Kronen (Neuprägung)	738,75	906,02
20 österr. Kronen (Neuprägung)	148,50	192,09
10 österr. Kronen (Neuprägung)	76,75	104,40
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	347,75	430,64
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	82,25	116,57

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/3 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/4 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,85, 2 Jahre 4,55. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75 , Kurs 100,30, Rendite 5,68 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 18.3.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,208	6,50
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	108,013	6,50
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	56,21	6,40
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	39,86ei	6,65
Commerzbank	100,00	22.5.95	56,75	6,37
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,35	6,51
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	154,00	8,90
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	108,31	5,65
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	79,05	5,63
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,66	6,45
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,23	6,60
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,35	6,40
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,58	6,18
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,37	6,41
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,08	6,28
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,73	6,49
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,65	6,39
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	56,40	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,30	6,30
WestLB 601	100,00	2.5.00	41,20	6,48
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,50	6,47
WestLB 602	100,00	3.10.05	29,50	6,45
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,00	4,71
WestLB 501	137,01	16.2.90	112,55	5,17
WestLB 503	115,76	3.10.88	103,65	4,46
WestLB 504	141,85	1.10.91	105,70	5,47
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,34
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,50	8,02
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	54,50	10,83
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	61,25	8,86
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	60,125	8,91
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	58,25	8,12
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	49,75	9,23
Penney (A+)	100,00	17.2.94	50,125	9,11
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,125	8,53
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,59
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,50	8,16

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,45	(4,45)	100,6	101,4	102,4	103,3	104,3	105,2
2	4,75	(4,75)	100,5	102,2	104,0	105,9	107,8	109,6
3	5,18	(5,18)	99,50	102,0	104,7	107,4	110,1	112,8
4	5,55	(5,55)	97,75	101,2	104,7	108,2	111,7	115,2
5	5,79	(5,80)	96,25	100,9	104,7	108,9	113,2	117,4
6	5,99	(5,98)	94,65	100,1	104,5	109,4	114,3	119,2
7	6,26	(6,26)	92,50	98,55	103,6	109,1	114,6	120,1
8	6,46	(6,46)	90,50	96,60	102,7	108,8	114,8	120,9
9	6,60	(6,57)	88,80	95,40	102,0	108,6	115,2	121,8
10	6,65	(6,62)	87,55	94,65	101,8	108,9	116,0	123,1
15	6,88	(6,88)	81,95	91,05	101,1	109,3	118,4	127,6

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,972 (113,020)
Performance-Rentenindex: 239,436 (239,429)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

	17. März	
Fed Funds		7,441-7,75
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,25
	60-270 Tage	6,95
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,25
	60 Tage	7,15
	90 Tage	7,15
Certificates of Deposit	1 Monat	6,85
	2 Monate	6,90
	3 Monate	6,90
	6 Monate	6,90
	12 Monate	7,15
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,52
	26 Wochen	6,55
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,77
	30 Jahre	7,97
US-Diskontsatz		7,00
US-Primerate		9,00
Geldmenge M1	7. März	631,8 Mrd. $ (-2,2 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York) März	134,65	135,80
Juni	136,60	137,85

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	17.3.	14.3.
9% EEC 90	104,75	104,5
11% dgl. 90	109,75	110,5
10% EIB 95	108,625	108,75
11 dgl. 91	111,375	112,6
11% dgl. 90	112,125	112,375
11% dgl. 93	118	118
12 dgl. 95	120,25	120,5
12% dgl. 90	115	114,625
12% dgl. 93	123,75	123,625
13 dgl. 96	120	119,625
10% Wld Bk 95	112,5	112,625
10% dgl. 88	105,125	105
10% dgl. 90	109,25	109,25
10% dgl. 93	113	113,125
11 dgl. 92	113	112,875
11% dgl. 88	107	107
11% dgl. 90	111,625	111,875
11% dgl. 89	109,25	109,25
11% dgl. 90	112,125	112,25
12 dgl. 93	118,875	118,875
12% dgl. 94	122	121,875
12% dgl. 94	124,75	124,75
6% Sears 91	104	104
6% Swed.Ex.91	102,5	102,375
7 TRW 94	102,375	102,25
6% Un.Tech.92	102,375	102,375
6% World Bk90	103,625	103,5
6% dgl. 94	104,75	104,75
7 dgl. 94	106,75	106,625
7% dgl. 95	109,25	109
8 dgl. 93	110,25	109,875

Euro-Yen

	17.3.	14.3.
6% Al.Corp 91	101,875	102
6% Allied 93	99,75	99,375
7% ADB 94	108,125	107,875
7 Austria 95	106,25	106
7 BP 92	104,125	104
6% Denmark 92	103,125	102,75
7 Deum.Bk. 92	104,375	104,125
7 Dow Chem.94	101,875	101,875
6% EDF 95	106,125	105,875
6% Eurofima86	99,75	99,75
6% dgl. 92	103,125	102,875
6% dgl. 93	103	102,75
7% dgl. 94	106,25	105,875
6% Fosmia 92	104	103,875
6% Finl.Rep90	103	102,75
6% GMAC 90	101,75	101,625
7% Goodyear95	102,75	102,5
6% dgl. 94	102,375	102
6% IDT 92	101,875	101,625
6% McDonal.92	101,5	101,5
6% Montreal95	102,875	102,75
7% N.Bruns.95	106,5	106,5
7% N.Zeald.90	105,125	104,875
7% dgl. 89	105,75	105,5
7 Pac.Gas 94	102,75	102,625
6% Penney 92	100,375	100,5
6% Procter 92	102,875	102,75
6% Sallie 92	103,125	102,75

Lux. Franc Bonds

	16.3.	14.3.
9% Akzo 87	100	100
9% Aeso 89	101	101
6% Asian Dv87	97,5	97,5
10% BFG Lux90	103,25	103,25
11 BNP 90	101	101
9 dgl. 93	101	101
10% Ceca 94	104,5	104,5
11 dgl. 97	104,5	104,5
13 dgl. 91	101	101
12% Consell92	104,5	104,5
8 Coptel 88	97,75	97,75
8% dgl. 89	98	98
11 Cr.Lyon.88	101,75	101,75
13 dgl. 89	104	104
7% Den.Mtg 88	96,75	96,75
10% Euratom96	105	105
11 dgl. 93	105	105
12% dgl. 88	100,75	100,75
12% dgl. 92	101	101
9 Eurofima 95	101	101
10 dgl. 91	103,5	103,5
10 dgl. 94	104	104
11% dgl. 89	101,75	101,75
8 EIB 91	97,75	97,75
9% dgl. 95	102,25	102,25
9% dgl. 88	102,5	102,5
9% dgl. 93	103,25	103,25
10% dgl. 94	105,5	105,5
11% dgl. 88	102	102
12% dgl. 90	100,5	100,5
9% Hypo Bk.88	101,25	101,25
9% Ind.B.F.95	101,75	101,75
11 Krediet.95	104,5	104,5
7% dgl. 87	98	98
10 dgl. 90	102	102
11% dgl. 89	102,25	102,25
8 Luxair 87	98,5	98,5
8% dgl. 87	98,75	98,75
10% Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Met.Chim 95	101,25	101,25
10% N.Lx.Af92	103	103
12% Nord L.89	101	101
8 Norges 86	99,5	99,5
8 Oslo 89	98	98
8% dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
10% Paribas89	102	102
8 Philips 89	97,75	97,75
7% Renault 88	96,75	96,75
9% Sogenal 97	101	101
10% Solvay 87	101	101
10% Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98	98
9% Volvo 87	100	100
9% WorldBk.90	100,75	100,75
10% dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,60418

	17.3.	14.3.
8% Cop City91	97	97
12% dgl. 92	103	103
8% CCA 91	97	97
11% Ned. G.88	101	101
9% Queb. P.94	99	99
8% SDR 94	96,25	96,25

ECU

	17.3.	14.3.
10% Al.Dbk89	104,5	104,125
10% dgl. 91	107,125	106,5
9% ABN 92	107	105,25
All Nippon 95	108	106,625
9% ANZ 92	107,75	106,25
10% Austria95	113	111,75
10 BNDA 92	104,25	102,625
9 M.+Hope 92	106,125	105
9 Bk.Hels.96	101,75	101,25
9% Bk.Tok.90	104,5	103,375
10% dgl. 91	103,5	103,375
10% dgl. 91	103,75	103,625
8% BNP 95	106	105,125
8% Bay.Vbk.88	103,5	102,75
8% BFCE 93	103,75	102,75
9% dgl. 92	109,125	107,875
9% dgl. 95	109,25	107,875
9% Bell 92	104,25	102,875
9% CNT 92	108,5	107,75
9% dgl. 95	109,375	108
8% Cargill 95	104,75	103,75
10% Ceca 89	107	106,9
11% dgl. 94	110,75	110,5
9 Carinv. 93	102,75	101,75
9 Chrysl. 92	99,25	99
10 dgl. 91	102,75	102,5
10% dgl. 93	102,375	102,25
9 ClubMed 88	103,5	102,75
9% Comall 92	106,5	105,125
9% dgl. 95	112,375	110,5
9% CCF 95	106,625	105,375
9% CrdNord 91	105,125	104,625
11% CrdFonc90	107,5	107,125
11% dgl. 90	107,375	107,125
8% CrdNat 95	107,625	106,375
10% dgl. 94	112,25	111,25
8% Crdanst.94	104,875	104,125
9% Credito 92	105,125	104,125
9% Denmark 90	–	–
10% Denmark91	106,75	106,375
9% Dresd.bk95	105,75	105,125
9 EDF 97	106,75	106
8% EEC 93	108,25	107
8% ELFAqu. 88	100,875	100,625
9 Enso Gut 91	103,25	102,5
9% dgl. 93	103,25	102,625
10 Euratom 97	111,75	110,25
9% Eurofima93	109,625	109,125
11 dgl. 92	109,5	109
8% EIB 92	104,75	105,875
8% dgl. 95	–	107,75
9% dgl. 95	111,625	110,375
10% dgl. 94	111,375	110,5
10% dgl. 94	111,125	110,375
10% dgl. 90	110,375	109,75
11% dgl. 92	109,375	109
11% dgl. 94	112,625	111,5
9 Eutelsat 95	105,875	105
8% Fiat 90	103,625	102,25
9 BKFinnl 95	102,125	100,875
8% Ford C.93	104,5	102,875
10% Glaxo 95	111,125	110,25
10% GTE 92	108,625	108,25
10 IADB 95	111,625	110,875
8% IBM 98	104,125	103,5
9 Imatran 96	103,5	102,625
11 IIII 89	108	107
9% Italia 89	103,25	102,875
10% dgl. 92	107,5	107
11% dgl. 90	109	108,25
9% Kansall 92	104	103,375
9% Kbliima 92	107,875	106,25
11% LTCB 90	108,25	107,25
10% Megal 95	107,375	106,25
8% Mits.Tr.95	104	102,25
9 MoetHen.91	106,625	105,75
9% Mol 90	104	102,25
8% Morgan 90	104,75	102,875
8% Motorola92	106	104,625
9 Nema 95	104,5	103,375
9% N.Zeal. 90	105,5	104,25
9% N.Zeal.92	108,25	106,875
11 Nipp.Crb91	108,5	108,5
9 OstLbk. 89	103,75	102,625
8% Olivetti95	107,75	104,5
10 Peckin.90	106,25	105,125
9 Petroc.95	100,375	99,875
9% Peugeot 90	107,375	104,375
10% dgl. 90	106,5	106
9 Philips 95	108	106,75
9% Pibo 92	107,75	106,25
10 Pivbk. 92	106,25	104,875
11% Queb.Pr89	107,25	107,25
10% RATP 92	108,875	108,375
9% Rabobk. 95	108,75	107,75
8% Reynolds91	106	104,125
10% Roybk.Cd89	104,125	104
9 SAS 95	106,125	105,25
9 Sanwa 95	103,5	102,375
8% Secpac 90	101,25	100,5
11% SNCF 94	111,25	110,75
9 SNCI 95	106	104
10% Sparkas91	104	104
9% Sumitcorp95	107,75	106,75
9 Sumitfin 95	107,375	106,75
9 Unbk.Nor.95	105,25	103,25
9% WestLB 90	104,25	103,75
9% Westpac92	107,75	105,75
8% Worldbk 95	106,75	105,75
9% dgl. 95	–	–
9% dgl. 92	108,875	107,75
10% dgl. 89	108,75	108,625
10% dgl. 88	106,5	105,25
10% dgl. 94	110,5	109,5
11 dgl. 95	109,625	108,75

ECU-Tageswerte

	17.3.	14.3.
Dollar	0,960455	0,958689
Bfr	44,1889	44,2565
DM	2,15814	2,15966
Hfl	2,43591	2,43768
£	0,657396	0,652795
Dkr	7,97898	7,98478
FF	6,63146	6,64491
Lira	1468,06	1470,09
I-£	0,714093	0,714534
Sfr	1,80882	1,81896
öS	15,1368	15,1381
Peseta	136,048	136,157
Skr	6,91443	6,89912
Nkr	6,81011	6,80451
Kan-$	1,33282	1,3329
Esc.	142,147	142,398
Fmk	4,89640	4,88262
Yen	168,704	168,584
Drachme	135,328	134,255

SZR-Wert

	17.3.	14.3.
Dollar	1,15458	1,15220
DM	2,59411	2,60574

Aktien überwiegend nachgebend

Weiterhin starker Druck auf Siemens

DW. – Am Dienstag wurde der Aktienmarkt von Gewinnmitnahmen der Börsenkulisse beeinflußt. Der Berufshandel hatte sich nach der Kursexplosion an der New Yorker Börse am vergangenen Wochenende auch an den deutschen Börsen auf einen Gipfelsturm eingestellt. Da jedoch die Käufer ausblieben, verringerte er seine vorgekauften Bestände. Während dieses Verhalten als normale Reaktion angesehen wird, macht man sich mehr Sorgen um die Siemenskurs, der seit Wochen überdurchschnittlich unter Druck liegt.

Siemensaktien wurden um rund 20 DM zurückgenommen. Eine Widerstandslinie zeigte sich noch nicht. Anders steht es bei Nixdorf. Der Tod des Firmengründers löste einige Verkäufe aus. Der Nixdorfkurs wurde zunächst um knapp 30 DM zurückgenommen, später gab es jedoch eine gewisse Erholung. Die Finanzwerte konnten sich der rückläufigen Tendenz nicht entziehen, zumal hier in den letzten Tagen der Berufshandel besonders aktiv gewesen war. Die Dividendenanhebungen bei den bayrischen Großbanken sorgten für eine gewisse Stabilität. Von den Stahlwerten hatten Klöckner im Zusammenhang mit den Diskussionen über einen angeblich bevorstehenden Kapitalschnitt einen spürbaren Rückschlag hinzunehmen. Mannesmannaktien, die ermäßigten sich nur unwesentlich.

Frankfurt: Bilfinger verbesserten sich um 11 DM und Leifheit um 19 DM. Pfaff gewannen 4,50 DM. Hutschenreuther lagen um 14 DM und Metallgesellschaft um 27,50 DM niedriger. Contigas verloren 15 DM und Goldschmidt 9,50 DM.

Düsseldorf: Reiche-Dürr verbesserten sich um 8 DM und Bilfinger um 9,50 DM. Braun VA verminderten um 15 DM und und Conc. Chemie um 8 DM. Keramag erhöhten um 4 DM.

Hamburg: HEW gaben um 3,50 DM und Beiersdorf um 3 DM nach. Hapag Lloyd verminderten um 1,20 DM und Pheonix Gummi um 0,60 DM. Haller Meurer und Bremer Vulkan legten je 2 DM zu. Holsten Brauerei verminderten um 7,50 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf wurden um 50 DM und Engelhardt um 7 DM höher taxiert. DeTeWe lagen um 11 DM und Berthold um 5 DM fester. Springer gabene um 15 DM und Hypobank Berlin um 9,90 DM nach.

München: Audi AG stockten um 13 DM, Flachglas um 4,50 DM und NAK Stoffe um 2,50 DM auf. Tucher verbesserten sich um 5 DM und Wanderer um 6 DM. Bay. Lloyd gaben um 9 DM und Dywidag um 2 DM nach. Südchemie verloren 10 DM.

Stuttgart: Boss erhöhten weiter um 45 DM. Stuttgarter Hofbräu waren um 9 DM anziehend. Progress besserten sich um 5 DM. Schwäbische Zellstoff waren um 7,40 DM nachgebend. Daimler verloren 27 DM, Mercedes 41 DM und Porsche 20 DM.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 290,45 (294,37)
WELT-Umsatzindex: 4241 (3775)
Advance-decline-Zahl: 72 (126)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 184,55 (188,32); Elektrowerte: 330,22 (337,40); Autowerte: 759,74 (770,01); Maschinenbau: 176,42 (179,95); Versorgungsaktien: 177,49 (179,48); Banken: 417,60 (421,04); Warenhäuser: 157,16 (156,92); Bauwirtschaft: 465,98 (468,04); Konsumgüterindustrie: 165,63 (166,33); Versicherung: 1490,51 (1517,27); Stahlpapiere: 183,11 (187,24)

Kursgewinner (Frankfurt):

KSB St.	215,00	+15,00	+7,5%
Bilf.+Berg.	251,00	+11,00	+4,5%
Hoffm. St.	240,00	+10,00	+4,3%
Rhein. Hypo	595,00	+25,00	+4,3%
Rieb. Mont.	229,00	+9,00	+4,0%
Eschw. Berg	94,00	+3,00	+3,2%
Deere Lanz	165,00	+5,00	+3,1%
Riedel de Haen	950,50	+29,00	+3,1%
DUB-Schulth.	309,00	+9,00	+3,0%
Schwab	340,00	+10,00	+3,0%

Kursverlierer (Frankfurt):

Klöckner	92,00	-14,10	-13,2%
Metallges.	337,00	-27,50	-7,5%
Hanfw.Obern. Vz.	200,00	-10,00	-4,7%
IKK	266,00	-12,50	-4,4%
Pfälz. Hypo	840,00	-39,50	-4,4%
Gerling NA Kl.	570,00	-26,00	-4,3%
Commerzbk. Reste	17,20	-0,75	-4,1%
Moenus	105,10	-4,40	-4,0%
Reichelbräu	590,00	-25,00	-4,0%
Esslinger M.	400,00	-16,00	-3,8%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1900B, VAB 3050G. **Düsseldorf:** BASF 310T, Bayer 329,5, BHF 490T, Contigas 380, Dresdn. Bk. 424, Linde 610bG, Metallges. 335T, Nixdorf 526, Rütgers 425G, Salamander 301bG, Schering 556, VEW 178bG. **Frankfurt:** Ack 51, Allweiler St. 280G, Allweiler Vz. 205bB, BASF 311, Bayer 329, BHF 513T, Commerzbk. 312, Contigas 376, Dresdner Bk. 422, Hoechst 315, IWK 302, KSB 200T, KSB Vz. 185T, Linde 613, Magdeburger Feuer NA 670B, Mainkraft 500T, Metallges. 315, Moto Meter 250G, Nixdorf 536, Pfaff 227T, Rütgers 420,5, Salamander 298T, Schering 550, VEW 180, Wella 795, Ymos Vz. 180. **Hamburg:** Doag 382, Schering 562. **München:** BASF 315bG, Bayer 328bG, Bay. Hdlbk. 455, Br. Wolff. 239, Contigas 385G, Dresdn. Bk. 428, IWK 310B, Linde 600B, Metallges. 340bG, Nixdorf 520bG, Rütgers 420bG; Salamander 295bG, Schering 570B, Stumpf 135bG, VAB 3150TB, VEW 177bG, Wanderer 550TG.

Bezugsrechte: Frankfurt: Vereins-Westbk. 37, Kolbenschm. 17,5, Olivetti 0,1, **Düsseldorf:** Mannesm. 5,55, **München:** Vbk. Nürnbg. 45,5, **Hamburg:** Nordd. Hypo 14, **Stuttgart:** Gehe 17

Devisenmärkte

Nach schwächerem Beginn erholte sich der US-Dollar am 18. März bis 2,25. Amtlich wurde er mit 2,2461 knapp unter der Vortagsnotiz fixiert. Nach den üblichen ersten unruhigen Minuten wickelte sich der Handel recht ruhig ab. Die in Tokio zu verspürende Nervosität, als der Dollar dort vorher auf 124,60 Yen fiel, übertrug sich nicht. Der Beginn von Neubauvorhaben und die Anzahl der Neubaugenehmigungen nahmen im Februar in den USA ab. Auswirkungen auf den Kurs waren nicht vorhanden. Das Britische Pfund notierte 1,5 Pfennig höher. Gerüchte, daß sich die Opec auf Produktionseinschränkungen geeinigt hätte, bestätigten sich vorerst nicht. Ob wirksame Entscheidungen gefaßt werden, blieb auch heute unklar. Der Japanische Yen notierte mit 128,25 erstmals in diesem Monat über 128,00. Unter den Freiverkehrswerten befestigte sich der Australische Dollar um 5 Promille. US-Dollar in: Amsterdam 2,536; Brüssel 46,0188; Paris 6,9885; Mailand 1529,30; Wien 15,77; Zürich 1,8821; Ir. Pfund/DM 3,024; Pfund/Dollar 1,4661; Pfund/DM 3,293.

Devisen und Sorten

18.3.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten Ankauf	Frankf. Sorten Verkauf
New York[1]	2,2421	2,2501	2,2269	2,19	2,29
London[2]	3,286	3,300	3,250	3,23	3,38
Dublin[2]	3,017	3,031	2,953	2,94	3,09
Montreal[1]	1,6105	1,6185	1,5911	1,58	1,68
Amsterd.	88,49	88,71	88,320	87,50	89,25
Zürich	119,24	119,44	119,41	118,00	120,75
Brüssel	4,873	4,893	4,834	4,74	4,94
Paris	32,455	32,615	31,945	31,75	33,50
Kopenh.	26,99	27,11	26,815	26,25	28,00
Oslo	31,62	31,74	30,990	30,75	32,50
Stockh.**	31,155	31,315	30,710	30,50	32,50
Mailand[3]**	1,465	1,475	1,4270	1,41	1,51
Wien	14,23	14,27	14,221	14,16	14,38
Madrid**	1,582	1,592	1,548	1,53	1,65
Lissabon**	1,505	1,525	1,432	1,25	1,65
Tokio	1,281	1,284	–	1,25	1,30
Helsinki	44,04	44,24	43,44	43,00	1,31
Buen.Air.	–	–	–	–	45,00
Rio	–	–	–	–	3,50
Athen* **	1,571	1,625	–	0,85	0,10
Frankf.	–	–	–	1,15	1,85
Sydney*	1,5865	1,6055	–	1,71	1,80
Johannsbg.*	1,108	1,142	–	1,52	1,67
Hongkong *	28,85	28,95	–	1,00	1,25
				26,50	32,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Oslo

[illegible]

Paris

[illegible]

Singapur

[illegible]

Sydney

[illegible]

	18.3.	17.3.
Poseidon	3,25	3,25
Thomas Nat. Tr.	3,6	3,45
Waltons Bond	0,38	0,38
Western Mining	3,66	3,5
Woodside Petr.	0,96	1
Index	1124,40	1112,20

Johannesburg

	18.3.	17.3.
Abercom Inv.		240
AE & Co Ldt.	Werte	11,5
Barlow Rand	lagen	15,5
DeBeers	bei	20,45
Gold Fields	Red.-	40,25

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Tokio

	18.3.	17.3.
Nippon El.	1170	1210
Nippon St.	166	169
Nomura Sec.	1550	1530
Pioneer	1810	1840
Ricoh	864	885
Sankyo	1280	1280
Sanyo Electric	398	401
Sharp	819	866
Sony	3430	3460
Sumitomo Bank	1940	1890
Sumitomo Marine	878	868
Takeda Chem.	12709	1250
Teijin	505	506
Tokio Marine	1110	1140
Tokyo El. Power	3600	3890

[illegible]

Toronto

	18.3.E	17.3.
Shell Canada	22,25	22,125
Sherritt Gordon	7,625	7,75
Stelco -A-	27,75	27,375
TransCda. PipeLines	17,875	18
Westcoast Transm.	14,25	14,25
Index: TSE 300	2966,90	2957,00

Wien

	18.3.	17.3.
Creditanst.-Bkv. Vz.	2325	2300
Gösser-Brauerei	3460	3460
Länderbank Vz.	2300	2280

[illegible]

Zürich

[illegible]





Wegen der Arbeitsruhe am Karfreitag fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgabe vom 29. März 1986.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 29. März möglichst frühzeitig an uns ab.

Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.



4300 Essen 18 / Kettwig
Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 8 579 104

1 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 1 84 611

2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 2 17 001 777

Liebe Leser

Schreiben Sie bitte die Chiffre-Nr. möglichst deutlich, wenn Sie auf eine Chiffre-Anzeige antworten. Sie ersparen sich damit Zeit und unnötige Rückfragen.

AUSSCHREIBUNGEN

STADT BONN
Tiefbauamt - 66 -

Öffentliche Ausschreibung

Die Stadt Bonn, Amt 66 (Tiefbauamt) schreibt im Zusammenhang mit der Erweiterung der Rauchgasreinigungsanlage der Klärschlammverbrennung Salierweg folgende maschinen-, elektro- und bautechnischen Leistungen aus.

Kennziffer: 66–135

1. Gewerk Maschinentechnik (VOL), aufgeteilt in drei Lose:

Los 1: Kalkhydratstation – Nachrüstung eines Silo-Unterteiles in ein bestehendes Gebäude einschl. der Austrags-, Dosier- und Fördereinrichtungen mit Anbindung an vorhandene Trogkettenförderer

Los 2: Erweitern einer Elektrofilteranlage für 2×16 000 m³ Rauchgasvolumenstrom um ein drittes Feld sowie die damit verbundenen Umrüstungen beim Ascheaustrag und im Abgasweg, Umsetzen der Saugzuggebläse, Anpassen der Kanäle, neue Schalldämpfer, Unterstützungskonstruktionen, Bühnen und Treppen.

Los 3: Pneumatische Asche-Förderanlage mit Abluftreinigung einschl. Erweiterungs- und Umschlußarbeiten an der vorhandenen mechanischen Transporteinrichtung und am Aschesilo.

Abgabetermin: 14. 5. 86

Kennziffer: 66–133

2. Gewerk: Elektrotechnik (VOB)
- Erweiterung der Niederspannungs-Schaltanlage
- Kabelmontage für die neu aufgestellten Antriebe
- Umsetzen und Anschließen der Meßschränke für die Rauchgasüberwachung
- Erweiterung der Schaltwarte

Submission: 15. 5. 1986, 9.00 Uhr.

Kennziffer: 66–134

3. Gewerk: Bautechnik (VOB)
- ca. 25 m³ Stahlbeton-Abbruch
- ca. 70 m³ Stahlbeton-Neubau
- Schallgedämmte Tür- und Torkonstruktionen
- ca. 28 m² Doppelboden
- sowie div. bauliche Anpassungsarbeiten für die maschinentechnischen Erweiterungen.

Submission: 15. 5. 1986, 10.00 Uhr.

Die Angebotsabgabe (VOL) bzw. Submission (VOB) erfolgt beim Bauverwaltungsamt, Bonn, Berliner Platz 2, Etage 9 B. Bieter oder ihre Bevollmächtigten sind lt. VOL/A bei der Angebotsöffnung nicht zugelassen.

Angebote können für die Gewerke bzw. die Lose einzeln oder gemeinsam abgegeben werden.

Zuschlagsfrist: 1. 8. 1986.

Ausführungszeit: ca. 18 Monate

vorgesehener Vertragsbeginn: 3. Quartal 1986.

Die Arbeiten werden nur an leistungsfähige Unternehmen vergeben. Von den Bietern ist der Nachweis ihrer Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zu erbringen.

Die Vergabeunterlagen sind ab 18. 3. 1986 gegen Quittung bei der Stadt Bonn, Amt 66 (Tiefbauamt), Stadthaus, Berliner Platz, Aufzug 3, Etage 2, Turm D, erhältlich. Bei schriftlicher Anforderung ist der Einzahlungsbeleg beizufügen.

Die Schutzgebühr beträgt:	
Gewerk Maschinentechnik	100,– DM
Gewerk Elektrotechnik	50,– DM
Gewerk Bautechnik	30,– DM

Zahlung des Entgelts an die Stadtkasse Bonn, Konto-Nr. 11 312 bei der Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00 mit dem Vermerk „Hhst.: 7010.100.0000.1" unter Angabe der Kennzahl. Die Schutzgebühr wird nicht erstattet.

Mord am Kunstsinn

gur. – Niemand von den Gralshütern der reinen architektonischen Lehre, niemand vom Deutschen Werkbund und vom Bund Deutscher Architekten, aber auch niemand vom Denkmalschutz in Hessen läßt ein Sterbenswörtchen zu dem Akt der Denkmalschändung vernehmen, der in Darmstadt ganz offiziell und mit den höchsten staatlichen Weihen der *rot-grünen* Koalition in vier Wochen ins Werk gesetzt wird. Dann nämlich werden die Abbruchkolonnen in eine der schönsten deutschen Ruinen, das im Kriege *ausgebrannte* Theater von Moller und Semper, einziehen und das ehrwürdige, tempelartige Haus von innen ausnehmen wie einen Kadaver.

Verwandelt werden soll es in eine *Black box* für das Hessische Staatsarchiv. Denn ein Theater braucht Darmstadt angeblich nicht mehr, weil die Stadt vor 14 Jahren einen Neubau erhalten hatte, der deplaziert und sperrig im Stadtgefüge liegt. Daß dieser fensterlose Betonklumpen mit seiner miserablen Akustik zur Aufnahme des Staatsarchivs sehr viel besser geeignet wäre als das grandiose Theater, das für die neue *Zweckbestimmung* für 76 Millionen Mark erst zu- und hingerichtet werden muß – das ist der Darmstädter Stadtverwaltung, die sich seit Jahrzehnten geradezu *mit* Hingebung bemüht, die Spuren fürstlichen Kunstsinns in dieser einst für ihre architektonischen Schönheiten berühmten Stadt auszulöschen, natürlich nicht eingefallen.

Daß aber auch die selbsternannten architektonischen Sittenrichter zu diesem Mord an einem Bauwerk schweigen, das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Qualität ihres Kunsturteils und der Kampagnen, die von ihnen gelegentlich – gerade in Hessen – inszeniert werden.

Man muß sich nur erinnern, mit welcher Erbitterung sie bis zuletzt gegen den von den Bürgern begeistert akzeptierten Wiederaufbau der mittelalterlichen Ostzeile auf dem *Frankfurter Römerberg Front* gemacht hatten. Für die Rettung des großartigen Darmstädter Theaters haben sie dagegen nicht ein einziges Mal eine Lippe riskiert. Was ist das? Es ist überholte, spätmodernistische Scheuklappen-Politik.

Das leidige Problem mit dem „Pessimismus" – Die Leipziger Buchmesse '86

Gehört Nietzsche zum Erbe?

Zum ersten Mal erscheint in einem „DDR"-Verlag ein Werk von *Friedrich Nietzsche. Zwar handelt es* sich hierbei eher um eine bibliophile Rarität, nämlich um die Publikation der Handschrift des „Ecce Homo". Gleichwohl aber ist diese Publikation *bei der Leipziger Buchmesse 1986* auch unter den mitteldeutschen Intellektuellen als mittlere Sensation bewertet worden. Vor allem im Hinblick darauf, daß in der „Weißen Reihe" des Verlages „Volk und Welt", der bislang schon durch die Veröffentlichung von Gedichten Celans, Enzensbergers und Rühmkorffs auffiel, erstmals ein Gedichtband von Gottfried Benn unter dem Titel „Einsamer nie" angekündigt wurde.

Kündigt sich hier also die *vorsichtige* Adaption auch „konservativer" Tendenzen bürgerlicher Literatur an? Oder, um im „DDR"-Sprachgebrauch zu bleiben: Schreckt die „Erbeerschließung", *die sich schon Fried*rich dem Großen und Bismarck zuwandte, jetzt auch vor den schlimmsten Erzfeinden nicht mehr zurück? Wenn die Zeichen nicht trügen, ist *man in der „DDR" inzwischen frei*lich wohl vor der eigenen Courage erschrocken. Der Benn-Band ist jedenfalls vorerst einmal zurückgehalten worden. Offiziell wurden dafür *Termingründe und technische Pro*bleme verantwortlich gemacht.

Man lasse sich nicht unter Aktualitätsdruck setzen, hieß es auf der Pressekonferenz. Was im Hinblick darauf, daß Benns 100. Geburtstag ja nicht erst seit gestern bekannt ist, denn doch eher wie eine verlegene Ausrede klang. Es sind wohl ganz andere Termingründe, die hier mitgespielt haben.

Zur Feier das Tagebuch eines Berliner Bäckers

Der Moskauer Parteitag hat Ost-Berlin wohl stärker verunsichert, als das zunächst nach außen sichtbar wurde. Und der eigene XI. Parteitag steht unmittelbar bevor. Da weiß man *nicht so recht, wie es ideologisch wei*tergehen wird. Der „Erbeerschließungs-Prozeß", in den letzten Jahren wohl ohnehin etwas vehement betrieben, hat Irritationen ausgelöst. Und die Stimmung unter den „DDR"-Literaten gibt zu Sorge Anlaß. Kulturminister *Hoffmann* warnte bei der Eröffnung der Buchmesse pointiert vor dem „Pessimismus in der Literatur".

Der Vorsitzende des *Leipziger* Börsenvereins, Jürgen Gruner, fiel bei der Pressekonferenz auf entsprechende Fragen westlicher Journalisten kalkuliert aus der Rolle und wies die Schuld am möglichen Pessimismus den USA und ihren Verbündeten zu, die mit ihrer permanenten Ablehnung sowjetischer Abrüstungsvorschläge auch den Gutwilligsten entmutigen könnten. Und was die Erschließung des Erbes angehe, müsse man es schon der „DDR" überlassen, daß sie diese nach ihrer eigenen Weltanschauung betreibe.

In der schwierigen Situation zwischen den beiden Parteitagen ist es den *Literatur-Organisatoren* sehr recht, sich hauptsächlich mit Interna der Republik befassen zu können. So wurde zum Beispiel in Leipzig die Flut von Publikationen zur 750-Jahr-*Feier Berlins hervorgehoben. Man* schätzt, daß zu diesem Jubiläum in der „DDR" zwischen 150 und 200 Titel erscheinen werden, die nun wirklich alles abdecken, was zu diesem Thema gesagt werden kann.

Das Spektrum reicht von bisher unveröffentlichten Briefen Fontanes über eine Anthologie von Berliner Witzen bis zu einer umfassenden Sozialgeschichte der Stadt. Sprachforscher beschäftigen sich mit der Ent*stehung und Entwicklung des* Berliner Dialekts. Und sogar das Tagebuch eines Berliner Bäckermeisters aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts – soeben entdeckt – darf in dem Publikationsreigen nicht fehlen. *Zahl* und Auswahl der Titel zeigen, in welchem Maß die Staatsführung daran interessiert ist, nationale Identitäten auf sich zu beziehen.

Zum bevorstehenden SED-Parteitag sind auch zwei Anthologien erschienen, die sich *fast* ausschließlich mit dem „DDR"-Alltag beschäftigen und wohl gerade deswegen besonders hervorgehoben wurden, weil man sich hier auf ideologisch sicherem Grund bewegt. Der Schriftstellerverband der „DDR" rief seine Autoren zu einem Beitrag unter dem Titel „Zeitgenossen" auf. Und da kann man nun lesen, wie sich ein Maurer zum Elektroschweißer mausert oder wie ein ehemaliger Spanienkämpfer der heutigen Jugend den Anti-Faschismus erklärt.

Der zweite Beitrag mit dem Titel „Auch du und du" wurde von Verlagen selbst initiiert. Auch hier stehen *Probleme im Betrieb, in der Partei* und zu Hause im Mittelpunkt. Aber das Interessanteste an diesem Band ist wohl die Tatsache, daß auch der wenig geliebte Autor Volker Braun darin vertreten sein *dürfte. Probleme* mit dem Pessimismus hat man hier jedenfalls nicht. Der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, betont den Feiertagscharakter: „Es entspricht *gutem Landesbrauch*, der täglichen Anstrengung eine besondere hinzuzufügen, wenn Besonderes bevorsteht."

Der schnelle literarische Weg von West nach Ost

Auffällig an der diesjährigen Leipziger Buchmesse ist immerhin die Tatsache, daß eine Reihe westdeutscher *Publikationen aus dem Bereich* der Belletristik sehr schnell den Weg in die „DDR" gefunden haben, obwohl, wie auch Börsenvereinsvorsitzender Gruner immer wieder beklagt, Papier und Devisen nach wie vor Mangelware sind. Martin Walsers „*Brandung*" ist *in kleiner Auflage* erschienen, Peter Härtlings „Felix Guttmann" und der Roman „Exerzierplatz" von Siegfried Lenz.

Ansonsten bietet die Leipziger *Buchmesse in unmittelbarer Nach*barschaft des schönen Renaissance-Rathauses auch 1986 das übliche Bild. Rund 1000 Verlage aus 22 Ländern und ein Sonderstand der UNO haben sich wieder eingefunden, was in etwa dem Vorjahresniveau ent*spricht*. Alle 78 „DDR"-*Verlage* sind in Leipzig mit 650 Titeln in einer Gesamtauflage von 143 Millionen Exemplaren vertreten. Hier zeigt sich eine leichte Aufwärtstendenz, und auch der Exportanteil hat sich gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent erhöht.

Das größte Interesse finden nach wie vor die Belletristikstände der Bundesrepublik, wobei unter anderem Rowohlt, Fischer und Ullstein wieder eigene Kojen eingerichtet haben. Der *Andrang ist riesig*, das Geschäft hält sich im devisenabhängigen Rahmen, und der Besucher ist froh, wenn er nach dem Gequetsche im Messehaus bei einer Vorstellung dressierter Mäuse auf dem Marktplatz Entspannung zu finden vermag.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH



Die Zeichnerin Eva Schwimmer in ihrem Berliner Atelier FOTO: GERDA SCHIMPF

Poesie aus Federstrichen

Es ist eine eher beiläufige Zeichnung, eine Miniatur in schmalhohem Format. Unten sieht man ein Liebespaar, sich zu- und der Welt abgewandt. Doch darüber schreitet mächtig mit schmuckem Federhut ein fast fröhlicher Tod. Er ist gegenwärtig, aber offenbar ohne Einfluß. Eva Schwimmer hat dieses Blatt vor sechs, sieben Jahren gezeichnet, mit sicherer Hand und jenem sparsam spröden Federstrich, der andeutet und zugleich die Phantasie anregt. Damals war sie schon hoch in den Siebzigern, heute nun kann sie ihren 85. Geburtstag feiern.

Anfang der zwanziger Jahre kam sie aus Ostpreßen nach Leipzig, um an der Akademie der Graphischen Künste zu studieren. Sie lernte Max Schwimmer kennen, heiratete, hatte ein paar karge, aber glückliche Jahre.

Dann kam 1933. Max Schwimmer erhielt *Arbeitsverbot*. Eva Schwimmer durfte nicht mehr ausstellen, und das waren nicht die einzigen Probleme. Eva Schwimmer kehrte mit den beiden Kindern zu ihren Eltern zurück. Mit Pressezeichnungen, zuerst *in Königsberg, dann in Berlin, sorgte* sie für die beiden Kinder. Nach dem Krieg sah alles besser aus. Sie wurde Professor an der Hochschule in Weißensee. Aber als sich mit der Sowjetisierung der sozialistische Realismus lähmend auf die Künste legte, wechselte sie von Ost- nach West-Berlin. Wieder mußte sie bei Null anfangen.

Doch dann kamen Preise, Aufträge für Wandbilder und für Illustrationen, *denn das Zeichnen* war und bleibt ihre Domäne. Sie versteht es, mit ihren zarten Bildern Geschichten und Gedichten ein verdoppeltes Leben zu geben – nicht zuletzt in der WELT. Eine Kunst, die der Dichtung dient, ohne laute Töne, dennoch *selbstbewußt*.

P. D.

„Paris, Texas" auf der Bühne: Sam Shepards „Liebestoll" erstaufgeführt

Partitur für vier Menschen im Motel

Manchmal kommt auch die Provinz zu einer deutschsprachigen Erstaufführung. Das Erlanger „Theater in der Garage", eine kleine kommunale Institution, wetteiferte mit dem großen Staatstheater Stutt*gart um die Premiere von* Sam Shepards Stück „Liebestoll". In Stuttgart arbeitet der renommierte Regisseur Arie Zinger mit zwei namhaften Schauspielern, Susanne Lothar und Ulrich Tukur, an der Inszenierung. Das dauert. In der fränkischen Universitätsstadt führte ein Johannes Zametzer Regie und war schneller. Schlechte Wettbewerbsbedingungen trotzdem. Die Erlanger Produktion ist denn auch nur Skizze für *die weitere Auseinandersetzung* mit dem Stück.

Die Bühne dieses Erlanger Garagen-Theaters sieht ziemlich genau so aus, wie sie das Textbuch vorschreibt: „Komplett eingerichtetes Zimmer eines Billig-Motels am Rande der *Mojave-Wüste ... gußeisernes* Einzelbett mit vier Pfosten, ein wenig von der Bühnenmitte (am besten links) ..." Der Autor Sam Shepard hat sehr genaue Raumvorstellungen entwickelt. Auch die Regieanweisungen sind detailliert. Eine Partitur liegt vor, die den Regisseur eigener Einfälle enthebt, wenn er sich daran hält. Zametzer hat sich daran gehalten. „Liebestoll" wird vom Blatt gespielt.

Sam Shepard ist in der Bundesrepublik bekannt geworden durch sein Drehbuch für den Wim-Wenders-Film „Paris, Texas". Nun interessieren sich die Bühnen auch für die Stücke, die der 43jährige Amerikaner schreibt, Stücke, die in den USA Erfolg haben. Es sind Stücke über den Westen der Vereinigten Staaten, Stücke über die Augenblicks-Situation von Menschen, die dennoch determiniert sind von ihrer Vergangenheit und für die die Zukunft gerade noch denkbar ist, ohne daß sie geplant werden könnte.

„Liebestoll" ist so ein Stück. Ein paar Menschen im Motel. Eddie und May treffen sich in einem Riesenzimmer, reden und berühren einander, zart oder heftig. Ein zweiter Mann ist lediglich Katalysator, um Handlungen und Emotionen weiterzutreiben. Eine zweite Frau ist reduziert auf Autoscheinwerfer vor dem Fenster, einen Schuß, eine flammende Explosion als Schlußpointe.

Und dann gibt es noch den Vater, diese typische Figur der amerikanischen Dramatik, Fiktion und Vision. Der Vater sitzt am Rand der Bühne in *einem Schaukelstuhl, ist als Fatum* in den Köpfen der Personen anwesend. Das ist wohl psychologisch gemeint, belegt die Verstörungen des Paares May und Eddie, erklärt ihr Verhalten.

Eddie ist vom „Wiederholungszwang" gesteuert, denn wie sein Vater verläßt er immer wieder die Frau, die er liebt, und wie sein Vater teilt er seine Liebe. Das führt zu Ausbrüchen von Eifersucht vor dem Motelfenster, wo im Dunkeln die verlassene Frau fast bis zu Mord und Totschlag rast. Auch Mord ist nämlich in der Geschichte des Paares schon vorgezeichnet. Eddies Mutter hat Mays Mutter erschossen. Beide Frauen waren Geliebte des Vaters. May und Eddie, als ein fünfzehn Jahre in seine Liebe verkrampftes Paar eingeführt, werden als Schwester und Bruder enttarnt.

Eine gelungene Inszenierung von „Liebestoll" müßte sein wie ein Bild von Edward Hopper: mit scharfen Schattenrändern, genau in seiner realistischen Oberfläche. Diese Qualität erreicht die Erlanger Aufführung nicht. Zametzer hat die Regieanweisungen in Szene gesetzt. Stelios Vasikaridis hat ihm dazu drei wackelnde Wände auf die kleine Bühne gebaut. Dazwischen versuchen sich die Akteure an Spannungen, die überhaupt „Liebestoll" erst interessant machen könnten. Sie scheitern daran, denn sie kommen oft über das Textaufsagen nicht hinaus. Aber die Gelegenheit, „Liebestoll" als Bühnenstück zu entdecken, ist ja mit einer Erstaufführung in Erlangen noch nicht vertan.

HEINZ L. MANN

Paris: Uraufführung von Denissows Oper „L'Ecume des Jours" nach Vian

Max Ernst und Mozarts Mathematik

Begegnungen der russischen mit der französischen Kultur haben nach stürmischen Umarmungen schon oft auf überraschende Weise Gültiges, die europäische Kunst nachhaltig Prägendes hervorge*bracht – man denke nur an Strawin*sky, Prokofiev, Diaghilev, Petipa und das russische Ballett schlechthin oder andererseits auch an Debussy. Den aus Sibirien stammenden, von Dimitri Schostakowitsch entdeckten Moskauer Komponisten Edison Denissow jedenfalls haben die französische Sprache und Kultur wie viele seiner Vorgänger fasziniert, und er fühlt sich in ihnen so zu Hause, daß ihm mühelos ein französisches Libretto *von der Hand geht, das dann in Paris* akzeptiert wird.

Besonders angetan hat es ihm die Dichtung des existentialistischen Sartre-Gegners und Jazztrompeters Boris Vian (1920–1959), die er bereits in seinem Vokalzyklus „La Vie en Rouge" aufgegriffen hatte; der Plan, aus dessen Roman „L'Ecume des Jours" (Der Schaum der Tage) eine Oper zu machen, beschäftigte ihn zwölf Jahre lang. Fertig wurde sie dann 1981.

Denissow gehört trotz (oder wegen) seines internationalen Ruhmes nicht zu jenen Komponisten, von denen es selbstverständlich ist, daß seine Werke in der Heimat aufgeführt und im Ausland protegiert würden; eher ist das Gegenteil die Regel. So muß man die Uraufführung seiner Oper an der Pariser Opéra Comique, die Jean-Claude Fall inszenierte und John Burdekin dirigierte, als Glücksfall *und verdienten Lohn langer Mühen* ansehen.

Vians unglückliche Liebesgeschichte hat in ihren mutwilligen Montagen von Alltäglichem und Trivialem – Montagen, in deren Ritzen Tod und Brutalität lauern – Berüh*rungspunkte zu den Bildern von Max* Ernst und zugleich zum Geist des Jazz schlechthin. Sie ist streckenweise ein absurder Porno mit vergnügten Übersteigerungen – so treten da zwei *Ehrenpäderasten auf, die Denissow* auch vertont hat, die in der Pariser Aufführung aber gestrichen wurden.

Diese anspielungsreiche und verdrehte Dichtung in ihrer übermütigen Lebensfreude läßt sich nicht einfach veropern, ohne daß die Hand*lungsstränge einschichtiger und da*mit rührseliger würden – es sei denn, von ihrem Jazz-Geist würde einiges in klingende Jazzmusik zurückverwandelt, und dies eben tut Denissow, der seine *Neigung* in dieser Richtung nie verleugnet hat. Er greift somit eine Operntradition auf, die seit Krenek und Weill gewissermaßen brachgelegen hat, weil Alban Bergs „Wozzeck" und „*Lulu*" dazwischenkamen und der Gattung eine andere Richtung gaben.

Obwohl diese Oper swingt wie ein Musical und darin auf neue Weise schön und ausdrucksvoll gesungen wird, hat sie ihre strengen und komplizierten Baupläne, für deren Ineinander aus Lebensfreude und Entsetzen sich etwa Bernd Alois Zimmermanns „Soldaten" als Beispiel anbieten.

Denissow hat bei dieser „Kugelgestalt der Empfindungen" vor allem *aber bei Mozart Maß genommen*. Wie hatte doch der Meister Schostakowitsch dem gerade beginnenden, damals noch Mathematik studierenden Kollegen Edison Wassiliewitsch geraten? Er solle nicht die mächtigen und „erfolgreichen" Parteikomponisten beneiden, sondern Mozart. Der Neid auf Mozart werde ihn schon weiterbringen.

Er hat ihn weitergebracht und in diesem Fall – das kann man wohl *schon jetzt sagen – ein Kunstwerk* von europäischem Ausmaß hervorgebracht. Es muß übrigens ins Russische noch übersetzt werden, und das wird weder in den textlichen noch in den gesanglichen Strukturen, so Denissow, ganz einfach sein.

DETLEF GOJOWY

Nächste Vorstellungen: 20., 22. und 24. März; Karten-Vorbestellungen: 00331/42 96 06 11

Film: „Auf der Jagd nach dem Juwel vom Nil" von und mit Michael Douglas

Das Geheimnis der dicken Brillengläser

Der grüne Diamant sei gefunden, verheißt das *Kinoplakat, aber es* gehe nun weiter: „Auf der Jagd nach *dem Juwel vom Nil*". Der Film verspricht eine Wiederholung seiner selbst, von gleicher, wenn nicht noch höherer Qualität, er ist ein Markenartikel, garantiert durch den Namenszug von *Michael Douglas* als Hauptdarsteller und Produzent, nach den Romanfiguren – wohlgemerkt, nur den Figuren! – von Diane Thomas; der Roman zum Film – also nicht bloß die Figuren! – erschien im Heyne-Verlag.

Es ist eine Übersteigerung des Genres und gleichzeitig seine Parodie, der geballte *Einsatz aller Effekte* des Abenteuerfilms, unter Verwendung *sämtlicher Ingredienzien* aus dem Rezeptbuch Karl Mays, Unterab*teilung*: Scheiche und Emire. Eine Spezialität ist, daß ungeheuer viel dabei zu Bruch geht, einschließlich eines Jagdflugzeuges, mit dem *Michael* Douglas auf engstem Raum spazieren fährt, als bewege er sich durch *die* Straßen von San Francisco.

Überhaupt ist *Quantität* Trumpf, man schaudert bei dem Gedanken an *die aufzubringenden* Gagen für die unabsehbaren Scharen von Komparsen, von den vielen in die Luft gesprengten Luxusyachten und Kampfpanzern ganz zu schweigen. Die Schlußapotheose ist eine Art in die Wüste verlegter Kreuzung aus Nürnberger Parteitag und André Hellers Feuerwerk über dem Berliner Reichstag, mit nahöstlichen Folklore-Elementen gemischt. Es fehlt auch nicht an Jagden über Eisenbahnwaggondächer und *Kletterpartien an Felswän*den, und unablässig wird aus Maschinenpistolen geballert, ohne daß irgend jemand dabei zu Schaden käme.

Der *Anfang* ist besonders originell: Eine blonde Bestseller-Autorin sitzt an Deck einer Motoryacht in einem pittoresken, Hafen und träumt von einer kitschigen Trauungszeremonie, da entert plötzlich eine Schar von Piraten im Kostüm eines früheren Jahrhunderts das Schiff. *Offenbar hält sie* das für einen Beweis, daß ihr nichts *Neues mehr einfällt*. So läßt sich von einem arabischen Potentaten zu dessen Thronbesteigung einladen, den liebenswerten Playboy, der sie bisher auf ihrer Mittelmeerreise begleitet hat, hingegen fallen. Der reist ihr nun nach, weil er sich bei Auffindung eines geheimnisvollen Juwels vom Nil in ein vorteilhaftes Licht zu setzen hofft. Daß dieser Juwel kein Stein, sondern ein kleiner Herr mit dicken Brillengläsern und schwarzem Vollbart ist, bildet den Knüller der Verfolgungsjagd, den man eigentlich gar nicht verraten dürfte.

Nach vielen Prüfungen – darunter einer Kerkerszene frei nach „Aida", durch einige freßgierige Ratten angereichert – führt *Michael Douglas* zum guten Schluß die Braut heim: die *blonde Kerstin Turner, viel zu hübsch* und zu sportlich, um sich aufs Romaneschreiben zu verlegen. Auch der vom Mißgeschick verfolgte Sancho Pansa aus der Personenschar Karl Mays hat alles gut überstanden. Der 20th-Century-Fox-Film auf Breitwand, Regie: Lewis Teague, wird seinen Weg, wie überall, so auch in Deutschland machen.

HELLMUT JAESRICH



Zu hübsch, um Romane zu schreiben: Kathleen Turner auf Schatzsuche am Nil FOTO: FOX

Wien: Harald Kislingers Stück „Die Steinheiligen"

Und Tote reden doch!

Daß Tote mit sich reden, Bier trin*ken, sich räkeln, wird im ersten* Teil des Stückes „Die Steinheiligen" des jungen Österreichers Harald Kislinger, Verfasser mehrerer Hörspiele und kleiner Dramen, unterstellt. Während der offenbar verstorbene Herr Bösner vorne an der Rampe Monologe hält, werden im Hintergrund dazu passende Szenen gezeigt. Die trauernde Familie ist eben vom Begräbnis gekommen und läßt ihre bis ins Extrem gehende Verehrung für *den Dahingeschiedenen erkennen*.

Bösner muß ein Don Juan gewesen sein, dieser Gemeindeschreiber im Mühlviertel, der viel lieber Arzt geworden wäre und in seinem Rückblick Verzweiflung über ein vertanes Leben neben Ekel vor dem Provinzdasein erkennen läßt. Hier ist wohl die Erklärung für den ungewöhnlichen *Titel zu finden – die Menschen* sind weder steinreich noch steinalt, aber innerlich versteinert.

Am Ende stellt sich recht überraschend heraus, daß dieser scheinbar Tote, Herr Bösner, durchaus lebendig ist. Der Begrabene aber war der Arzt gewesen und ist von ihm mit seiner Frau betrogen worden, die daraus entsprossenen Töchter, denen der Vater unvergeßliches Vorbild ist, hatten keine Ahnung von ihrem wahren Erzeuger. Eine geschickte Volte des *Dramatikers, eine Art Blackout*, die den etwas dürftigen Text auffettet.

Das Ganze wurde auf der Experimentierbühne des Burgtheaters, im „3. Raum", uraufgeführt (Regie: Wilhelm Engelhardt) und kann als Talentbeweis für den Autor gelten. In *Rudolf* Wessely hat er einen unübertrefflichen Interpreten der Hauptfigur und in Lotte Ledl eine glaubhafte Verkörperung der ebenso ansehnlichen wie scheinheiligen Ehefrau. Erfreulicherweise unterbleibt der Versuch zum Dialekt: Nur in der gelegentlich *geschraubten* Redeweise nach Horváthscher Art kommt das *Volksmilieu* zur Geltung. Dieses Stück ist das erste einer „Die Mühlviertler" genannten Trilogie, das nach dem Plan des Verfassers das Mühlviertel nur als Synonym für Provinzleben meint.

ERIK G. WICKENBURG

JOURNAL

Echter Mantegna, von Vandalen restauriert

SAD, London

Das Londoner Auktionshaus Sotheby's hat vermutlich ein bisher unbekanntes Werk Andrea Mantegnas entdeckt, dessen „Anbetung" im vergangenen Jahr von Christie's für 7½ Millionen £ versteigert worden war und seitdem als das teuerste Gemälde gilt, das je*mals auf den Kunstmarkt kam*. Bei der Neu-Entdeckung handelt es sich um ein Bildnis der „Heiligen Familie mit St. Elisabeth und St. Johannes", das bis vor kurzem in *einem Marseiller Haus hing*. Das bislang als „aus der Schule des Mantegna stammend und von Vandalen restauriert" angesehene Werk stammt vom Meister selbst – wie*wohl in der Tat* von nicht eben meisterhafter Hand dick mit Ölfarben „aufgefrischt" und satt gefirnißt. Darunter freilich befindet sich ein zartes, authentisches Mantegna-Tempera. *Das Risiko, das öl*verkleisterte Original freizulegen, mag Sotheby's freilich nicht auf sich nehmen – das soll der Käufer auf eigene Gefahr unternehmen. Wenn der „neue" Mantegna am 22. Juni in Monte Carlo unter den Hammer kommt, so schätzen die Auktionatoren, wird das Bild drum auch nicht mehr als schätzungsweise 500 000 bis 600 000 £ bringen.

Nachwirkungen des Berliner VS-Kongresses

DW. Göttingen/Stuttgart

Aus Protest gegen das Ergebnis *der Vorstands-Neuwahlen auf dem* 7. Bundeskongreß des Verbandes deutscher Schriftsteller am Wochenende in Berlin ist der Göttinger Schriftsteller Guntram Vesper aus der Organisation *ausgetreten. Die* Hamburger Schriftstellerin Karin Struck erklärte in einem Rundfunkinterview, sie erwäge ebenfalls den Austritt. In einem Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten" erklärt der Schriftsteller Martin Walser, daß der VS einen hauptberuflichen, bezahlten Präsidenten brauche, und bringt für dieses Amt Dieter Lattmann ins Gespräch. Walser: „Er wäre ein glänzender, professioneller Vorsitzender, geradezu ideal. Er hat literarisches und politisches Profil und besitzt die im VS so dringend benötigte Integrationskraft". Walser selbst will nicht aus dem VS austreten: „Keine Sekunde denke ich daran". Für sich selbst lehnt er aus *Zeitgründen* die Übernahme eines VS-Amtes ab.

„Kulturpaket" für Stuttgart beschlossen

dpa, Stuttgart

Auf ein „Kulturpaket" für die Stadt Stuttgart haben sich der Oberbürgermeister Manfred Rommel und der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (beide CDU) geeinigt. Es enthält Planungen für „Europäische Musikfeste" in Stuttgart in den Jahren 1988 und 1991 und sieht neue Stellen an den Theatern der Stadt und dem Philharmonischen Orchester vor. Die Kosten, 2,7 Millionen Mark, übernehmen Stadt und Land zu gleichen Teilen. Das Philharmonische Orchester soll „zur Steigerung der *Qualität*" um zehn Musiker erweitert werden, sagte Rommel weiter. Die Kosten für die Bach-Akademie, die bislang großenteils das Land trug, wollen sich Landeshauptstadt und Land künftig teilen.

Philadelphia Orchestra: Keine UdSSR-Tournee

AFP, Philadelphia

Das Philadelphia-Orchestra hat die Einladung der sowjetischen Behörden zu einer UdSSR-Tournee im Mai ausgeschlagen. Das von Ricardo Muti geleitete Ensemble hatte als erstes amerikanisches Orchester nach dem Abschluß eines amerikanisch-sowjetischen Kulturabkommens beim Genfer Gipfeltreffen die Aufforderung zu einer Gastspielreise in *die Sowjetunion erhalten*.

Chemnitzer Rathausturm wird wieder aufgebaut

AP, Chemnitz

Der Rathausturm in Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt), durch Kriegshandlungen am 5. März 1945 in sich zusammengefallen, soll in voller *Höhe von 64 Metern und* in seiner ursprünglichen Form wiedererstehen. Die Arbeiten an dem denkmalgeschützten alten Rathaus sollen der Beginn der Rekonstruktion des Chemnitzer Marktes sein.

Gerhard Weber †

dpa, Starnberg

Der Architekt Prof. Gerhard Weber, der unter anderem die Staats*oper Hamburg, das Nationaltheater* Mannheim und den als „Atomei" bekannten Forschungsreaktor in Garching entwarf, ist im Alter von 76 Jahren gestorben. Weber mußte aus Gesundheitsgründen 1975 seinen Lehrstuhl für Entwerfen und Gebäudelehre an der Technischen Universität München (TU) aufgeben, den er *20 Jahre* innehatte. Eine Ausstellung des Gesamtwerks Webers soll voraussichtlich vom 2. Juni an in der TU gezeigt werden.

„Es bleibt ein nicht unerheblicher Verdacht"

Frauenärzte im Vergewaltigungs-Prozeß freigesprochen

DIETER DOSE, Berlin

Mit einem Freispruch endete gestern das Revisionsverfahren gegen zwei Berliner Frauenärzte, die von ihrer ehemaligen 37jährigen Kollegin wegen Vergewaltigung angezeigt worden waren. Die 12. Große Strafkammer des Landgerichts Berlin hielt es für nicht eindeutig erwiesen, daß die beiden Mediziner, der zuletzt als Oberarzt tätige, verheiratete Frauenarzt Dr. Klaus Stadler und der Frauenarzt und Privatdozent Wolfgang Hardt, die Narkoseärztin in der Nacht zum 22. Dezember 1983 in ihrem Dienstzimmer vergewaltigten. Damit entsprach das Gericht dem Antrag der Verteidiger der beiden Angeklagten. Unmittelbar nach der Urteilsverkündung protestierten weibliche Zuschauer lautstark im Gerichtssaal gegen das Urteil.

Mit dem Spruch der Kammer wurde das Urteil vom September 1984, in dem die heute 39 und 41 Jahre alten Mediziner zu je 27 Monaten Haft wegen Vergewaltigung verurteilt worden waren, aufgehoben. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende Richter aus, daß grundsätzlich Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen schwere Verbrechen seien, die bestraft werden müßten. In dem vorliegenden Fall sei die Prozeßführung allerdings sehr schwierig gewesen, da das fragliche Geschehen trotz umfangreicher Beweisaufnahme „undurchschaubar geblieben" sei.

Begründete Zweifel

Es bestünden begründete Zweifel am Wahrheitsgehalt der im Prozeß gemachten Aussagen. Auch seien die Zeugenaussagen widersprüchlich gewesen. Gegen die Angeklagten bleibe allerdings ein „nicht unerheblicher Verdacht bestehen". Ein solcher Verdacht reiche allein allerdings nicht aus, die Angeklagten zu verurteilen.

Die Angeklagten hatten zuvor im Schlußwort ihre Unschuld beteuert. „Wir haben Frau M. nicht vergewaltigt, und sie weiß das auch ganz genau", sagte Stadler. Hardt forderte das Gericht auf, nicht den Weg der Staatsanwaltschaft zu geben, „die Zweifel an der Schuld hat, aber dennoch verurteilen will".

Revision angekündigt

Während des Prozesses mußte sich auch die von zwei Rechtsanwältinnen vertretene Ärztin als Nebenklägerin des Verfahrens den Vorwurf machen lassen, unglaubwürdig zu sein. So stellte die Verteidigung der beiden Angeklagten sieben verschiedene Tatversionen fest. Die Verteidiger kamen auch immer wieder auf die Frage zurück, warum die Ärztin denn – nachdem sie während der Nacht auf eine Wachstation gerufen wurde – in ihr Zimmer zurückkehrte, wo sie die beiden Männer nach den von ihr behaupteten Nötigungen immer noch saßen.

Die Rechtsanwältinnen der 37jährigen Narkoseärztin haben Revision gegen den Urteilsspruch angekündigt. Die Begründung des Gerichts, Widersprüche in den Zeugenaussagen als Grundlage für den Freispruch zu nehmen, reiche nicht aus. Nach soziologischen Forschungsergebnissen seien widersprüchliche Aussagen von Frauen, die vergewaltigt wurden, unter anderem damit zu begründen, daß sie Einzelheiten des Tathergangs zum Teil unbewußt verdrängten.

Trotz der Freisprüche bleibt für die beiden Ärzte – einer arbeitslos, der andere als Beamter mit halben Bezügen beurlaubt – zunächst die Ungewißheit über ihre berufliche Zukunft. Zumal die Möglichkeit besteht, daß der Fall eine dritte gerichtliche Auflage erlebt.



„Leinen los" heißt es am kommenden Montag für die „Deutschland", das Schulschiff der Bundesmarine FOTO: DIE WELT

Mit jedem Kummer zum Kommandanten

GEORG BAUER, Kiel

„Irgendwann kommt der Punkt, wo sich die Leute nicht mehr riechen können", weiß Kapitän zur See Wulf Plesmann aus Erfahrung. Dann ist auch psychologisches Fingerspitzengefühl nicht mehr gefragt. Wenn gutes Zureden nicht mehr hilft, wird der Niedersachse eben grantig und ruft den Offizieren schon mal zu: „Schluß mit der Maulerei." Auch auf seiner letzten Reise als Kommandant des Schulschiffes „Deutschland" wird dieses seelische Tief so sicher kommen wie das Amen in der Kirche. Fünf Monate auf See sind für die 300köpfige Stammbesatzung, die zum Teil aus Wehrpflichtigen besteht, eine lange, sehr lange Zeit.

Nach einer Generalüberholung im vergangenen Jahr, bei der die größte Einheit der Bundesmarine auf Herz und Nieren überprüft worden war, heißt es am kommenden Montag in Kiel wieder „Leinen los". Die Reiseroute sieht unter anderem Abstecher nach Conakry (Guinea), Abidjan (Elfenbeinküste), Montevideo (Uruguay), Buenos Aires, Rio de Janeiro, New York und London vor.

15 Jahre lang ließ sich im südamerikanischen Raum kein Kriegsschiff der Bundesmarine mehr blicken – die politischen Verhältnisse sprachen dagegen. Jetzt aber, da Staaten des amerikanischen Subkontinents auf dem Weg zurück zur Demokratie sind, zeigt die „Deutschland" – neben dem Segelschulschiff „Gorch Fock", ebenfalls „schwimmender Botschafter" – dort wieder Flagge.

Die Kadetten der Marineschule in Flensburg-Mürbik, die nach einer Reise von zweieinhalb Monaten gegen eine andere Kadettencrew ausgetauscht werden, müssen ebenso wie die Stammbesatzung mit Informationen „gefüttert" werden. Auf dem Lehrplan steht daher neben der militärischen Ausbildung – etwa in der Operationszentrale, an der Maschine oder an den Waffen – auch die Kenntnis über das jeweilige Gastland.

„Ihr seid Botschafter in Blau" lautet die Devise für die Offiziersanwärter, „benehmt euch also." Die Mahnung scheint auf fruchtbaren Boden zu fallen. Mit Militärpolizisten legte sich die Besatzung bisher nicht an. „Sicher, ab und an schlägt einer schon mal über die Stränge. Wer weiß schon, wie Wein in der Hitze wirkt", äußert Plesmann Verständnis. Ein solcher Fall werde aber kameradschaftlich und schnell ausgebügelt.

Mit feinem Gespür hat die Marine außerdem Trinkgelagen vorgebeugt. Ein „trockenes Schiff", wie es vor allem die Amerikaner kennen, ist die „Deutschland" nicht. Zwei Flaschen Bier pro Tag pro Mann versuchen das Nachholbedürfnis nach Alkohol im Keim zu ersticken. Nur am Wochenende geht es manchmal zünftiger zu auf den Decks des Schulschiffes, besonders in den wärmeren Gefilden. „Grillfeuer frei und zusammengesetzt zum Plausch" heißt es dann. Auch zum Mittagstisch lädt Plesmann die Kadetten – zumindest samstags und sonntags, je zwölf. „Ich muß wissen, was in der Mannschaft vorgeht, was sie bedrückt, welche Sorgen sie haben", umreißt er die schwierige Situation an Bord.

In seiner Rolle als Kommandant gilt seine besondere Aufmerksamkeit der Stammbesatzung. Wer Offiziersanwärter ausbilden will, muß seelisch gefestigt sein. Nicht jeder kann daher Dienst auf der „Deutschland" tun. „Die Einstellung zum Schiff ist wichtig. Ich nehme nur Leute, die mitfahren wollen", so Plesmann. Doch ab und an gibt es doch Probleme – besonders bei Familienvätern. Frauen wollen ihre Männer und Kinder ihre Väter sehen. Kriselt es daher in einer Ehe, schickt Plesmann den Betroffenen nach Hause – im Flugzeug.

Lange Haftstrafen für Düsseldorfer Geiselnehmer

rtr, Düsseldorf

Zu Freiheitsstrafen von jeweils zwölf Jahren hat die 17. Große Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts gestern zwei Geiselnehmer verurteilt, die im August 1984 nach einem mißglückten Banküberfall den herzkranken Leiter einer Düsseldorfer Sparkassen-Filiale rund 36 Stunden in ihrer Gewalt gehalten hatten. Das Gericht erkannte den 33jährigen Roland Martin Sassmannshausen und den 29jährigen Uwe Brandt der erpresserischen Geiselnahme und des erpresserischen Menschenraubes für schuldig. Der Vorsitzende Richter Enno Legde sagte in seiner Urteilsbegründung, bei der Tat der Angeklagten habe es sich um eine „geradezu klassische Geiselnahme" gehandelt. Er bescheinigte den beiden Angeklagten „erhebliche kriminelle Energie". Die Tat sei von den Männern profihaft vorbereitet und durchgeführt worden.

Bankier verurteilt

dpa, Mailand

Ein Mailänder Schwurgericht hat gestern den Bankier Michele Sindona (66) und den Italo-Amerikaner Robert Venetucci wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt. Mit Sindona standen noch weitere 23 Angeklagte vor Gericht, die zu Strafen zwischen sechs und neun Jahren verurteilt wurden. Sindona hatte nach Auffassung des Gerichts unter Beihilfe Venetuccis einen Killer mit dem Mord an dem Anwalt Giorgio Ambrosoli beauftragt.

Spektakuläre Operation

bd, München

In einer vierstündigen, in der Bundesrepublik bisher einmaligen Operation haben Ärzte der Münchner Universitätsklinik den rechten Fuß einer 60jährigen Frau an deren linkes Bein gesetzt. Sie war von einem Zug erfaßt worden. Bei dem Unfall wurde ihr linker Fuß zertrümmert und das rechte Bein in der Mitte des Unterschenkels abgetrennt. Die Alternative wäre eine Amputation beider Beine gewesen. Die Ärzte rechnen damit, daß die Frau später auf Krücken wird gehen können.

Boat-People gerettet

dpa, Köln

Das neue Rettungsschiff „Cap Anamur II" des deutschen Komitees Notärzte hat gestern – 13 Tage nach Aufnahme seiner Mission – etwa 100 Meilen südlich der vietnamesischen Küste im südchinesischen Meer 50 schiffbrüchige Bootsflüchtlinge aufgefischt.

Tod nach Weingenuß

dpa, Mailand

Drei Menschen sind in Mailand vermutlich an vergiftetem Wein gestorben. Die italienischen Behörden ließen in der Lombardei und in Ligurien 5000 Flaschen des Barbera-Weins eines Händlers in Asti beschlagnahmen. In dem Wein wurden größere Mengen an Methylalkohol gefunden.

Bald ohne Urwald

dpa, Kuala Lumpur

Der gesamte Urwald in Malaysia wird innerhalb von 30 Jahren zerstört sein, falls der Holzeinschlag nicht kontrolliert wird. Das teilte gestern der stellvertretende Minister für Rohstoffe, Megat Junid, dem Nationalparlament mit. Gegenwärtig gebe es in dem waldreichen südostasiatischen Staat noch insgesamt 19 Millionen Hektar Urwald. Die Regierung habe daher seit mehr als einem Jahr alle Holz-Exporte vom malaysischen Festland verboten.

„Kunst am Ei"

dpa, Köln

Mehr als 7000 kunstvoll verzierte Eier präsentieren 70 Berufs- und Laienkünstler aus 18 Ländern auf der 3. Internationalen Ostereier-Börse, die morgen im Kölner Gürzenich eröffnet wird und bis Sonntag geöffnet bleibt. Die Techniken reichen von der naiven Öl-Malerei über Batik, Gravuren, Scherenschnitte bis zu chinesischen Tuschzeichnungen. Manche Ausstellungsstücke kosten weniger als zehn Mark, andere mehrere hundert Mark.

Ein Leben in steter Angst

Entführungswelle in Peru / Deutsche Manager bedroht

WERNER THOMAS, Lima

Hans-Dieter Wiederhold, der Leiter der Volkswagen-Niederlassung in Peru, bekam unerwünschten Besuch. Kidnapper drangen in sein Haus ein und wollten ihn verschleppen. Der deutsche Manager konnte sich noch rechtzeitig verstecken. Nach stundenlanger Wartezeit zogen die Eindringlinge enttäuscht davon.

Das südamerikanische Land wird von einer beispiellosen Entführungswelle heimgesucht. Nirgendwo auf der Welt leben die besser gestellten Bevölkerungsschichten gefährlicher als hier. Auch ausländische Firmenvertreter fühlen sich gefährdet.

Nach offiziellen Angaben sind im letzten Jahr 48 Personen gekidnappt worden. Die Dunkelziffer ist jedoch weit höher. Sie liegt vermutlich bei 50 pro Monat, denn die betroffenen Familien führen häufig an den Ermittlungsbehörden vorbei Verhandlungen mit den Entführern.

Die Zeitungen konzentrieren ihre Schlagzeilen nur auf die spektakulärsten Fälle. So bangte das Land wochenlang um das Leben des 18jährigen Unternehmer-Sohnes Herbert Scavino Jockell. Als die Eltern das Ultimatum für die Zahlung von 5 Millionen Dollar verstreichen ließen, bekamen sie per Post ein Ohrläppchen geschickt. Der Schüler ist in der Zwischenzeit wieder frei. Die Familie zahlte 100 000 Dollar – mehr konnte sie nicht zahlen.

Der VW-Mann Wiederhold hat nicht als erster Manager eines deutschen Konzerns mit diesem Problem Bekanntschaft gemacht. Bayer-Chef Guillermo Cornejo löste seine Frau und zwei Kinder mit einer Million Dollar aus. Hoechst-Chef Dieter Koehler konnte nur um Haaresbreite einer Entführung entkommen.

Fast alle Verbrechen dieser Art nehmen innerhalb weniger Tage ein unblutiges Ende. Die meisten Familien zahlen Lösegeld, für gewöhnlich Summen zwischen 50 000 und zwei Millionen Dollar. Und die Polizei erweckt den Eindruck, als sei sie vollkommen machtlos. Nicht zuletzt deshalb, weil der junge sozialdemokratische Präsident Alan Garcia (36) den gesamten Sicherheitsapparat des Landes säubern ließ. Mehr als 300 hohe Beamte und Offiziere standen unter Korruptionsverdacht. In den Untersuchungsgefängnissen sitzen 22 verdächtigte Kidnapper, unter ihnen acht frühere Polizisten.

Darum greift jetzt der bedrohte Personenkreis zur Selbsthilfe. Leibwächter-Annoncen füllen die Anzeigenseiten der Zeitungen. Elektronische Alarmanlagen finden reißenden Absatz, desgleichen Handfeuerwaffen. Die Firmenvertreter reagierten auf andere Weise. Der Hoechst-Mann packte die Koffer. Der VW-Manager blieb, schickte seine Frau und Kinder aber nach São Paulo. Ähnliche Gedanken hegt wohl mancher Kollege. Die meisten wünschen sich, daß ihr Einsatz in Peru bald zu Ende ist, „denn man muß", so ein Deutscher, „ständig zittern".

LEUTE HEUTE

Heino gegen Heino

Sieg – zumindest zu drei Vierteln – für den Ur-Heino, den Bäckergesellen **Heinz Georg „Heino" Kramm** (Foto) aus Bad Münstereifel. Denn der Streit um die Verwendung seines Künstlernamens wurde gestern von der 4. Zivilkammer des Düsseldorfer Landgerichts beendet. Kontrahent **Norbert Hähnel** aus Berlin darf sich



nicht mehr für den „einzig echten und wahren Heino" ausgeben, wie er es in zahlreichen Interviews getan hatte. Sonst drohen ihm ein Ordnungsgeld von bis zu 500 000 Mark oder zwei Jahre Haft. Eines konnte das Gericht dem Spree-„Heino" nicht verbieten: Er darf weiterhin Konzerte mit blonder Perücke und dunkler Sonnenbrille veranstalten. Denn das sei „eindeutig und zweifelsfrei als Parodie zu erkennen". Ein bißchen trotzig meckerte der Berliner „Heino": „Eigentlich wollte ich ja aufhören, das Ganze war mir sowieso schon zu langweilig." Drohung oder nicht: „Jetzt mache ich weiter."

Die Alpen werden in Vitrinen gestellt

In Kempten soll ein Museum der Berge entstehen / Heile Welt und geschundene Umwelt

PETER SCHMALZ, München

Jetzt kommen die Alpen ins Museum. Gemeinsam mit dem bayerischen Kultusministerium und der Stadt Kempten im Allgäu plant der Deutsche Alpenverein ein „Alpinmuseum", das – wie Helmuth Zebhauser als Kulturreferent des Vereins gestern in München erläuterte – nicht nur die Geschichte des Bergsteigens zeigt, sondern umfassend die Alpen als kulturhistorisches Phänomen darstellen wird.

Nach Konzept und Größe ist das bayerische Projekt einmalig in Europa. Mit 1500 Quadratmeter Ausstellungsfläche ist es gut dreimal größer als ähnliche Häuser in Bern und Innsbruck. Zudem wählten die Schweizer für ihr Museum die für eine breite Öffentlichkeit wenig attraktiven Schwerpunkte der Geologie und Kartographie. Und das Innsbrucker Pendant ist in den Augen der Münchner Museumsplaner nur ein zufälliges Durcheinander, zusammengewürfelt aus den Restbeständen des ehemaligen deutschen Alpinmuseums, das 1911 in München gegründet und bei einem Fliegerangriff 1944 zerstört wurde.

Es lag nur am Geld

Seit Jahren bemüht sich der Alpenverein um die Wiedergründung einer ständigen Bergausstellung, wobei er sich beflügelt sah durch das allgemein wachsende Geschichtsbewußtsein. Doch zum Willen mußten sich die Finanzen gesellen, denn Kosten für ein eigenes Museum übersteigen die Möglichkeiten des Alpenvereins und seiner 460 200 Mitglieder.

Hilfe kam schließlich von Bayerns Kultusminister Professor Hans Maier, der seit geraumer Zeit außerhalb der Millionenstadt München Zweigmuseen gründet, in denen die Schätze aus den überfüllten Kellern der Staatsgalerie und des Nationalmuseums ausgestellt werden. In Kempten bot sich die Chance, nachdem der Marstall der ehemaligen Residenz von Stadt und Land für 3 Millionen Mark renoviert war und seither in zwei Stockwerken 1500 Quadratmeter einer sinnvollen Nutzung harren.

Da traf es sich wohl auch recht gut, daß Kemptens Oberbürgermeister Josef Höß Mitglied des Alpenvereins ist, dessen Vorsitzender Fritz März seinerseits Bürger von Kempten ist. Und daß ein weiterer Einwohner der Stadt an der Iller seit längerer Zeit alte Ski sammelte und diese nun der Stadt vermachte, brachte nebenbei auch noch die künftige Museumsabteilung „Alpiner Wintertourismus".

Doch das Skivergnügen soll nur ein Teilaspekt des Ausstellungskonzepts sein, denn zum einen existiert seit diesem Winter in Planegg bei München das Skimuseum des Deutschen Skiverbands, das sich mit der technischen Geschichte des Laufs auf zwei Brettern befaßt, und zum anderen wollen die Planer des Alpenvereins nicht nur die heitere Seite des Alpintourismus darstellen. „Wir müssen uns auch auseinandersetzen mit den Problemen, die durch die Erschließung der Alpen entstanden sind und an der wir vom Alpenverein beteiligt waren", räumt Helmuth Zebhauser ein. Auch das Sterben des Bergwaldes soll nicht verschwiegen werden.

General Dietls Eispickel

Exponate über die alpine Bau- und Wohnkultur aus den Asservatenkammern des Bayerischen Nationalmuseums und Gemälde aus der Münchner Staatsgemäldesammlung kommen ebenso hinzu wie Bücher, Bilder und Erinnerungsstücke aus dem Besitz des Alpenvereins. Darunter ist auch der Eispickel des legendären Generaloberst Dietl, der im Zweiten Weltkrieg mit österreichischen und bayerischen Gebirgsjägern im norwegischen Narvik kämpfte. Aber auch die Ausrüstung einer der ersten Himalaja-Expeditionen, denn mit ihrem Alpinmuseum wollen die Bayern über Zugspitze und Watzmann auch ein wenig hinwegschauen in die weite Welt des Alpinismus.

In zwei bis drei Jahren soll das Haus eröffent werden, zuvor aber werden schon Einzelausstellungen abgehalten. Die erste bereits in diesem Jahr über moderne Alpin-Malerei, in der wenig zu spüren sein wird von der heilen Bergwelt und viel von einer durch den Menschen geschundenen Umwelt. Denn Mut zum Heiklen will der Alpenverein nicht nur beim Bergsteigen beweisen.

WETTER: Mild und trocken

Lage: Ein Tiefausläufer über den Britischen Inseln kommt nur langsam gegen das osteuropäische Hoch voran und verliert dabei an Wetterwirksamkeit.

Vorhersage für Mittwoch: Nach Auflösung von Dunst oder Nebel wieder heiter. Im Tagesverlauf von Westen aufkommende Bewölkung, aber niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen 11 bis 15 Grad, am Oberrhein bis 18 Grad. Tiefstwerte kommende Nacht 5 bis 0, örtlich bis minus 4 Grad. Schwacher, zeitweise mäßiger Wind aus Südost.

Weitere Aussichten: Im Westen zeitweise stark bewölkt, sonst heiter, wenig Temperaturänderung.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.26 Uhr*, Untergang: 18.34 Uhr; **Mondaufgang:** 11.18 Uhr, Untergang: 4.23 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 19. März, 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	12	wl
Bielefeld	15	he
Braunlage	9	he
Bremen	12	bw
Dortmund	14	he
Dresden	12	wl
Düsseldorf	15	he
Erfurt	10	he
Essen	15	wl
Feldberg/S.	4	bw
Flensburg	10	he
Frankfurt/M.	12	bw
Freiburg	13	bw
Garmisch	13	bw
Greifswald	12	wl
Hamburg	11	he
Hannover	14	bw
Kahler Asten	9	bw
Kassel	11	bw
Kempten	10	he
Kiel	11	wl
Koblenz	12	bw
Köln-Bonn	14	he
Konstanz	10	bw
Leipzig	11	wl
List/Sylt	8	wl
Lübeck	11	wl
Mannheim	14	bw
München	9	he
Münster	15	wl
Norderney	13	he
Nürnberg	11	bw
Oberstdorf	10	he
Passau	11	he
Saarbrücken	13	wl
Stuttgart	12	he
Trier	14	he
Zugspitze	-4	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	18	bw
Amsterdam	11	bw
Athen	12	he
Barcelona	15	he
Belgrad	6	he
Bordeaux	18	bw
Bozen	12	he
Brüssel	15	wl
Budapest	5	he
Bukarest	4	bd
Casablanca	16	bw
Dublin	9	bw
Dubrovnik	11	he
Edinburgh	7	R
Faro	16	bw
Florenz	13	he
Genf	12	bw
Helsinki	3	wl
Hongkong	22	bw
Innsbruck	11	wl
Istanbul	14	bd
Kairo	21	wl
Klagenfurt	5	he
Konstanza	5	bw
Kopenhagen	7	he
Korfu	11	bd
Las Palmas	20	he
Leningrad	7	wl
Lissabon	14	bd
Locarno	8	bw
London	11	bd
Los Angeles	10	wl
Luxemburg	12	wl
Madrid	13	bw
Mailand	9	bw
Malaga	13	bw
Mallorca	17	he
Moskau	6	wl
Neapel	15	he
New York	3	wl
Nizza	14	he
Oslo	1	Ne
Ostende	14	he
Palermo	15	he
Paris	15	wl
Peking	3	bw
Prag	10	wl
Rhodos	18	he
Rom	10	he
Salzburg	13	wl
Singapur	25	Gw
Split	11	he
Stockholm	7	wl
Straßburg	14	wl
Tel Aviv	19	he
Tokio	12	bd
Tunis	20	he
Valencia	16	he
Varna	6	bd
Venedig	9	wl
Warschau	8	wl
Wien	8	wl
Zürich	12	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Geheimnis einer unerschütterlichen Seele

Luo Mingshan, Arzt für traditionelle chinesische Medizin, ist 113 Jahre alt, behandelt täglich etwa 40 Patienten und kennt seine längst gestorbenen Jugendfreunde aus der Qing-Zeit (letzte Kaiserdynastie) heute noch beim Namen. Der Alte mit dem von Falten durchzogenen, gutmütigen Gesicht aus der Provinz Sichuan wird als eine Art „nationales Wunder" vorgestellt, obwohl man auch nach längerem Studium seiner Geschichte an ihm nur ein „Geheimnis" feststellen kann: eine unerschütterliche Seele.

Wie wird man über einhundert Jahre alt? Luo Mingshan glaubt die Antwort zu kennen: Arm muß man geboren sein oder sich jedenfalls die Bescheidenheit bewahrt haben. Von Jugend an folgte er dem Drang zum Körpertraining und dem Trieb, zu wandern. Er sammelt Kräuter, pflanzt Arznei in einsamer, ungezähmter Natur, Angst vor dem Alleinsein kennt er nicht. Er beschaut Kranke und versucht sie mit Naturmitteln wieder ins Lot zu bringen. Aber sie müssen dabei selbst mitarbeiten, denn es ist der eigene Körper, der einen krank macht – oder gesund.

Ist der Alte ein Taoist? Nach der Natur leben, heißt feste Regeln einhalten, sagt der Alte, der sich ohne Zittern sicher bewegt. Dreimal ißt er am Tage, stets zu gleichen Zeiten und nie im Übermaß: „Ißt man morgens Reissuppe, wird die Speichelsekretion angeregt und der Körper fühlt sich den ganzen Tag unbelastet. Gekochter Reis und etwas Fleisch am Mittag sichern die Ernährung. Und am Abend Nudeln – sie sind leicht verdaulich. Aber ebenso wichtig wie schlichte Kost sind Ruhepausen vor und nach jedem Essen. „Beim Speisen nur keine Hast", lautet die Devise, „denn Hast schadet der Milz."

Das Leben des alten Mannes war



Mit Großmut über die Schwelle der Hundert: Luo Mingshan FOTO: DIE WELT

ein ständiges Auf und Ab. In den dreißiger Jahren fiel sein Geschäft mit Kräuterarzneien der Abgabenpolitik der wachsenden Kriegskassen zum Opfer. Seine Familie kam um, er mußte wandern. In den Fünfzigern riß eine Überschwemmung die wiederaufgebaute Kräuter-Apotheke weg. In den Sechzigern kritisierten ihn die Kulturrevolutionäre, er mußte zum Straßenbau. Aber immer wieder pflanzte und sammelte er Kräuter. Früh verließen ihn, nach eigenem Eingeständnis, die körperlichen Gelüste, aber die Ruhe verließ ihn nicht.

„Mein Gemüt blieb weitherzig", sagt er, „ich rege mich über nichts auf, und wenn ich einmal Alkohol trinke, dann nur in Freude." Von früh an hat er gelernt, „wie Sonne und Mond den Tag und die Nacht zu verbringen", zu schlafen, solange es dunkel ist. Zu Mittag ruht er nur, sitzt mit geschlossenen Augen da und antwortet nie, wenn ihm jemand eine Frage stellt. Beunruhigende Gedanken läßt er nicht mächtig werden, er bleibt zuversichtlich auch in der Not und tolerant auch gegenüber den Ungerechten. „Ein kleinliches Wesen führt zu einem schnellen Ende, ist man großmütig, überschreitet das Alter die Hundert."

Luo trägt zu jeder Jahreszeit leichte und einfache Kleidung, selbst im Winter schützt ihn nur ein gewirktes Hemd und eine dünne, wattierte Jakke. Er macht nie Feuer, um sich zu wärmen. Frische Luft gehört zum „Qigong", dem andauernden Training im Tiefatmen.

Luo erzählt, was die Leute über ihn sagen: „Dieser arme Kerl, er fürchtet keine Mühsal, sein Arzneisammeln, und sein Atemtraining dienen zwei Zielen: anderen das Leben zu retten und das eigene zu verlängern."

HERBERT KREMP

ZU GUTER LETZT

„Ich habe sogar gehört, daß im nächsten Jahr Amerikaner zum ersten Mal die Gelegenheit haben werden, die ‚Schwarzwaldklinik' zu sehen – zweifellos eine angemessene Revanche für ‚Dallas' und ‚Denver Clan'." US-Botschafter Richard Burt anläßlich einer Rede vor der Fulbright-Stiftung in Berlin.